



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# Bevölkerungsschutz

1 | 2013

[www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)



## Krisenmanagement





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das BS-Magazin widmet dieses Mal und aus gegebenem Anlass dem Krisenmanagement (KM) im Bevölkerungsschutz seinen Themenschwerpunkt:

2001 und 2002 wurden als Konsequenz aus den Terroranschlägen in den USA und dem Elbehochwasser einige Institutionen mit KM-Bezug ins Leben gerufen, die heute



wesentlich das Bild des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als Fachbehörde prägen. So das gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), das seinen bescheidenen Anfang im Sommer 2002 im Keller des ehemaligen Dienstgebäudes der Behörde in Bad Godesberg nahm. Oder das satellitengestützte Warnsystem (SatWas) des Bundes, das

ebenso wie das deutsche Notfallvorsorgeinformationssystem (deNIS) bereits kurz nach den Anschlägen in den USA „auf Sendung“ ging. Auch die Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) ist ein Kind dieser turbulenten Zeit genau so wie die strategischen Krisenmanagementübungen der Reihe LÜKEX, mit deren Vorbereitung bereits 2002 begonnen wurde. Sie alle haben also ihr 10-jähriges Jubiläum gerade hinter sich. Zeit, so denken wir, sie einmal in ihrer Gesamtheit vorzustellen und damit gleichzeitig zu zeigen, welchen Beitrag das BBK zum staatlichen Krisenmanagement Deutschlands leistet. (Anm.: Den sehr ausführlichen Aufsatz zu LÜKEX werden Sie in der Festschrift unserer AKNZ anlässlich 60 Jahren Ausbildung im Bevölkerungsschutz etwa Mitte 2013 lesen können. Hierauf möchte ich schon jetzt Ihr Interesse lenken.)

Fairerweise sei an dieser Stelle schon mal vor einer gewissen Begriffsvielfalt gewarnt. Die um das Krisenmanagement herum verwendeten Begriffe genügen nicht immer dem Anspruch inhaltlicher Absolutheit und ausreichender Trennschärfe untereinander. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, so die Bezeichnung des 2004 neu errichteten BBK. 2009 ordnete ein neues Gesetz die Aufgaben des BBK: Das Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG). Die zuständige Abteilung KM des aufsichtsführenden Res-

sorts BMI nennt sich „Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz“. Eine im Gefolge der sicherheitspolitischen Entwicklung in wenigen Jahren evolutionär stark veränderte Begriffslandschaft also, die sich ohne Navigationshilfe manch einem nur noch mühsam erschließt.

Durchaus hilfreich ist da ein Blick auf die Homepage des BMI, auf der es sinngemäß heißt:

- Bevölkerungsschutz ist der Oberbegriff für alle Aufgaben und Maßnahmen der Kommunen und der Länder im Katastrophenschutz sowie des Bundes im Zivilschutz.
- Katastrophenhilfe ist das Angebot des Bundes zur Unterstützung des Krisenmanagements der Länder bei großflächigen Gefahrenlagen, vor allem auf den Gebieten der Information, der Koordination, des Managements von Engpass-Ressourcen sowie beim Üben des Krisenmanagements.
- Unter Krisenmanagement sind alle Maßnahmen zur Vermeidung von, Vorbereitung auf, Erkennung und Bewältigung sowie Nachbereitung von Krisen zu verstehen.

Im nationalen und europäischen Krisenmanagement versteht sich das BBK primär als operativer Arm des BMI. Allerdings beschränkt es sich nicht auf reine Unterstützungsfunktionen, sondern trägt – nicht zuletzt durch die Übungsreihe LÜKEX – wesentlich zur konzeptionellen und technischen Weiterentwicklung, aber auch zur Harmonisierung des nationalen Krisenmanagements bei. Ganz nebenbei entstehen so auch neue fachliche KM-Schwerpunkte wie die Fernerkundung als Teil des Geoinformationswesens. Hier wird derzeit genauso rasant Fahrt aufgenommen wie in der intelligenten, IT-gestützten Bewältigung großer Datenmengen z. B. in der Lageerfassung, -bewertung und -prognose. Innovative, ambitionierte Arbeitsfelder werden dem Krisenmanagement auch langfristig nicht ausgehen, wenn es sich den stetig ändernden Herausforderungen erfolgreich stellen will.

Wolfgang Weber



## GRUSSWORT

Grußwort des Bundesministers des Innern	2
---	---

## KRISENMANAGEMENT

Unterstützung des Krisenmanagements	3
10 Jahre NOAH Die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) feiert 10-jähriges Bestehen	6
Verzahnung als Auftrag Das GMLZ 10 Jahre danach	11
„Bitte nicht noch ein Stabsmitglied“ Geoinformationen in Krisenstäben	14
Hotline im Krisen- und Katastrophenfall Psychozialer Gesprächsleitfaden für die Krisenhotline erscheint in der Reihe „Praxis im Bevölkerungsschutz“ des BBK	18
Standardisierung schafft Interoperabilität Das Vorhaben XKatastrophenhilfe	20
Neue Konzepte für das Krisenmanagement Aktuelles aus dem BMBF-Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“	22
Direkte Warnung Das neue Modulare Warnsystem MoWaS	27

## RISIKOKOMMUNIKATION

Risikokommunikation als institutionelles Strukturelement zur Krisenvermeidung	28
---	----

## GESCHICHTE

Mit optimistischem Grundton 57 Jahrgänge Bevölkerungsschutz liegen nun in digitalisierter Form vor	32
---	----

## BESCHAFFUNG

Weißer Brummer für den Notfall Beschaffungsamt des BMI und BBK stemmen Bevölkerungsschutzprojekt gemeinsam	34
---	----

## KRITIS

Stromausfall gegen Stromausfälle Wie Lastreduzierungen Netzzusammenbrüche verhindern können und welches Dilemma daraus für den Bevölkerungsschutz und die Gefahrenabwehrplanung resultiert	36
---	----

## EHRUNG

Preise für Alltagshelden Der Bundesinnenminister verleiht in Berlin den Förderpreis „Helfende Hand 2012“	40
---	----

## FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	42
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	43
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	45
Deutscher Feuerwehrverband	46
Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge	48
Deutsches Rotes Kreuz	50
Johanniter-Unfall-Hilfe	51
Malteser Hilfsdienst	52
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	54

## RUBRIKEN

Nachrichten	55
Impressum	56
Register 2012	57

## SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	59
--------------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser,

gerne nehme ich den Jahresauftakt als Anlass für Rückschau und Ausblick auf die wesentlichen Entwicklungen im Bevölkerungsschutz. Zuerst und vor allem möchte ich jedoch die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen, die sich – ehren- wie hauptamtlich – im Bevölkerungsschutz engagieren, für Ihren Einsatz und Ihren Dienst am Menschen zu danken. Nicht nur im Ernstfall, sondern auch im All-



tag sind Sie der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, sie lebendig und lebenswert macht. Geschätzte 1,7 Millionen Menschen engagieren sich bei uns freiwillig in unseren Hilfsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst), den

Freiwilligen Feuerwehren und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Sie bilden das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutzes. Deshalb fördert der Bund dieses Engagement durch ein Bündel von Maßnahmen.

Neben der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) und der Ausstattung der Länder mit ergänzenden Einsatzfahrzeugen wurde auch im letzten Jahr wieder der Förderpreis „Helfende Hand“ für außergewöhnliche Ideen und Projekte zum Ehrenamt im Bevölkerungsschutz verliehen. Die öffentliche Preisverleihung war zugleich Anerkennung für die Leistungen der Engagierten und ein wirksames Mittel, gute Ideen zu verbreiten und bekannt zu machen. Auch im laufenden Jahr werden wir den Wettbewerb wieder ausschreiben.

Ein Gemeinschaftsprojekt des Bundes mit der „Augsburger Puppenkiste“, einer Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen und dem Radiosender RT 1 geht in diesem Jahr neu an den Start. Der Kurz-Puppenfilm „Rettet die Retter!“ soll Kindern im Vorschulalter unabhängig von einer bestimmten Organisation Freude am Helfen und damit letztlich am Engagement für Andere vermitteln und sie damit früh für Bevölkerungsschutzthemen sensibilisieren.

Bei zunehmendem Ganztagesbetrieb von Kindergärten und Schulen sieht der Bund eine grundsätzliche Bedeutung von mehr Kooperationen mit Kindergärten und Schulen. Hier kann ein ganz entscheidender Beitrag zur Verbesserung von Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung geleistet werden.

Gezielt in den Blick nehmen wollen wir auch noch einmal den Bundesfreiwilligendienst, der in seiner jetzigen Ausgestaltung nur bedingt mit den Strukturen unseres

ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutzes vereinbar ist. Anpassungsmöglichkeiten sollen geprüft werden.

Neben dem Ehrenamt standen im vergangenen Jahr vor allem die Risikoanalyse und die Warnung im Fokus unserer Arbeit auf Bundesebene.

So konnten wir nach der Entwicklung einer abgestimmten wissenschaftlich fundierten Methode und dem Aufbau der nötigen fachübergreifenden Arbeitsstrukturen in 2012 mit der inhaltlichen Arbeit an einer nationalen Risikoanalyse beginnen. Als erste Szenarien wurden Hochwasser und Pandemie bearbeitet. Über die Ergebnisse haben wir zum Jahreswechsel dem Deutschen Bundestag berichtet. Die Arbeiten werden in diesem Jahr mit weiteren Szenarien fortgesetzt. Beginnen werden wir mit dem Szenario Sturm. Ein besonderes Augenmerk richten wir bei allen Szenarien auf mögliche Auswirkungen auf Kritische Infrastrukturen.

Auch beim nationalen Warnsystem sind wir einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Das vom Bund unterhaltene satellitengestützte Warnsystem wird ausgebaut. Ein Ziel ist die Möglichkeit, zusätzliche Warnmittel mit einem „Weckeffekt“ anzuschließen. Bund und Länder haben im vergangenen Jahr vier Projekte aufgelegt, um den Anschluss unterschiedlicher Warnmittel zu testen. Gegenstand sind Rauchmelder, Mobiltelefone, Sirenen sowie ein regionales SMS-Warnsystem. Diese Arbeiten werden im laufenden Jahr fortgesetzt.

Wir haben in 2012 viel erreicht und haben für 2013 nicht minder viel an Herausforderungen vor uns. Gehen wir sie gemeinsam und partnerschaftlich an! Dafür wünsche ich uns allen Erfolg und gutes Gelingen!

Dr. Hans-Peter Friedrich  
Bundesminister des Innern

# Unterstützung des Krisenmanagements

## 10 Jahre deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS)

Albert Luig, Friedhelm Holz

Eine Arbeit ohne Computer und Kommunikationsnetze ist heute undenkbar. Vom Kfz-Mechatroniker, der den Fehlerspeicher des Autos ausliest, über den Bibliothekar, der in Sekundenschnelle eine Datenbank am anderen Ende der Republik abfragt, um Bücher per Fernleihe zu bestellen, bis hin zum Chef einer Logistikfirma, der stets metergenau weiß, wo auf der Welt sich alle seine Fahrzeuge befinden – die Informationstechnologie macht unsere Arbeitsabläufe schneller und effizienter.

Auch im Bevölkerungsschutz sind heute IT-gestützte Systeme zur Bewältigung von Katastrophen nicht mehr wegzudenken. So sind IT-Systeme beispielsweise in der Lage, die Planung und Steuerung von Hilfeinsätzen zu unterstützen. Auch werden sie zu einem unentbehrlichen Instrument, wenn es darum geht, die aktuelle Lage vor Ort für die beteiligten Stellen einheitlich darzustellen und schnell Informationen über die jeweils vorhandenen Möglichkeiten der Gefahrenabwehr aufzuzeigen.

Besonders deutlich wurde die Notwendigkeit, ein solches System im Bereich des Bevölkerungsschutzes aufzubauen, durch die Ereignisse nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 und die Erfahrungen aus anderen Großschadensereignissen, wie z. B. dem Oder-Hochwasser 1997, dem ICE-Unglück in Eschede oder der „Pallas“-Havarie.

Aufgrund der Erfahrung mit diesen Unglücken wurde im Jahre 2000 in der damaligen Zentralstelle für Zivilschutz eine Informationszentrale eingerichtet. Diese hatte zunächst die Aufgabe, eine Datenbank zu errichten, in der katastrophenschutzrelevante Daten und Lageinformationen gesammelt, gespeichert und für betroffene Stellen für einen Ereignisfall vorgehalten werden sollten. Der Schock der Terroranschläge auf das World-Trade-Center vom 11. September 2001 führte schließlich dazu, dass der Bevölkerungsschutz aufgewertet wurde. Ausdruck dieser Aufwertung waren die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“, auf die sich Bund und Länder Anfang Juni 2002 verständigten. Kernelemente der Neuen Strategie sind:

- „der Ausbau von verbindlichen inner- und interbehördlichen Kooperationsnetzwerken, schneller und zielgerichteter Informationsflüsse und eines effektiven Informations- und Kommunikationsmanagements“<sup>1</sup>,

- die bessere Verzahnung, Abstimmung und Zusammenarbeit der föderalen Verantwortlichkeitsebenen,
- ein effektiveres Krisenmanagement von Bund und Ländern bei „außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen“<sup>2</sup> sowie
- auf Seiten des Bundes vor allem auch der Ausbau von Informations- und Koordinierungsinstrumenten, namentlich für den Bereich des Nachweises und der Vermittlung von Engpassressourcen.

Insbesondere diese Ziele soll das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) unterstützen.

Die Kernfunktion des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems besteht darin, Informationen, die von unterschiedlichsten Behörden und Institutionen erarbeitet werden, zu bündeln, aufzubereiten und bestimmten Bedarfsträgern zur Verfügung zu stellen. Bei der Realisierung von deNIS wurde die Entwicklung einer ursprünglich geplanten Meta-Datenbank zugunsten zweier unabhängig voneinander agierenden IT-Systeme aufgegeben.

### Öffentliche Informationsplattform deNIS I

Das für die Öffentlichkeit bestimmte Internetportal deNIS I bietet Informationen zu:

- Gefahren bei Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen und Unglücksfällen,
- Merkblättern über Verhaltensmaßnahmen,
- Gefahrstoffdatenbanken sowie
- Erfahrungsberichten von Einsätzen oder Teilnahme an Übungen.

Anbieter dieser Internetseiten sind im Wesentlichen Behörden, Institutionen, Universitäten, Hilfsorganisationen und internationale Einrichtungen. Das Internetportal „verlinkt“ auf diese Seiten, um der Öffentlichkeit be-

<sup>1</sup> Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung, 2003, Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Seite 20

<sup>2</sup> ebda., Seite 9

völkerungsschutzrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen. Ein Prototyp des Internetportals deNIS I stand schon zum Jahreswechsel 2001/2002 zur Verfügung; am 15.05.2002 ging das Portal mit der Adresse [www.denis.bund.de](http://www.denis.bund.de) ans Netz.

Eine erste Bewährungsprobe erlebte deNIS I bereits wenige Monate nach seiner Freischaltung während der Hochwasserkatastrophe an der Elbe. Es zeigte sich, dass die im Internetportal gespeicherten Informationen von vielen Menschen abgerufen wurden. Die Zugriffe auf das System erhöhten sich während der Katastrophe um das 8- bis 10-fache gegenüber den vorher gemessenen Zahlen.

Das Informationsangebot von deNIS I wird ständig erweitert. Rund 3000 Links informieren über Gefahrenarten, deren Ursachen und adäquate Hilfeleistungsmöglichkeiten. Integriert wurde auch die sich ständig selbst aktualisierende (dynamische) Warnkarte des Deutschen Wetterdienstes, über die jederzeit amtliche Wetterwarnungen abgerufen werden können.



Abb. 1: Aktuelle Startseite deNIS I.

Neue technische Möglichkeiten und die dadurch veränderten Nutzererwartungen machen es nun erforderlich, das Internetportal mit modernen Funktionalitäten auszustatten.

Es ist daher geplant, die Nutzer künftig über eine interaktive Lagekarte über drohende Gefahren zu warnen und über Verhaltensmaßnahmen zu informieren. Hierzu sollen in dem neuen Internetportal Daten aus Gefahrenerfassungssystemen zusammengefasst und dargestellt werden. Neben den bereits angebotenen Unwetterwarnungen des DWD zählen hierzu auch dynamische Karten, z. B. über Pegelstände von Flüssen, Waldbrandgefahren oder seismographische Daten.

Zusätzlich soll dem Nutzer eine Palette von ausgewählten Informationen zu einem bestimmten Ereignis bereit-

gestellt werden. Dabei kann es sich um Verhaltensregeln, Merkblätter und andere situationsbedingte Informationen handeln.

### Geschlossenes Informationssystem deNIS II

Parallel zum Internetportal deNIS I begannen 2002 Vorbereitung und Entwicklung eines Informationssystems zur Unterstützung des Krisenmanagements von Bund und Ländern. Für dieses System wurde die Kurzbezeichnung *deNIS II* eingeführt.

Das geschlossene Informationssystem richtete sich an die Entscheidungsträger in den Stäben von Bundes- und Länderbehörden und unterstützte das Kommunikations- und Lagemanagement von Bund und Ländern zur Bewältigung von großflächigen Gefahrenlagen. Die Projektgruppe für deNIS II erarbeitete bereits Mitte 2002 ein erstes Anforderungskonzept, sodass noch im gleichen Jahr die Entwicklung des Systems ausgeschrieben werden konnte.

Die Auftragnehmerin stellte Ende 2002 einen Prototyp zur Verfügung, der im darauf folgenden Jahr – März 2003 – auch auf der CEBIT der interessierten Fachwelt und der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte.

Bereits in dieser Phase war ein geographisches Informationssystem (GIS) Kernelement von deNIS II. Die Nutzung dieser Technik ermöglicht es, alle Daten mit einem Ortsbezug miteinander zu verschneiden, um so den Informationswert zu erhöhen. Da fast alle bevölkerungsschutzrelevanten Daten einen Raumbezug besitzen, ist es das geeignete Mittel, um die Beurteilung einer Schadenslage bei großflächigen Gefahrenlagen zu unterstützen. So konnten auf der interaktiven Lagekarte von deNIS II nicht nur der Ort des Schadenereignisses angezeigt werden, sondern auch das gefährdete Gebiet, die in der Umgebung vorhandenen Risiko- und vor allem die verfügbaren Hilfeleistungspotenziale dargestellt werden.

Um bei einer großflächigen Gefahrenlage ein koordiniertes Handeln von allen beteiligten Führungsstellen auf Seiten der Länder und des Bundes zu ermöglichen, wurden als Nutzer neben den Lagezentren der Bundesressorts vor allem die Lagezentren der Innenministerien der Länder sowie Bundesoberbehörden an das System angeschlossen.

Durch umfangreiche IT-Sicherheitsmaßnahmen und die Wahl von besonders geschützten Kommunikationsleitungen wurde auch der Austausch sensibler und vertraulicher Daten zum Ereignis möglich.

Das gesamte System wurde als „Client-Server-Architektur“ und unter Nutzung von Web-Technologie aufgebaut, so dass keiner der Nutzer besondere technische Voraussetzungen erfüllen musste, um die Daten und die Funktionalitäten des Systems nutzen zu können.

Ein weiterer Aspekt zur Erhöhung der Sicherheit war die Installation des zentralen Servers als Doppelrechner-system, um eine möglichst hohe Verfügbarkeit und Ausfallsicherheit zu erreichen. Diese Komplexität, aber auch

die besonderen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit haben dazu geführt, dass eine Abnahme von deNIS II erst im September 2004 erfolgen konnte.

Zum damaligen Zeitpunkt wurden bereits erste Ideen für weitere Funktionalitäten entwickelt. Ein Schwerpunkt war die Integration von dynamischen Daten, die es deNIS II künftig erlauben sollte, Informationen aus anderen Datenbanken in den Lagekarten zu integrieren.

Neben den Wetterdaten des DWD waren hier besonders Anschlüsse an das Umweltradioaktivitätsmessnetz des BMU, der Hochwasserzentralen der Länder, aber auch anderer Gefahrenerfassungssysteme vorgesehen.

### Funktionale Ergänzungen – von deNIS II zu deNIS II<sup>plus</sup>

Einhergehend mit der technischen Erweiterung war es erforderlich geworden, die Benutzung des Systems den gestiegenen Nutzeranforderungen anzupassen. Benutzerführung und ein ansprechenderes Design waren ein weiteres Ziel bei der Anpassung des Systems zu deNIS II<sup>plus</sup>.

Mitte 2005 stimmte das BMI zu, gemeinsam mit der Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, die Erweiterung und Anpassung des Systems zu konzipieren. Nach diversen Workshops konnten Ende 2005 die Ergänzungen beauftragt werden, um deNIS II<sup>plus</sup> rechtzeitig vor der Fußball-Weltmeisterschaft in Betrieb nehmen zu können. Trotz dieses engen Zeitfensters konnte die Projektgruppe am 15.05.2006 das neue System nach erfolgreicher Datenmigration und umfangreichen Testläufen in Betrieb nehmen.

Anschließend wurde die Anwendung deNIS II<sup>plus</sup> während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zum ersten Mal erfolgreich eingesetzt. Viele angeschlossene Lagezentren nutzten das Meldemanagement, also das interne Kommunikationsmodul, um wichtige Informationen rund um die Veranstaltungen auszutauschen.

Durch die tägliche Arbeit mit dem System, die Vorschläge der angeschlossenen Nutzer und die Erkenntnisse bei den Schulungen, Workshops und Seminaren konnten viele Ideen zur Verbesserung in allen Bereichen gesammelt, geprüft und umgesetzt werden, sodass auch nach der Einführung von deNIS II<sup>plus</sup> eine ständige Fortführung und Weiterentwicklung des Systems erreicht werden konnte.

Neben einer Erweiterung der Kartenfunktionalitäten und einer übersichtlicheren Darstellung der Meldeliste wurden die Arbeiten an der Verbesserung der Bedienerfreundlichkeit kontinuierlich fortgesetzt.

### Neue Lösung deNIS<sup>KM</sup>

Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass sich die beiden Informationsplattformen deNIS I und deNIS II<sup>plus</sup> bewährt haben. Die Forderungen der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ wurden hinsicht-

lich der Verbesserung des Informationsmanagements hierdurch zu einem erheblichen Teil erfüllt.

Die dynamische Entwicklung der IT-Technik bietet ständig neue und erweiterte Möglichkeiten, sodass Betreiber von IT-Systemen regelmäßig zu Erneuerungen gezwungen werden. So ist es auch nach 7 Jahren erfolgreichen Betriebes von deNIS II<sup>plus</sup> notwendig, technisch neue Wege zu gehen. Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- Vereinfachung des Systems durch Konzentration auf die Unterstützungsbereiche Lageerfassung und Bewertung sowie Ressourcenerfassung und Vermittlung;
- Integration einer elektronischen Vorgangsbearbeitung zur Unterstützung des Einsatzbetriebes im Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund Ländern (GMLZ);
- Reduzierung der Betriebs- und Wartungskosten durch den Einsatz von sogenannter Open-Source-Software.

Die künftige Bezeichnung wird „deutsches Notfall-Informationssystem – Krisenmanagement“ (deNIS<sup>KM</sup>) lauten.



Abb. 2: Aktuelle Lagekarte deNIS II<sup>plus</sup>.

Auch deNIS<sup>KM</sup> wird als ausfallsicheres und hochverfügbares System entwickelt, das die Vertraulichkeit der enthaltenen Daten sowie den Sabotageschutz sicherstellt.

Mit deNIS<sup>KM</sup> erfolgt die konsequente Anpassung der eingesetzten Software an die geänderten Bedürfnisse und Rahmenbedingungen des modernen Bevölkerungsschutzes. Ein modularer Aufbau des Systems erlaubt es zudem, stetig von aktuellen Entwicklungen der Informationstechnologie zu profitieren. Was uns heute im Alltag begleitet, wird somit auch im Bevölkerungsschutz zur Realität – effiziente und schnelle Versorgung mit maßgeschneiderten Informationen bei leichter Bedienbarkeit.

Albert Luig und Friedhelm Holz sind Mitarbeiter des Referates „Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS)“ im BBK.

# 10 Jahre NOAH

## Die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) feiert 10-jähriges Bestehen

**In Zusammenhang mit den Anti-Terror-Maßnahmen der Bundesregierung nach 9/11 wurde Ende 2002 im Bevölkerungsschutz eine zentrale Stelle zur Koordination der Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) geschaffen und zugleich eine rund um die Uhr erreichbare Hotline eingerichtet. Das psychosoziale Unterstützungsangebot von NOAH richtet sich an Bundesbürger, die im Ausland durch Terroranschläge oder schweren Unglücksfälle, Evakuierungen und Geiselnahmen zu Schaden gekommen sind sowie an deren Angehörige. Seither bearbeitet NOAH jährlich etwa 20 Einsätze unterschiedlicher Größenordnung.**

Jutta Helmerichs und Thomas Knoch

### Geschichte

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes (AA) treten jährlich rund 50 Millionen Bundesbürger eine Auslandsreise an. Hierbei ist dieser Personenkreis auch den Gefahren von großen Unglücksfällen und Terroranschlägen aus-



Der NOAH-Hotline-Raum im BBK.

gesetzt. Wenn ein Urlaub oder eine Geschäftsreise außerhalb der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich in einem schweren Unfall oder gar in einer Katastrophe endet, sind die 229 Botschaften und Generalkonsulate sowie die 344 Honorarkonsuln der Bundesrepublik Deutschland wichtige erste Ansprechpartner für die Betroffenen; sie

gewähren im Rahmen des Konsulargesetzes Rat und Beistand.

An der Nahtstelle Ausland – Inland gab es jedoch in der Vergangenheit keine eindeutigen Regelungen und somit Unklarheiten in den behördlichen Zuständigkeiten. Dies führte zu Defiziten bei der Betreuung während der Rückführung Verletzter und Toter ins Inland sowie bezüglich der psychosozialen Hilfen für Angehörige im Inland, während sich die direkt Betroffenen noch im Ausland befanden. Unzulänglichkeiten bei der Betreuung von Notfallopfern und ihren Familien, insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York, vom 11. April 2002 auf Djerba und vom 12. Oktober 2002 auf Bali, waren die Folge.

In enger Abstimmung mit Betroffenen dieser islamistischen Terroranschläge und als Ergebnis einer Ressortabstimmung zwischen Auswärtigem Amt (AA), Bundesministerium für Justiz (BMJ) und Bundesministerium des Innern (BMI) hat die Bundesregierung Ende 2002 die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) geschaffen: Am 18. Dezember 2002 wurde auf Erlass des BMI eine zentrale Stelle zur Koordination der Nachbetreuungsmaßnahmen nach Großschadensereignissen im Ausland eingerichtet, welche zunächst der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt (BVA) zugeordnet war. Seit der Errichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Mai 2004 wurde die Koordinierungsstelle NOAH in die Abteilung Krisenmanagement in das dortige Referat Psychosoziale Notfallversorgung eingebunden und ist so eng verzahnt mit den anderen operativen Elementen dieser Be-



hörde im Geschäftsbereich des BMI: mit dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) und der Warnzentrale (SatWaS). Diese Verzahnung ermöglicht zum einen eine Integration der Koordinierungsstelle NOAH in die im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz vorhandenen Informations- und Führungsstrukturen. Zum anderen verstärkt sie die im Rahmen der Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland entwickelte und in das 2009 novellierte Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) übernommene Linie des Bundes, mit Serviceangeboten zur Verbesserung des Bund-Länder-Krisenmanagements beizutragen.

## Aufgaben

Die Koordinierungsstelle NOAH setzt die aufgrund des Konsulargesetzes im Ausland nach einem Terrorakt oder Unglücksfall eingeleiteten psychosozialen Betreuungsmaßnahmen möglichst verzugslos im Inland fort. Die enge Abstimmung und Informationsvernetzung mit dem AA und den im Inland zuständigen Bundes- oder Länderbehörden (wie Bundeskriminalamt, Lagezentren der Innenministerien, Landeskriminalämter, Opferberatungsstellen der Polizeien, Landessozialministerien, Gesundheitsministerien etc.), Kommunen und diversen Anbietern psychosozialer Hilfen gewährleistet zeitnah ein qualifiziertes Betreuungsangebot für die ins Inland zurückgekehrten Betroffenen und ihre Angehörigen in Deutschland.

Hierbei unterstützt die Koordinierungsstelle NOAH in der Akutsituation im Wesentlichen durch folgende Angebote und Maßnahmen:

- Informationsvernetzung der beteiligten Behörden, Organisationen und Institutionen in Betreuungsfragen
- Telefonische Beratung Betroffener (durch eine 24-Stunden-Hotline)
- Vermittlung von wohnortnahen psychosozialen Hilfen (Notfallseelsorger, Kriseninterventionsmitarbeiter, Notfallpsychologen, psychosoziale Beratungsstellen etc.)
- Hilfen bei administrativen und rechtlichen Fragen und Problemen.

Über die Erstmaßnahmen in der Akutsituation hinaus steht die Koordinierungsstelle NOAH mit ihrem Betreuungsangebot durch weitere Unterstützung zur Verfügung:

- Weiterführung der Beratung
- Traumaberatung und Vermittlung regionaler psychologischer und ärztlicher Psycho(trauma)therapeuten (durch Rückgriff auf die NOAH-Trauma-Datenbank)
- Organisation von Treffen für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene und Vermisste
- Beratung von Bundes- und Landesbehörden (Protokoll) zur Gestaltung von öffentlichen Gedenkveranstaltungen mit Beteiligung Betroffener
- Aufbau langfristiger psychosozialer Betreuungsangebote.

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Terroranschläge</b>	0	1	4	3	3	4	3	2	1	0
Entführungen / Geiselnahmen	3	0	4	4	4	7	4	2	1	6
Evakuierungen / Ausreiseunterstützungen	1	1	0	1	1	2	0	0	2	0
<b>Naturkatastrophen</b>	0	1	1	0	0	3	2	3	3	4
Flugzeugunglücke	0	0	0	3	2	3	2	3	2	3
Busunglücke	5	1	4	2	3	6	6	2	3	5
Schiffs- und Bootsunglücke	0	1	0	2	1	2	3	4	1	7
sonstige Unglücke im Ausland	0	0	1	3	9	5	2	1	1	5
<b>Sondereinsätze</b>	0	0	2	3	2	5	1	1	4	2
	9	5	16	21	25	37	23	18	18	32

Gesamtzahl der Einsätze seit Einrichtung der Koordinierungsstelle NOAH: 204

Tab. 1: NOAH-Einsatzstatistik

## Einsätze

NOAH bearbeitet jährlich rund 20 Einsätze unterschiedlicher Ereignisart und Größenordnung (Tab. 1). Dazu zählen Terroranschläge, Entführungen / Geiselnahmen, Evakuierungen / Ausreiseunterstützungen für Deutsche aus Krisengebieten, Naturkatastrophen, Flugzeugunglücke, Busunglücke sowie Schiffs- und Bootsunglücke und sonstige Unglücke im Ausland.

So wurde die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe u. a. bei folgenden Ereignissen aktiv:

- Busunglück bei Siófok, Ungarn (8. Mai 2003)
- Entführungen der sog. Sahara-Geiseln in Algerien (22. Februar bis 23. März 2003)
- Terroranschläge in Madrid, Spanien (11. März 2004)
- Seebeben / Tsunami in Südostasien (26. Dezember 2004)
- Hurrikan Katrina in New Orleans, USA (29. August 2005)
- Lawinenunglück in Graubünden (20. Februar 2006)
- Evakuierung aus dem Krisengebiet Libanon (17. Juli bis 14. August 2006)
- Terroranschläge in Mumbai, Indien (26.-29. November 2008)
- Absturz des Air-France-Flugs 447 (1. Juni 2009)
- Erdbeben in Haiti (12. Januar 2010)
- Unruhen in Ägypten (28. Januar 2011)
- Nukleare Katastrophe in Japan (11. März 2011)

Ein schweres Unglück der jüngsten Vergangenheit, das NOAH bis heute, insbesondere um den ersten Jahrestag im Januar 2013 herum, beschäftigt, bei dem zwölf Deutsche zu Tode kamen und 566 teilweise erheblich verletzte Bundesbürger evakuiert werden mussten, ist die Havarie des Kreuzfahrtschiffs Costa Concordia vor der Küste der italienischen Insel Giglio am 13. Januar 2012 (Bericht s.u.).

### Fachberatung und Sondereinsätze

Über ihren originären Einsatzauftrag hinaus unterstützt die Koordinierungsstelle NOAH gelegentlich andere Organisationen des Bundes – wie beispielsweise die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), das Bundeskriminalamt (BKA) oder weitere Organisationen der Gefahrenabwehr – bei inländischen Unglücken oder bei der Vorbereitung und Durchführung von Großveranstaltungen im Rahmen der Amtshilfe. So konnten besorgte Familienangehörige der THW-Helfer, die anlässlich des Erdbebens und des Tsunamis in Japan im März 2011 vor Ort im Einsatz waren, die NOAH-Hotline nutzen. Das BKA wurde bei der Entwicklung eines Fachkonzeptes zur Einsatznachsorge der eigenen Kräfte nach belastenden Einsätzen beraten. Bei der Großveranstaltung G8-Gipfel im Jahre 2007 organisierte NOAH eine mögliche bundesweite Alarmierung von Führungskräften der Psychosozialen Notfallversorgung und bei der Massenkarambolage auf der Autobahn 19 bei Rostock im Frühjahr 2011 beriet die Koordinierungsstelle das Land Mecklenburg-Vorpommern bei der Gestaltung von Angehörigentreffen und einer öffentlichen Gedenk-

feier. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der Opfer rechtsterroristischer Gewalt und ihrer Angehörigen. Ende 2011 erfolgte eine Ressortabstimmung zwischen BMI und BMJ, wonach NOAH seither zur Unterstützung der von der Bundesregierung für die Opfer der nationalsozialistischen Terrorzelle eingesetzten Ombudsfrau tätig ist.

### Das NOAH-Team

Die Koordinierungsstelle NOAH besteht aus einem erfahrenen Team von Fachkräften aus den Disziplinen Psychologie, Sozialwissenschaften, Notfallpädagogik, Kommunikationswissenschaften, Theologie, Rettungsingenieurwesen, Trauerbegleitung und Verwaltungswissenschaften. Das derzeit elfköpfige Team wird bei größeren Einsätzen von geschulten Kollegen aus anderen Referaten des BBK verstärkt. Außerdem kann bei derartigen Einsatzlagen zur weiteren Unterstützung auf einen Expertenpool verschiedener Kooperationspartner zurückgegriffen werden, welcher aus erfahrenen externen Fachkräften besteht, so u. a. Mitarbeiter aus Kriseninterventionsteams, Notfallseelsorger, Notfallpsychologen, Juristen und Sozialarbeiter.

### Kooperationspartner und Berater

NOAH stützt sich bei ihrer Arbeit auf ein weit verzweigtes und multiprofessionelles Netz an Kooperationspartnern. Dazu gehören Bundes- und Landesbehörden, Versicherer, Reiseveranstalter, Flughäfen und Fluggesellschaften, Reedereien sowie Ansprechpartner der Kir-

#### NOAH- Einsatzbeispiel: Die Havarie der „Costa Concordia“

Am Abend des 13. Januar 2012 lief das Kreuzfahrtschiff „Costa Concordia“ vor der Küste der italienischen Insel Giglio auf felsigen Grund und schlug leck. Aufgrund des eindringenden Wassers neigte sich das Schiff auf die Seite. An Bord befanden sich insgesamt 4.229 Passagiere und Besatzungsmitglieder. Ein Großteil der Reisenden konnte von dem



Foto: Kwongher, cc-by-sa 3.0 unported

Havaristen gerettet und evakuiert werden. Von den 566 Bundesbürgern, die sich unter den Passagieren befanden, wurde etwa ein Dutzend körperlich verletzt und in Krankenhäusern in Rom behandelt, zwölf Deutsche galten als vermisst. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten gestalteten sich aufgrund der Schiefelage des Schiffes äußerst schwierig und mussten immer wieder unterbrochen werden. Es dauerte insgesamt mehr als drei Monate, bis alle vermissten Deutschen tot geborgen waren, die Hinterbliebenen somit Gewissheit hatten, und die Zeit des bangen Wartens und Hoffens endete.

#### Erstmaßnahmen der Koordinierungsstelle NOAH

Unmittelbar nach der Alarmierung unterstützte die Koordinierungsstelle NOAH die per Flugzeug zurückreisenden Passagiere mit der Koordination psychosozialer Betreuungsangebote an den Zielflughäfen durch lokale KIT-Teams oder Notfallseelsorger sowie Care-Teams der Fluggesellschaften und Flughäfen. Schon vor Ort in Italien waren zahlreiche Passagiere von der Deutschen Botschaft auf das Unterstützungsangebot von NOAH aufmerksam gemacht worden. Viele der zurückgekehrten Urlauber benötigten eine erste psychische Stabilisierung, aber ebenso Hilfe bei diversen administrativen Fragen.

Bereits einen Tag nach der Havarie nahm auch die Reederei Kontakt zu NOAH auf. Vordringliche Aufgabe war die Informationsvernetzung bei der Suche nach den zwölf vermissten Deutschen. Gleichzeitig bat die Reederei die Koordinierungsstelle um Unterstützung bei der angemessenen Formulierung von Anschreiben für die Betroffenen.

chen, Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und weitere psychosoziale Dienste.

In der Akutsituation eines Einsatzes sind die Evangelischen Landeskirchen und Bistümer sowie Kriseninterventionsteams (KIT) der Hilfsorganisationen und anderer Träger im gesamten Bundesgebiet wichtige erste Stützen der Koordinierungsstelle. Sie stellen unentgeltlich Notfallseelsorger bzw. KIT-Mitarbeiter oder Notfallochsen zur Verfügung und garantieren so in den ersten Stunden oder Tagen wohnortnah eine qualifizierte Akutbetreuung der betroffenen Familien oder eine Begleitung und Unterstützung der örtlichen Polizeibeamten bei der Überbringung einer Todesnachricht.

Bei Einsätzen mit zahlreichen Toten bewährt sich die enge Zusammenarbeit und abgestimmte Vorgehensweise gegenüber Betroffenen zwischen NOAH und der Identifizierungskommission (IDKO) des BKA, die dann in der Regel tätig wird. Ein rascher Informationsaustausch ist gewährleistet, ein übereinstimmendes behördliches Handeln ist sichergestellt. Beides ist für Betroffene von Katastrophen wichtige Orientierung in einer Zeit des Chaos und der Verunsicherung.

Wochen nach einem schweren Unglück erhält die Koordinierungsstelle erfahrungsgemäß zunehmend Anfragen nach Psychotherapeuten. Dann kommt die langjährige Kooperation, die NOAH zu Ärzte- und Therapeutenkammern, Kassenärztlichen Vereinigungen sowie Fachgesellschaften der Psychologie und Psychiatrie aufbauen konnte, zum Tragen. Im Rahmen der psychosozialen Notfallversorgung nach dem Seebeben in Südostasien 2004/2005, bei dem mehr als 7.000 Bundesbürger betroffen waren, konnte gemeinsam eine Therapeuten-Daten-

bank aufgebaut werden. Zahlreiche Psychotraumatologen stellten damals zusätzliche ambulante und stationäre Therapieplätze für die Katastrophenopfer zur Verfügung und gewährleisteten dadurch eine zeitnahe Akutversorgung. Auf diese inzwischen aktualisierte Therapeuten-Datenbank kann die Koordinierungsstelle NOAH für ihre Klienten bis heute zurückgreifen.

## Qualitätssicherung

Um eine kontinuierliche hohe Qualität der Arbeit zu gewährleisten, ist ein wichtiger Aspekt die Qualitätssicherung und die wissenschaftliche Evaluation der Koordinations-, Betreuungs- und Vermittlungsmaßnahmen. Dies wird durch eine enge Kooperation mit einschlägigen wissenschaftlichen Instituten, Fachgesellschaften der Psychologie und Psychiatrie sowie Kammern gewährleistet. Daneben hat die Koordinierungsstelle NOAH einen Expertenpool zusammengestellt, der aus ausgewiesenen und einsatzerfahrenen psychosozialen Fachleuten besteht, die bei Einsatzbewertungen und Konzeptfortentwicklungen regelmäßig zu Rate gezogen werden. Zudem steht NOAH mit Betroffenen vergangener schwerer Unglücksfälle und mit internationalen Vertretern von (Opfer-)Verbänden im Kontakt, die die Koordinierungsstelle auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen beraten.

Qualifizierte Hotlinearbeit erfordert eine solide Schulung und regelmäßiges Training. Nicht nur das NOAH-Team, sondern auch die BBK-Verstärkungskräfte erhalten deshalb regelmäßig Fortbildungen. Ein weiterer Baustein in der Qualitätssicherung ist die wissenschaftliche Aus-

Im NOAH-Hotline-Raum stand dann die psychosoziale Betreuung von anrufenden Überlebenden, vor allem aber der Vermissenden im Vordergrund. Vielen konnte eine psychosoziale Akuthilfe am Wohnort vermittelt werden.

Des Weiteren war es für einen Teil der Vermissenden und Hinterbliebenen sehr wichtig, an den Unglücksort zu kommen, um besser zu „begreifen“, was geschehen ist, ihren vermissten Angehörigen nahe zu sein oder an Gedenkfeiern vor Ort teilzunehmen. Auf diesen Reisen sollten sie durch fachkundige psychosoziale Fachkräfte begleitet werden. Somit bestand eine weitere Aufgabe der Koordinierungsstelle in der Akutphase darin, in enger Abstimmung mit dem AA und der Reederei, Betreuungskräfte für die Reisen nach Italien zu empfehlen.

Zur Bearbeitung der Aufgaben in der Akutphase des Costa-Concordia-Einsatzes bildete NOAH sechs Einsatzabschnitte (Betreuung von Betroffenen, Informationsvernetzung Kooperationspartner, interne Kommunikation, Veranstalterkontakt, Vermittlung von Hilfen, Dokumentation). Die im Schichtdienst eingesetzten sieben Kräfte des NOAH-Teams wurden in der ersten Woche von insgesamt 11 Verstärkungskräften des BBK unterstützt.

### Mittel- und längerfristige Hilfen

Nach Abschluss der Akutphase wurde die telefonische Betreuung insbesondere der Vermissenden, die teilweise Wochen auf eine endgültige Nachricht warten mussten, durch die Mitarbeiter der Koordinierungsstelle NOAH fortgesetzt. Gleichzeitig wurde ein Treffen für Vermis-

de und Hinterbliebene, das sechs Wochen nach dem Schiffsunglück an einem Wochenende stattfand, vorbereitet.

Diese Treffen haben erfahrungsgemäß eine hohe Bedeutung für die Trauerverarbeitung. Sie führen Betroffene mit gleichem Schicksal zusammen (sog. Schicksalsgemeinschaften), bieten einen geschützten Raum ohne Medienpräsenz und ermöglichen, die vielen Fragen, die sich für Betroffene nach einem Unglück stellen, fachkundig beantworten zu lassen. Neben Notfallseelsorgern und Notfallpsychologen zur psychosozialen Begleitung hatte NOAH deshalb weitere Experten eingeladen. Die stellvertretende Leiterin des Maritimen Lagezentrums des Havariekommandos beantwortete Fragen zum Kreuzfahrtschiff und zur Evakuierung, die Leiterin der Identifizierungskommission (IDKO) des BKA sprach mit den Betroffenen über deren drängende Fragen zur Identifizierung der verstorbenen Angehörigen.

Auch heute steht die Koordinierungsstelle NOAH weiterhin in Kontakt zu Betroffenen des Kreuzfahrtschiffsunglücks. Mehrere Psychotherapieplätze wurden inzwischen vermittelt und psychologische Begleitung bei der Entgegennahme von persönlichen Gegenständen aus dem Schiff organisiert. Ebenso wurden die Betroffenen beim Besuch der Gedenkveranstaltung auf Giglio sechs Monate nach dem Unglück und zum ersten Jahrestag des Unglücks unterstützt.

wertung von speziellen Fragen und Aufgaben. So wurden beispielsweise die Instrumente „NOAH-Trauma-Datenbank“ und „Hotline“ wissenschaftlich evaluiert. Zur Qualitätssicherung gehört schließlich auch, dass das gesamte NOAH-Team zur eigenen Entlastung und Erfahrungsverarbeitung seit 2003 regelmäßig Supervision in Anspruch nimmt.

### Ehrungen

Dreimal wurde die Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe bzw. ihre Mitarbeiter für die geleistete Arbeit ausgezeichnet. Am 12. Juli 2005 ehrte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily die Mitarbeiter der Koordinierungsstelle NOAH für ihre Verdienste in der Nachsorge für die vom Seebeben in Südostasien am 26. Dezember 2004 betroffenen Bundesbürger. Ebenfalls im Zusammenhang mit dieser Naturkatastrophe verlieh die Evangelische Notfallseelsorge im Rheinland am 6. Dezember 2005 eine Urkunde an die Koordinierungsstelle, mit der sie ihren Dank und ihre Anerkennung für die konstruktive Kooperation nach dem Seebeben zum Ausdruck brachte.



Das Team der Koordinierungsstelle NOAH (v. l. n. r.: Volker Harks, Annika Fritsche, Verena Blank-Gorki, Rike Richwin, Kerstin Fröschke, Mark Overhagen, Dr. Jutta Helmerichs, Claudia Schedlich, Thomas Knoch, Michael Prell, Tobias Hahn).  
(Fotos: Stein/BBK)

Am 18. August 2012 zeichnete der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Dr. Ole Schröder, die Mitwirkenden der Koordinierungsstelle NOAH für ihre herausragenden Leistungen in der psychosozialen Unterstützung von Betroffenen und ihren Angehörigen nach schweren Unglücksfällen und Katastrophen im Ausland aus. Dazu gehören neben den Mitarbeitern der Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe und den Verstärkerkräften aus den Reihen des BBK auch alle Notfallseelsorger und Kriseninterventionsdienste in Deutschland, die NOAH seit Jahren als externe Experten zur Verfügung stehen.

### Infomaterial der Koordinierungsstelle NOAH

Im Rahmen der Arbeit der Koordinierungsstelle NOAH wurde ein Faltblatt entwickelt, mit dem sich Betroffene und Angehörige über mögliche Reaktionen nach belastenden Ereignissen informieren können. Der Flyer *Empfehlungen für den Umgang mit belastenden Ereignissen* ist in Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch erschienen und über die Homepage des BBK als pdf abrufbar oder bestellbar.



### Zusammenfassung

Durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe im Dezember des Jahres 2002 im Rahmen der Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung reagierte die Bundesregierung auf Defizite in der kontinuierlichen Betreuung von schweren Unglücksfällen im Ausland betroffener Bundesbürger. Seit nunmehr zehn Jahren setzen sich die Mitarbeiter dieser Koordinierungsstelle durch ihre Arbeit dafür ein, dass deutschen Bundesbürgern, die im Ausland von einer komplexen Gefahren- und Schadenslage betroffen sind, sowie ihren Angehörigen im Inland eine bestmögliche Betreuung und Unterstützung zuteil wird. Möglich wird dies durch die gute Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Institutionen und Organisationen und die fortlaufende Qualitätssicherung.

Dr. Jutta Helmerichs ist Leiterin des Referates „Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Thomas Knoch ist Mitarbeiter des Referates „Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

# Verzahnung als Auftrag

## Das GMLZ 10 Jahre danach

Frank Hähn und Andreas Hermens

### Vorgeschichte: Tschernobyl 1986 und 11. September 2001

Am 11. September 2001 erschütterten die Anschläge auf das World-Trade-Center und das Regierungsviertel in den USA die Welt. Was würde bei vergleichbaren Anschlägen in Deutschland passieren? Wie sind länderübergreifende Lagen am besten zu bewältigen? Reichen die bestehenden Gesetze, bei denen die Länder für die Bewältigung derartiger Lagen zuständig sind und der Bund lediglich Kompetenzen im Verteidigungsfall hat, aus? Fragen, die man sich auch schon früher gestellt hatte. Bereits nach der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl wurde 1988 die Idee einer „Interministeriellen Koordinierungsgruppe von Bund und Ländern für großflächige Gefahrenlagen“ geboren. Mehr als eine Geschäftsordnung wurde damals nicht geschaffen. Erst 1999 wurde die Idee weiterentwickelt: Eine „Informationszentrale des Bundes“, ein „deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS“ und eine Geschäftsstelle für die Interministerielle Koordinierungsgruppe wurden gegründet.

### Die „Neue Strategie“

Im Jahr 2002 wurde die Idee wieder aufgegriffen: Im Dezember beschloss die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“. Diese sah eine bessere Verzahnung der vorhandenen Hilfeleistungspotenziale des Bundes (insbesondere THW) und der Länder (Feuerwehren und Hilfsorganisationen), die Schaffung neuer Koordinierungsinstrumentarien für ein effizienteres Zusammenwirken des Bundes und der Länder, insbesondere im Bereich des Informationsmanage-

ments und beim Nachweis von Engpass-Ressourcen sowie das Entwickeln, Einüben und Praktizieren eines gemeinsamen Führungsverständnisses vor.

### August 2002: Die „Jahrhundertflut“

Nach äußerst starken Regenfällen im August 2002 setzte die „Jahrhundertflut“ weite Teile von Tschechien, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen unter Wasser. Sachsen traf es in Deutschland am schlimmsten. Ganze Landstriche wurden überflutet, 21 Menschen starben, Zehntausende mussten ihre Häuser verlassen. Rund 150.000



Das „alte“ GMLZ im Juli 2003.

Helfer, darunter zahlreiche Freiwillige aus allen Teilen Deutschlands, waren im Einsatz. Das Bundesministerium des Innern (BMI) beorderte vorübergehend zwei Mitarbeiter der Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) zum BMI. Die ZfZ als neue Abteilung des Bundesverwaltungsamtes (BVA) hatte nach Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) zum 31.12.2000 dessen Aufgaben übernommen. Der

Auftrag an die abgeordneten ZfZ-Mitarbeiter: Aufbau und Betreuung einer Bürgerhotline, die Anfragen zu Entschädigungen, aber auch Hilfeleistungsangebote entgegennehmen sollte. Diese „Koordinierungsstelle (KOST)“ wurde im September in die ZfZ verlegt und zum 30. September 2002 aufgelöst.

### Das GMLZ wird „geboren“

Die Erfahrungen der Anschläge in den USA und die gerade zurückliegende Elbeflut veranlassten die ZfZ, als operatives Instrument für außergewöhnliche Schadenlagen die Gemeinsame Melde- und Alarmzentrale (GMAZ) einzurichten. Die GMAZ (G für „Gemeinsam“ als Konsequenz des IMK-Beschlusses zum gemeinsamen Handeln von Bund und Ländern) nahm ihren Betrieb zum 01.10.2002 provisorisch in einem Kellerraum auf. „Eine Kollegin vom THW, mit der ich mir die Zeit werktags von 07:30 bis



Das neue GMLZ im März 2007.

18:30 Uhr teilte, und ich, vier Schreibtische, ein Fernseher – das war zunächst alles, was wir hatten“, erinnert sich Frank Beissel als Mann der ersten Stunde. Unterstützt wurden die beiden zeitweise durch weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZfZ. Am 15. Oktober wurde Thomas Mitschke, damals Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Ahrweiler, zum ersten Leiter der GMAZ bestellt. Er erinnert sich: „Auf einem Betriebsausflug kam der Leiter der ZfZ auf mich zu und fragte, ob ich mir den Aufbau und die Leitung eines Katastrophenschutz-Lagezentrums auf Bundesebene vorstellen könnte. Es gab nur ein paar Ideen, einen Raum und viel politischen Willen, aber daher auch viel Freiraum für die Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen.“ Meist gestellte Nachfrage bei Anfragen in den Bundesländern: „Wer sind Sie ...?“ Aber auch der Name

wurde hinterfragt. „Oft wurden wir gefragt, wen wir denn alarmieren würden“, so Frank Beissel. Also wurde der Name geändert in „Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern“ und auch der Bekanntheitsgrad nahm kontinuierlich zu.

### Der tägliche Lagebericht

Da man aber nicht nur Erkenntnisse sammeln, sondern diese auch anderen Behörden zur Verfügung stellen wollte, wurde der „Tägliche Lagebericht“ erfunden. Der erste erschien am 13.11.2002. Einziges Thema war die zunehmende Furcht vor Anschlägen durch das Al-Quaida-Netzwerk in Deutschland. Prägende Elemente damals: Die „Date-Time-Group“ mit dem Stand des Berichtes, die Auflistung der verwendeten Quellen zu Beginn und die Unterteilung in „Allgemeines“ und „großflächig“. Schon am nächsten Tag wurden in der Überschrift die „Testphase“

des GMLZ betont sowie Unwetterwarnungen und ein Bericht über den vor der spanischen Küste havarierten Öltanker „Prestige“ mit aufgenommen.

### Internationale Verzahnung

Auch auf der Ebene der Europäischen Union (EU) hatte man sich Gedanken über eine Koordination bei grenzüberschreitenden Katastrophen gemacht. Auf EU-Ebene entstand das „Beobachtungs- und Informationszentrum“ (MIC). Ein

Wunsch der EU: Eine nationale Ansprechstelle für ihr Anliegen in jedem Mitgliedsland. Da das GMLZ damals noch nicht „rund um die Uhr“ besetzt war, wurde das BMI zum „National Contact Point (NCP)“ bestellt. Das GMLZ erhielt die Informationen und war als „Kompetente Behörde (Competent Authority)“ für die Abarbeitung der eingehenden Anforderungen zuständig. Erste Hilfeleistungsanfrage: Bitte um Unterstützung bei der Bekämpfung der Folgen des „Prestige-Unglücks“. Dafür war allerdings das bereits einige Jahre zuvor gegründete Havariekommando in Cuxhaven zuständig, an das die Bitte weitergeleitet wurde. Historisch gesehen handelte es sich aber um die erste „Ressourcenanfrage“. Der erste „Einsatz“ des GMLZ mit entsprechenden Lagemeldungen war allerdings der Wintersturm „Jeanette“ Ende Oktober 2002: 24 Tote und 1,7 Mrd. € Schaden waren zu beklagen.

Im März 2003 erscheint der Lagebericht erstmals ohne den Zusatz „Testphase“. Berichtet wird über ein Hilfeleistungsgesuch der Türkei anlässlich der Irak-Krise. Diese Lage führt auch erstmals zu einer 24-h-Dauerbesetzung des GMLZ. Dieses Ereignis zeigt: Das GMLZ braucht mehr Ausstattung und mehr Personal. Nach einer (erstaunlich kurzen) Ausschreibungs- und Planungsphase wird im Sommer 2003 das erste GMLZ in Bonn-Bad Godesberg in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2004 werden zahlreiche Stellen ausgeschrieben und besetzt: Insgesamt 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind jetzt für das GMLZ tätig. Erstmals ist das Lagezentrum durch die Einrichtung einer Rufbereitschaft auch „rund um die Uhr“ erreichbar und handlungsfähig.

### Der Umzug nach Bonn-Lengsdorf

Im Jahr 2005 wurde beschlossen, das am 01. Mai 2004 aus der ZfZ hervorgegangene Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), zu dem das GMLZ nun gehörte, nach Bonn-Lengsdorf zu verlegen. Schnell wurde klar, dass ein Umzug der komplizierten Technik nicht so einfach sein würde. Außerdem bestand die Gefahr, dass man während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland, auf die sich auch die Sicherheitsbehörden in besonderer Weise vorbereiteten, in einem nur halb funktionsfähigen GMLZ sitzen würde. Also wurde beschlossen, das komplette GMLZ vorübergehend von Bad Godesberg an die AKNZ nach Ahrweiler zu verlegen. Nach einer Übergangsphase von nur vier Wochen waren Ab- und Wiederaufbau geschafft. Das GMLZ konnte ohne Unterbrechung des Betriebes seinen Dienst an der Ahr aufnehmen. Um eine ständige Funktionsfähigkeit sicherzustellen war auch beschlossen worden, in Lengsdorf ein komplett neues GMLZ zu installieren und Ahrweiler als Ausweichsitz zu erhalten. Nach knapp einem Jahr im Ausweichsitz konnte schließlich am 1. Februar 2007 das erweiterte und modernisierte GMLZ in Bonn-Lengsdorf in Betrieb genommen werden.

### 24-h-Dienst und Meldekopf

Ein herausragendes Ereignis war die Entscheidung des BMI, das GMLZ als zentrales Lagezentrum im Bevölkerungsschutz für Deutschland zu etablieren; das GMLZ wurde anstelle des Lagezentrums BMI mit der Funktion des „Nationalen Kontaktpunktes“ für zahlreiche internationale Informations- und Meldverfahren betraut. Damit einher ging die ständige, personelle Besetzung: Seit dem 01.06.2010, Punkt 00:00 Uhr, erfolgt die dauerhafte Besetzung „rund um die Uhr“.

Am 01.02.2011 endete dann eine „Ära“ im GMLZ. Thomas Mitschke, Leiter der ersten Stunde, wechselte als Abteilungsleiter an die AKNZ. Nach einer Übergangsphase

unter der Leitung von Andreas Hermens wurde Christoph Schmidt-Taube am 1. Januar 2012 mit der Leitung des GMLZ beauftragt.

### Die Zukunft

Ein wichtiger Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit des GMLZ wird die zunehmende automatisierte Verarbeitung und Visualisierung von Informationen sein. „Die Herausforderung eines Lagezentrums besteht heute nicht mehr darin, überhaupt Informationen zu bekommen, sondern die zahlreich vorhandenen Informationen so auszuwerten,



Automatisierte Verarbeitung und Visualisierung von Informationen werden zukünftig ein Arbeitsschwerpunkt des GMLZ sein. (Fotos: BBK)

„dass schneller als bisher mögliche Ereignisse erkannt werden. Darüber hinaus gilt es, die unterschiedlichen Informationen passend für die verschiedenen Nutzer aufzubereiten“, erläutert Christoph Schmidt-Taube die kommenden Herausforderungen. Dabei sollen automatisierte Auswertungen in Zukunft helfen. Erste Forschungsprojekte laufen. „Hinzu kommen Prognosen: Wie wird die Lage sich in den nächsten Stunden und Tagen entwickeln? Und das jederzeit und schnellstmöglich. Die nächste Katastrophe, das nächste Hochwasser, ob an der Elbe oder anderswo, kommt bestimmt!“

Frank Hähn ist Disponent und Sachbearbeiter im GMLZ. Andreas Hermens war von 2004 bis August 2012 als Referent im GMLZ tätig. Seit 01.09.2012 ist er an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK für Qualitätsmanagement zuständig.

# „Bitte nicht noch ein Stabsmitglied“

## Geoinformationen in Krisenstäben

Michael Stein, Frank Ehl, Michael Judex und Giulio Gullotta

Die Möglichkeiten der Nutzung von georeferenzierten Informationen für die Aufgaben des Krisenmanagements sind bereits vielfältig beschrieben und diskutiert (s. a. *Bevölkerungsschutz 1/2011*). Der Mehrwert dieser Informationen insbesondere durch ihre Verknüpfbarkeit ist dabei unbestritten. Neben amtlichen Informationsquellen gibt es zwischenzeitlich eine Vielzahl von alternativen Datensammlungen. Durch die Verbreitung mobiler Informationstechnik (Tablet-PC, Smartphones) und deren Fähigkeit, exakte Standortinformationen (meist über GPS) zu generieren, sind viele

Informationsdienste entstanden, die den Alltag der Menschen bequemer machen. Diese Technologien sind aber auch geeignet, in schwierigen Situationen schnell und präzise (weil ortsbezogen) Antwortbeiträge zu liefern. Insofern geht es weniger darum, ob ein Krisenstab georeferenzierte Informationen verwendet, sondern vielmehr welche und wie. Der nachfolgende Beitrag skizziert die Möglichkeiten der Nutzung von Geoinformationen in Krisenstäben. Dabei ist hervorzuheben, dass einige der Ideen bereits erfolgreich erprobt und gute Praxis sind.

### „Lagekarte machen wir schon immer“

Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst – der (geo)grafische Plan für den Einsatz ist nicht nur hier Standard. Ob der Lageplan einer Veranstaltung und der dezidierten Flächen-



Klassiker: Lagekarte eines operativ-taktischen (Führungs-)Stabes.

belegung, ob die Aufteilung des Raumes für unterschiedliche Einheiten, auch in bereichsübergreifenden Stäben, etwa zur Vorbereitung einer Großveranstaltung, werden stets Geoinformationen benutzt. Nach wie vor häufig zu beobachten ist allerdings, dass der Austausch von Informationen, die für alle Beteiligten relevant sind, händisch er-

folgt. Sofern es sich um die Vorbereitungsphase handelt, ist dieser Umstand meist unproblematisch. Plausibilitätsprüfungen bezogen auf die räumliche Lage einer bestimmten Information oder aber die Information als solche erfolgen im Rahmen der weiteren Planungen. Allerdings stehen mittlerweile erprobte und verlässliche IT-Systeme und Datenformate zur Verfügung, die eine zunehmende Automatisierung der Verarbeitung und des Austausches ermöglichen. Gerade bei umfangreichen Datensätzen empfiehlt sich daher deren Nutzung. Bei komplexeren Lagen birgt die Eintragung von Hand zudem die Gefahr, dass Übertragungsfehler auftreten. Komplexität bezeichnet dabei nicht die Gleichzeitigkeit verschiedener schwieriger Situationen, von denen Schaden für Menschen, Tiere, Sachwerte oder kritische (lebenswichtige) Infrastrukturen ausgeht. Die wechselseitigen Abhängigkeiten unterschiedlicher Faktoren voneinander machen aus einer komplizierten Lage eine komplexe. Der Versuch, die Situation möglichst genau abzubilden und dann unterschiedliche Szenarien zu entwickeln, ist meist der erste Schritt zur Problemlösung. Der günstigste und ungünstigste Verlauf sollten zudem dargestellt werden, um die Parameter zu identifizieren, die es in jedem Fall zu beeinflussen gilt, um Schäden abzuwenden oder zu minimieren. Dabei können geografische Informationssysteme (GIS) helfen.

Die Lagedarstellung erfolgt in Krisen-/Verwaltungsstäben<sup>1</sup> durch die Koordinierungsgruppe (KGS). Sie umfasst die durch die Mitglieder eingebrachten Prognosen. Bei schwierigen Situationen, die erheblichen Koordinierungsbedarf zwischen den Ressorts erfordern, kommen die Verantwortlichen der Ressorts im Stab anlassbezogen

<sup>1</sup> Wengleich die Bundesländer spezifische Bezeichnungen haben, so ist deren Aufbau aufgrund der „Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ-organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe-Vws)“ vergleichbar.



zusammen. Die KGS bildet als geschäftsführende Stelle des Stabes ein kontinuierliches Bindeglied. Hier kann der GIS-Einsatz besonderen Mehrwert bringen.

### „Geografische Informationssysteme sind völlig überbewertet“

Grundsätzlich kann der Einsatz von Hilfsmitteln oder Werkzeugen nur dann seine größte Wirkung entfalten, wenn diese von Menschen eingesetzt werden, die nicht nur entsprechend ausgebildet sind, sondern auch Erfahrung im Umgang mit ihnen haben. Auch bei der Verwendung geografischer Informationssysteme gilt, dass erst durch deren regelmäßige Nutzung die Stärken und Schwächen erkannt werden und damit auch ad-hoc funktionierende Lösungen entwickelt werden können. Das der Einsatz von GIS nur ein möglicher Weg der Problemlösung ist, ist einerseits selbstverständlich, kann andererseits nicht oft genug betont werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Der menschliche Verstand ist und bleibt der entscheidende Schlüssel zum Erfolg. Wo immer möglich sollten in Stäben zeitgleich unterschiedliche Mittel genutzt werden, um zu einer umfassenden Lagefeststellung und tragfähigen Lagebewertung zu kommen. Durch den Vergleich der Ergebnisse werden nicht nur Fehler(quellen) identifiziert, sondern auch die Aspekte herausgearbeitet, die der besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Die Nutzung von raumbezogenen Informationen wird zunehmend alltäglich. Wer heute das nächstgelegene Kino sucht, der nutzt die entsprechende „App“ und schaut nicht in Telefonbuch und Stadtplan nach. Für einen Stab sind solche Suchfunktionen auch hilfreich, allerdings meist mit etwas anspruchsvollen, mehrdimensionalen Fragestellungen. So kann die Suche nach Freiflächen mit einer bestimmten Größe und einer bestimmten Verkehrswegeanbindung sowie maximalen Entfernung zu einem Krankenhaus für die Landung von Hubschraubern gefordert sein. Eine Aufgabe, die bei entsprechender Datenverfügbarkeit mit einem GIS spielend zu lösen ist. Die Qualität der (Roh)Daten ist natürlich für das Analyseergebnis maßgeblich. Dennoch muss das Fehlen einzelner Daten nicht dazu führen, dass eine Aufgabe nicht GIS-unterstützt gelöst werden kann. Bereits die (grobe) Eingrenzung der in Frage kommenden Flächen aus dem obigen Beispiel hilft dem Stab. Die Vororterkundung durch Einsatzkräfte kann so auf wenige potenziell geeignete Orte beschränkt werden.

Die Nutzung von GIS für Simulationen und Prognosen ist heute ebenfalls weit verbreitet. Eine bekannte Anwendung, die Echtzeit-Messdaten verwendet, ist die Fahrtzeitprognose, wie sie z. B. unter [www.autobahn.nrw.de](http://www.autobahn.nrw.de) ange-

boten wird. Ein weiteres Anwendungsbeispiel für Einsatzkräfte wurde unter der Überschrift „Wege durch das Chaos“ in [Bevölkerungsschutz 3/2010](#) beschrieben.

### Text versus Karte – eine Typenfrage?

Als der britische Mediziner John Snow im 19. Jahrhundert Cholerafälle in London untersuchte, um herauszufinden, wie sich die Cholera übertrug, sammelte er zunächst eine Vielzahl von Informationen: Wo lebten, wo starben die Betroffenen? Welcher Schicht gehörten sie an? Gab es Besonderheiten im Verhalten oder in deren Wohnumfeld usw. Er verschaffte sich ein Lagebild, das ihm helfen sollte, die Ursachen für die Ausbreitung der Cholera (und damit



Dr. Snows räumliche Analyse von 1854.

einen Ansatzpunkt zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung) zu erkennen. Erst die Darstellung der Cholerafälle in einer Karte zeigte: Die Krankheitsfälle häuften sich rund um die öffentlich zugängliche Trinkwasserpumpe in der Broad Street und auch Fälle in anderen Stadtteilen weisen einen Bezug zur dieser Pumpe auf. Letztlich hat Snow nichts anderes gemacht, als das, was auch heute noch bei der Befassung mit Gefahren erfolgt: Eine Analyse mit Raumbezug und deren kartografische Aufbereitung.

Ein bekanntes Beispiel ist der Hochwasserschutz. Die meisten Bundesländer haben für die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten sehr anschauliche Leitfäden erstellt. Exemplarisch soll der Blick in den „Leitfaden Hochwasser-Gefahrenkarten“ des Landes NRW genügen<sup>2</sup>. Unter der Überschrift „Gefahrenkarten – Informationsverarbeitung“ heißt es, dass „die Verwaltung der Daten, deren Weiterverarbeitung sowie die Erstellung und Ausgabe der Gefahrenkarten (...) in einem geografischen Informationssystem (GIS) durchzuführen“ ist (a.a.O. S. 2). Der Hinter-

<sup>2</sup> Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW (Hrsg.): Leitfaden Hochwasser-Gefahrenkarten, Stand Juni 2003; abrufbar unter [http://www.lanuv.nrw.de/wasser/pdf/leitfaden\\_Gefahrenkarte.pdf](http://www.lanuv.nrw.de/wasser/pdf/leitfaden_Gefahrenkarte.pdf) (Zugriff: 27.12.12, 12:06 Uhr).

grund dafür ist nicht Förderung der GIS-Industrie, sondern dass nur durch den Einsatz eines GIS alle relevanten Daten gemeinsam analysiert und betrachtet werden können. In einem GIS können alle bereits vorhandenen georeferenzierten behördlichen Informationen, etwa zu Gebäuden, Flächennutzung, Deichanlagen oder zum Gelände (Relief) umgehend genutzt und damit Kosten gespart werden. Außerdem können Veränderungen an einzelnen Informationen (und damit Datensätzen) verzugslos eingepflegt und deren Auswirkung auf den Hochwasserschutz berücksichtigt werden. Diese bewährte Nutzung von GIS lässt sich auf andere Fragestellungen übertragen.

Eine neue Herausforderung ist dabei, wie zu den amtlichen Informationen künftig bürgergenerierte Informationen hinzukommen und integriert werden können. Hier gilt es genau zu prüfen, welche Informationen gleichsam hoheitlich erhoben und vorgehalten werden müssen, etwa Grundstücksgrenzen, und welche (nicht auch) durch Freiwillige beigetragen werden können. Die zunehmende Nutzung mobiler Informationstechnologie führt jedenfalls absehbar dazu, dass immer mehr Menschen Informationen mit Bezug zu ihrem jeweiligen Standort nutzen, aber auch generieren. Hier gilt es geeignete Verfahren zu entwickeln, wie diese heterogene Informationsmenge sinnvoll verwendet werden kann.

**„Keine Experimente bitte, die Lage ist zu ernst.“**

Seit mehreren Jahren ist im Bevölkerungsschutz die Diskussion um die Chancen und Risiken der Nutzung von sog. Web 2.0 Diensten in vollem Gange. Bereits 2009 wurde gezeigt, dass durch die Analyse von Suchanfragen bei Google recht verlässliche Aussagen über das Auftreten grippeähnlicher Krankheiten in nahe Echtzeit gemacht werden können (vgl. [www.google.org/flutrends/about/how.html](http://www.google.org/flutrends/about/how.html)). Vielversprechend ist die Kombination aus behördlichen, medialen und bürgergenerierten Informationen. Auch dazu finden sich Beispiele im Internet. Um einen Eindruck zu bekommen lohnt der Besuch der Seite [www.healthmap.org](http://www.healthmap.org) – Dr. Snow hätte gewiss Freude daran gehabt. Das Bostoner Kinderkrankenhaus nutzt die o.g. Quellen, um Ausbruch und Verlauf übertragbarer Krankheiten weltweit zu erfassen. Zugleich dient die Seite der Information von Fachleuten und Laien.

**„Jedes Krisenstabsmitglied gehört zu einer Verwaltung und jede Verwaltung hat in der Regel GIS“**

Handelsübliche GIS bieten eine Vielzahl von leistungsfähigen Analysewerkzeugen. Die Fachleute aus den Verwaltungen von Kommunen, Ländern und Bund nutzen diese längst für ihre jeweilige Arbeit. Nicht nur beim Hochwasserschutz, der Schulbedarfs- oder Verkehrswegeplanung – der Raumbezug ist immer gegeben. Die fachliche Kompetenz für die Beantwortung der Fragen ist selbstverständlich in den Behörden selbst vorhanden. Behördenübergreifend findet zudem zunehmend eine Abstimmung über den Bestand und die Nutzung von Geoinformationen statt. Oft fungieren die Kataster- / Planungsämter dabei als kommunaler GIS-Koordinator. Ein professionelles Geodatenmanagement ist für deren ureigene Aufgabenwahrnehmung unerlässlich, hilft aber auch allen anderen Behörden. Neben den aktuellen topografischen Karten, Luftbildern, Adressen und Hausnummern, die dort in der Regel kostenfrei für die behördliche Nutzung zur Verfügung stehen, regelt der GIS-Koordinator auch die Datenaktualisierung.



Behördliche Quellen, Medien und Bürger speisen die HealthMap ([www.healthmap.org](http://www.healthmap.org)).

Veraltete Informationen können zu einem falschen Lagebild und damit einer falschen Lagebewertung führen. Wenn die Forstbehörde den tatsächlichen Bestand an (Lösch-) Wasserentnahmestellen in einem Wald führt, die Feuerwehr aber auch noch längst versiegte Quellen verzeichnet hat, dann ist es gut, dass dieser Umstand im kommunalen GIS auffällt und nicht bei einem Waldbrand. Aber selbst für den Fall, dass beide Behörden aktuelle Datensätze haben, erschließt sich der Nutzen der Geodaten-Koordinierung. Die Datenpflege durch nur eine Behörde ist wirt-

schaftlicher als durch zwei. Dabei gilt natürlich, dass sich ergänzende Informationen durchaus an unterschiedlichen Stellen erhoben werden können. Sollte der Förster also den Bestand an Wasservögeln pflegen und die Feuerwehr die Kubikmeter Wasser, dann können diese Informationen über das GIS verknüpft und in Wert gesetzt werden.

## Und nun?

Was liegt näher, als GIS-Kompetenz in die Stabsarbeit zu integrieren? Der Bereich Lagerfassung und -darstellung erscheint hier prädestiniert. Dort werden ressortübergreifend die relevanten Informationen erfasst und aufbereitet, um die Beurteilung der Lage durch den Stab überhaupt zu ermöglichen. Tatsächlich können via GIS die Informationen aus den Ressorts nicht nur schnell zusammengeführt, sondern die Ergebnisse auch an die Beteiligten (rück-)übermittelt werden. Dadurch kann sich der Stab auf seine eigentliche Aufgabe, das Treffen von Entscheidungen, konzentrieren.

Damit liegt der Mehrwerte eines Kontaktes mit dem (lokalen) GIS-Koordinator auf der Hand. Dieser kennt in der Regel die schnellsten und einfachsten Zugänge zu Daten, die für die Aufgaben des Krisenmanagements benötigt werden oder deren Beschaffung und Aktualisierung aufwendig sind. Dies sind z. B. aktuelle Luftbilder, neu entstandene Adressen, die Deutsche Grundkarte im Maßstab 1:5.000, bzw. die Amtliche Basiskarte 1:5.000, sowie Hochwasserkartierungen. Gleiches gilt für (geoinformationsbasierte) Webdienste (WMS), die ein Stab einfach nutzen könnte, wenn sie bekannt wären. Auch Auswertungen aller Art sind in der Regel dort zu bekommen, da der GIS-Koordinator eine Vielzahl von Daten in Verbindung bringen und analysieren kann. Beispiel: ein Datenbestand und/oder eine Karte über Evakuierungssektoren mit der Anzahl der angemeldeten Fahrzeuge und den Einwohnern geordnet nach Alterklassen im Rahmen der Vorbereitung. Oder die schnelle Bereitstellung einer aktuellen Liste der zu evakuierenden Einwohner in einem bestimmten Radius.

Im Krisenmanagement gibt es keine Musterlösungen, aber Orientierungshilfen. Kann ich das, was sich bei anderen bewährt hat, für meine Situation übernehmen? Dabei gilt, dass Krisenmanagement nicht alleine das Bewältigen einer schwierigen Lage ist, sondern auch die Vorbereitung auf eine solche sowie deren Vermeidung, Früherkennung und Nachbereitung umfasst. Und insbesondere in diesen Phasen lohnt sich der Austausch mit Personen, die sich mit Geoinformationen und GIS auskennen.

Krisenstäbe, die sich weiterentwickeln (wollen), werden im Rahmen ihrer Zusammenarbeit stets nach Verbesserung ihrer Fähig- und Fertigkeiten streben. Dabei ist das selbstkritische Hinterfragen bestehender Ansätze und die Durchführung von Experimenten in Übungen sinnvoll. Eine Einladung des (lokalen) GIS-Koordinators zu einer Planbesprechung des Krisenstabes kann schon allein da-

durch einen Mehrwert bringen, dass man einen Ansprechpartner kennenlernt, der über einen großen Schatz an Daten und Informationen verfügt. Und auch über Möglichkeiten, aus Daten konkrete Erkenntnisse für den Kri-

**GIS im Blick** KREIS VIERSEN 2012/9

**Die Themen**

- Auswertungen im Radius mit RPI
- Ergebnis an Excel
- Excel Funktion PivotTable

**Auswertungen im Radius mit RPI**  
am aktuellen Beispiel Evakuierungsbereich für den Bombenhund in Viersen.

Zu erstellen ist:

- eine Liste aller Adressen im 200m Radius um eine Fundstelle und
- eine Liste aller Straßen mit Anzahl der betroffenen Gebäude im Radius.

**Vorgaben:**  
Radius von 200m um eine Adresse.

**erwartetes Ergebnis:**  
Straßennummern und Anzahl der Gebäude im 200m Radius.

**Wir geht das?**

1. Adresssuche > wie gewohnt über den Reiter „Suchen“, dann
2. Reiter „Zeichnen“ wählen.

**GIS im Blick - Redaktion:**

Michael Stein  
Rolf Klotzowski  
Sabine Patzke

02162/39 1130  
katasteramt@kreis-viersen.de

**GIS-Links:**  
BKI  
http://gis-integration.gis.kreis-vi.de/  
BfWWeb  
www.geoportal.kreis-viersen.de  
WIKI GIS-WIKI  
http://www.kreis-viersen.de/geo/

October 2012

**Wir geht das?**

3. Button „Kreis einzeichnen mit Radiusangabe“ anklicken.
4. Im Kartenfenster gewünschte Position klicken (linke Maustaste).
5. Im sich neu öffnenden Fenster die Radiusangabe vornehmen „OK“ bestätigen und zeigt den Kreis im Kartenfenster.

**Radiuseingabe**

Radius in Metern: 200,00

OK Abbrechen

Der Newsletter „GIS im Blick“ aus dem Kreis Viersen zeigt monatlich für Kreise und Kommunen am linken Niederrhein, was ein GIS alles kann. Hier am Beispiel Evakuierungsplanung.  
(© Katasteramt Viersen)

senstab abzuleiten. Schließlich wird aber mindestens darüber Gewissheit gewonnen, ob sich der weitere Austausch lohnt und es künftig ein zusätzliches ereignisbezogenes Mitglied im Stab mehr gibt oder nicht. Umgekehrt versteht der GIS-Experte die Bedarfe des Krisenstabes besser und kann Unterstützungsangebote unterbreiten. Das diese sich ausschließlich auf die Bewältigungsphase beschränken, ist eher unwahrscheinlich.

Michael Stein leitet das Amt für Vermessung, Kataster und Geoinformation des Kreises Viersen und ist gleichzeitig GIS-Koordinator.  
Frank Ehl ist Dozent für Krisenmanagement an der AKNZ des BBK.  
Dr. Michael Judex ist Geo-Koordinator des BBK und deutscher Fachkoordinator für den Notfalldienst des europäischen Copernicus-Programms (vormals GMES).  
Giulio Gullotta leitet das Referat Grundlagen Krisenmanagement im BBK.

# Hotline im Krisen- und Katastrophenfall

Psychosozialer Gesprächsleitfaden für die Krisenhotline erscheint in der Reihe „Praxis im Bevölkerungsschutz“ des BBK

Rike Richwin

Keine Krise ist wie die andere, weshalb auch die Maßnahmen zur Bewältigung einer Krise immer wieder neu an die jeweilige Lage angepasst werden müssen. Kurz gesagt: Die Bewältigung einer Krise erfordert ein hohes Maß an Flexibilität auf der konzeptionellen sowie auf der operativen Ebene. Dies gilt auch für die Einrichtung und Unterhaltung einer Krisenhotline. Als Instrument des Krisenmanagements dient sie u. a. als Informationsquelle, Beratungsangebot oder Personenauskunft und bildet

birgt, wurde im Referat Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ein Psychosozialer Gesprächsleitfaden entwickelt, der den Hotlinern eine theoretische und praktische Hilfestellung gibt und Mitte März 2013 in der Reihe „Praxis im Bevölkerungsschutz“ erscheinen wird.

Ereignen sich eine Katastrophe oder ein schweres Unglück, gehört die Einrichtung einer Hotline mittlerweile zum Standard. Unmittelbar und mittelbar betroffene Personen haben ein hohes Bedürfnis an gesicherten Informationen. Die Anfragen, die dabei an die Hotline gestellt werden, können äußerst unterschiedlich sein und hängen vom jeweiligen Ereignis ab. Handelt es sich beispielsweise um einen Amoklauf, wie am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt im Jahre 2002, kann eine Verunsicherung und Betroffenheit aus den Anrufen hervorgehen. Neben allgemeinen Fragen zum Ereignis können zum Beispiel auch Anrufe anderer Schulen eingehen, die für sich erfragen, wie sie mit den eigenen Schülern das Ereignis bearbeiten und bewältigen können. Handelt es sich um eine andere Art von Ereignis, wie zum Beispiel um den Einsturz eines Gebäudes, wie bei der Eissporthalle in Bad Reichenhall im Jahre 2006, ist möglicherweise mit Anfragen zur Schuld- und Verantwortungsfrage zu rechnen.

Neben speziellen Anfragen zum jeweiligen Ereignis können in der Krisenhotline auch Anrufe von direkt Betroffenen, Vermissten oder Angehörigen möglicher Schadensopfer eingehen, die eine hohe emotionale Belastung für die Hotliner darstellen können. Um den Bedarfen der Anrufenden gerecht zu werden, die Anfragen adäquat beantworten zu können und dabei selbst handlungsfähig zu bleiben, reichen ein gutes Bauchgefühl und die qualifizierte Bedienung der Telefonanlage nicht aus, sondern es bedarf einer umfassenden Vorbereitung und eines regelmäßigen Trainings der Gesprächsführung am Telefon.

Bei einer sich rasant ändernden Lage, emotionalen Anrufern und extrem vielfältigen Anfragen müssen an der Krisenhotline durch die Hotliner aktiv Gespräche geführt, Sachlagen korrekt eingeschätzt und zahlreiche Entschei-



damit die Schnittstelle zwischen den Akteuren und Vorgängen der Ereignisbewältigung und der unmittelbar und mittelbar betroffenen Bevölkerung. Da Mitarbeiter in der Krisenhotline mit äußerst vielfältigen Anfragen und mitunter belasteten Anrufern konfrontiert werden und die Arbeit an der Hotline ein hohes Stressniveau

dungen innerhalb kurzer Zeit gefällt werden. Zusätzlich sind eine psychosoziale Kompetenz und Strukturkenntnisse von hoher Bedeutung. Ein sicherer Umgang mit den Rahmenbedingungen einer Hotline führt außerdem – so zeigt eine wissenschaftliche Untersuchung der Universität Mannheim – zu geringerer Belastung für die Hotliner.

Der im Referat für Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelte Leitfaden soll Hotliner auf den Einsatz in einer Krisenhotline adäquat vorbereiten und ihnen praktische Tipps für die Hotliniarbeit vermitteln.

### Inhalte „Hotline im Krisen- und Katastrophenfall: Psychosozialer Gesprächsleitfaden“

#### Wer weiß was? – Wer macht was?

Hotlinereferenzen – Beispiele aus der Hotlinepraxis  
Hotlineangebote – bewährte Praxis und aktuelle Konzepte

#### Wer ruft an?

Anrufgruppen und häufige Anliegen  
Bedürfnisse und Reaktionen Betroffener

#### Wer nimmt ab?

Aufbauorganisationen  
Schulungskonzept

#### Psychosoziale Hilfe am Telefon – Basiswissen und Basisregeln

Kommunikationsregeln – für die Hotlinepraxis genutzt  
Techniken und Tipps zum Zuhören, Fragen und Formulieren  
Der Erstkontakt mit Menschen in Extremsituationen – Was ist zu tun?

#### Die Krisenhotline im Einsatz – Fundamente der Gesprächsführung

Direkt vor dem Telefonat  
Der Gesprächsanfang  
Gesprächsverlauf – Gesprächssteuerung  
Besondere Gesprächssituationen  
Der Gesprächsabschluss

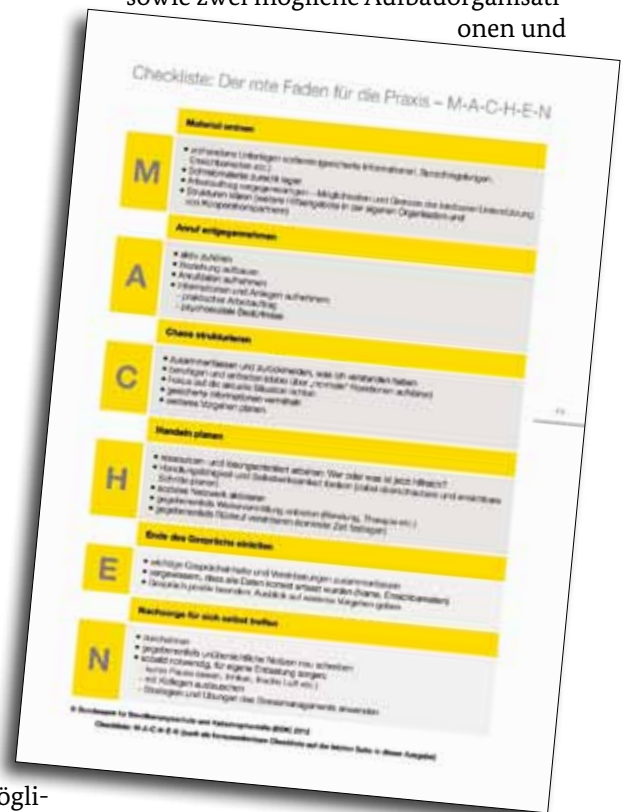
#### Stressmanagement in der Krisenhotline

Belastungen und Stress  
Strategien zur Stressbewältigung

Der Leitfaden greift dabei auf zahlreiche Erfahrungsberichte aus vergangenen Hotlinereinsätzen verschiedener Unglücke und Schadenslagen zurück: Gewonnen werden konnten unter anderem Berichte zur Hotline bei den Amokläufen in Erfurt im Jahr 2002 und in Winnenden 2009, ein Bericht zum Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall 2006, ein Interview zum Hotlinereinsatz anlässlich der Massenpanik auf der Loveparade 2010, Erfahrungen der Hotline der Koordinierungsstelle Nachsorge-, Opfer und Angehörigenhilfe (NOAH) des BBK zum Tsunami-Einsatz 2004, aber auch Berichte von Katastrophenhotlines europäischer Nachbarn, wie der Schweiz und Luxemburg.

Des Weiteren befasst sich der psychosoziale Gesprächsleitfaden mit der Situation der Anrufer und dem Umgang mit Menschen, die unter dem Eindruck extremer Ereignisse stehen und dadurch unterschiedliche Belastungsre-

aktionen zeigen können. Neben der Situation der Anrufer werden außerdem die Situation der Hotliner und die spezifischen Anforderungen der Hotliniarbeit dargestellt, sowie zwei mögliche Aufbauorganisationen und



ein mögliches Schulungsmodell vorgestellt.

Weitere Kapitel befassen sich mit der Gesprächsführung an der Hotline und besonderen Gesprächssituationen, dem Umgang mit Stress und Strategien zur Stressbewältigung, um die eigene Handlungsfähigkeit an der Hotline zu erhalten.

Sowohl die Hinweise zur Gesprächsführung als auch zum Stressmanagement sind mit zahlreichen konkreten Anregungen und Beispielen versehen, sodass sowohl in der Vorbereitung als auch im eigentlichen Einsatz an der Krisenhotline darauf zurückgegriffen werden kann. Insgesamt ist der Leitfaden sowohl für erfahrene als auch für unerfahrene Hotliner gedacht und bietet eine umfassende Orientierung für psychosoziale Aspekte der Arbeit in der Krisenhotline.

Der Leitfaden kann ab Mitte März 2013 unter [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de) angefordert werden.



Rike Richwein ist Mitarbeiterin im Referat „Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

# Standardisierung schafft Interoperabilität

## Das Vorhaben XKatastrophenhilfe

Jakob Rehbach

Das Vorhaben XKatastrophenhilfe widmet sich der Standardisierung des Datenaustauschs zwischen Softwaresystemen im Krisenmanagement des Bevölkerungsschutzes. Durch Standardisierung sowohl in fachlicher als auch in technischer Hinsicht lässt sich die Interoperabilität deutlich steigern. Die am Krisenmanagement beteiligten Akteure werden in die Lage versetzt, Daten zwischen ihren Systemen schnell und unkompliziert

auszutauschen. Hierbei können sie ihre gewohnte Software nutzen und Informationen zur Bewältigung einer Großschadenslage aus externen Quellen über Systemgrenzen hinweg einbinden. XKatastrophenhilfe standardisiert den Austausch von Daten über Hilfeleistungspotenziale und wird als so genannter XÖV-Standard (XML in der öffentlichen Verwaltung) entwickelt.

Ein moderner Bevölkerungsschutz ist ohne den Einsatz von Informationstechnologie undenkbar. Von digitalem Funk über Simulationssoftware bis hin zur GPS-gestützten Einsatzführung gehören IT-Systeme heute zur Standardausstattung im Krisenmanagement. Stets spielt hierbei der Raumbezug der Daten eine große Rolle, sodass eine Vielzahl Geodaten-basierter Programme zum Einsatz kommt. Insbesondere bei der Bewältigung von Großschadenslagen kommt der ständigen Information der beteiligten Stellen über die Entwicklung des Geschehens sowie den Einsatzort der Ressourcen eine hohe Bedeutung zu. Ein hohes Maß an Koordination über Organisations- und Verwaltungsgrenzen hinweg ist für einen erfolgreichen Einsatz von Personal, Material und Technik unerlässlich.

### Eingesetzte Systeme in Deutschland

Bedingt durch anthropogene und naturräumliche Gegebenheiten unterliegen die Aufgaben des Bevölkerungsschutzes in Deutschland teilweise erheblichen regionalen Unterschieden. Zur erfolgreichen Bewältigung werden somit der jeweiligen Situation angepasstes Material und entsprechende Technik benötigt. Dies schließt auch die eingesetzte Software sowie die darin vorgehaltenen und verarbeiteten Daten mit ein. So sollten Krisenmanagementsysteme in Küstenregionen die benötigten Informationen zur Bewältigung einer Sturmflut verarbeiten und vorhalten, wohingegen Regionen mit starker industrieller Nutzung auf Störfälle in Fabriken vorbereitet sein müssen. Spezialisierte Systemhersteller decken den Bedarf der Akteure im deutschen Bevölkerungsschutz mit maßgeschneiderten Produkten ab. Die beteiligten Stellen wählen

eine ihren regional und organisatorisch bedingten Aufgabenbereichen gemäße Lösung aus.

Neben den positiven Effekten einer solchen Spezialisierung treten jedoch insbesondere bei großflächigen Schadenslagen auch Probleme auf. Eine Kommunikation der verschiedenen Systeme ist häufig nicht direkt möglich. Erst durch händische Eingaben können derartige Systembrüche überwunden werden. Ein umfassendes Netzwerk im Bevölkerungsschutz ist somit noch nicht bundesweit realisiert.

### Interoperabilität durch Standardisierung

Ein zentrales Anliegen der Standardisierung ist es, eine hohe Interoperabilität trotz der Heterogenität der eingesetzten Systeme herzustellen. Voraussetzung hierfür ist die Einigung auf ein einheitliches Datenaustauschformat als Schnittstelle zwischen den Systemen. Hierdurch kann der Datenaustausch wesentlich vereinfacht und beschleunigt werden. Ist dies in Form von Arbeitersparnis im Normalfall schon nützlich, kann es bei einer Großschadenslage gar helfen, Sachwerte und Leben zu schützen.

Es gilt, Interoperabilität auf mindestens drei Ebenen herzustellen:

- fachliche Interoperabilität,
- semantische Interoperabilität und
- technische Interoperabilität.

Die im Vorhaben XKatastrophenhilfe angestrebte fachliche Interoperabilität beruht auf einer Einigung auf gleich aufgebaute Datensätze. Gleiche Attribute zur Be-

schreibung von Hilfeleistungspotenzialen erlauben einen direkten Export aus Quellsystemen und den Import in Zielsystemen. Dieser erste Schritt zur Standardisierung bedarf zudem einer einheitlichen Semantik. Um nicht in die Datenhaltung der Systeme einzugreifen, beruht XKatastrophenhilfe auf der „Übersetzung“ der Daten im System in ein deutlich einfacheres Format für die Übertragung.

Probleme durch unterschiedliche Bezeichnungen gleichwertiger Ressourcen werden dabei vermieden, indem ein Katalog von „Fähigkeiten“ entwickelt wurde. Diese beschreiben die Einsatzmöglichkeiten einer Ressource und werden beim Datenaustausch angegeben, um Unklarheiten zu vermeiden und den taktischen Wert eindeutig zu vermitteln.

Schließlich wird technische Interoperabilität durch die Festlegung des Dateiformates, der Übertragungswege und möglicher Sicherheitsmaßnahmen wie Verschlüsselungen erreicht.

### XÖV-Vorhaben – Standards der öffentlichen Verwaltung

Das Vorhaben XKatastrophenhilfe hat seinen Ursprung in der öffentlichen Verwaltung. Die Erarbeitung erfolgte auf Initiative des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und unter Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kreisen. Aus diesem Grunde wurde das Projekt als sogenannter XÖV-Standard entwickelt. „XÖV“ steht dabei für „XML in der öffentlichen Verwaltung“ und verweist somit sowohl auf Urheberschaft als auch auf Dateiformat der Schnittstelle.

Zahlreiche XÖV-Standards wie beispielsweise XMeld im Meldewesen sowie XWaffe für das zentrale Waffenregister sind heute bereits erfolgreich im Einsatz. Die fachliche Expertise der Akteure der öffentlichen Verwaltung wird dabei durch ein festgelegtes Regelwerk in XML (Extensible Markup Language) umgesetzt. Die geschaffenen XML-Schemata können bei Bedarf geändert und erweitert werden. Eine solche Pflege des Standards dient der Umsetzung geänderter rechtlicher oder fachlicher Rahmenbedingungen und Forderungen.

### Organisation des Vorhabens XKatastrophenhilfe

Die fachliche Erarbeitung von XKatastrophenhilfe erfolgte durch Zusammenarbeit in einer Projektarbeitsgruppe. In neun Sitzungen wurden die Grundlagen abgestimmt und zu einem Datenmodell zusammengefasst. Die Zusammenarbeit der Landes-, Kreis- und Bundesvertreter erlaubte dabei, Vorgaben aus den verschiedenen Ebenen der am Bevölkerungsschutz beteiligten Verwaltung zu berücksichtigen. Anschließend wurde das fachliche Datenmodell gemäß der Vorgaben der XÖV-Koordination in der graphischen Modellierungssprache UML (Unified Model-

ling Language) umgesetzt. Durch diesen Schritt werden aus fachlichen Informationen maschinenlesbare Vorlagen für ein Austauschformat. Aus diesen lassen sich XML-Schemadateien erzeugen, welche zukünftig Basis der Implementierung des Standards in Softwaresysteme im Krisenmanagement sein werden. Durch die Nutzung von XML sind



Einbindungen in bestehende Softwareprodukte mit vergleichsweise geringem Aufwand realisierbar.

Zudem wurden die in diesem Bereich tätigen Softwarehersteller über das Vorhaben informiert. Die Projektleitung strebt für das Jahr 2013 die Etablierung einer Expertenrunde von Herstellern als so genannte „Technik-AG“ an. Diese soll bei der Weiterentwicklung von XKatastrophenhilfe beratend tätig werden und somit sicherstellen, dass der Standard neben den fachlichen Anforderungen auch technisch auf einem aktuellen und leicht umsetzbaren Stand bleibt. Um eine aktive Mitgestaltung von XKatastrophenhilfe durch alle relevanten Akteure des Bevölkerungsschutzes zu ermöglichen, ist zudem eine Internetseite in Arbeit. Diese wird es zukünftig sowohl fachlichen als auch technischen Experten erlauben, Änderungswünsche direkt an die Projektleitung und Projektarbeitsgruppe zu übermitteln und den Stand der Bearbeitung jederzeit transparent darzustellen.

### Ausblick

Derzeit wird die Erstversion von XKatastrophenhilfe zur Prüfung auf XÖV-Konformität vorbereitet. Parallel wird an der Entwicklung einer Testinstanz gearbeitet. Mit dieser können Implementierungen des Standards getestet werden, um Systemherstellern und Nutzern bei der Umsetzung zu helfen. Eine stetige Weiterentwicklung von XKatastrophenhilfe ist vorgesehen und wird ebenfalls durch das BBK koordiniert. Als Entwicklungszyklus ist ein Abstand von einem Jahr zwischen den Hauptversionen vorgesehen. Diese werden jedoch nur bei vorliegendem Änderungsbedarf umgesetzt. Die Umsetzung und Nutzung der Standards markiert dabei einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Vision eines umfassenden Netzwerkes im Bevölkerungsschutz.

Jakob Rehbach ist Mitarbeiter des Referates „Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS)“ im BBK.

# Neue Konzepte für das Krisenmanagement

Aktuelles aus dem BMBF-Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“

Anja Mikler

Die Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren zu schützen und für ihre Sicherheit Sorge zu tragen, ist eine der Kernaufgaben staatlichen Handelns. Gefahren können beispielsweise durch Naturkatastrophen, wie Hochwasser und Stürme, oder durch technisches und menschliches Versagen verursacht werden. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass auch in Deutschland die Folgen des



Komplexe Großschadenslagen erfordern eine besonders effektive Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. (Bild: Telemedizinzentrum Charité (TMCC))

Klimawandels zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen führen können. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ Projekte, die Konzepte und Technologien für die Bewältigung komplexer Großschadensereignisse erforschen. Der Schutz der Bevölkerung und Kritischer Infrastrukturen soll weiter erhöht werden. Damit hierbei rechtliche und ethische Aspekte von Beginn an eingebracht werden, setzt das BMBF mit dem Sicherheitsforschungsprogramm auf die enge Zusammenarbeit von Natur-, Technik-, Sozial- und Geisteswissenschaften in Verbundprojekten.

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland verfügt über ein weltweit einzigartiges Hilfeleistungspotenzial. Maßgeblichen Anteil daran haben über 1,8 Millionen freiwillige Helfer. Die ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte stehen jedoch zunehmend vor der Aufgabe, immer komplexere Großschadenslagen bewältigen zu müssen. Ob es sich um das Elbe-Hochwasser (2002), den flächendeckenden Stromausfall im Münsterland (2005) oder Orkane wie Kyrill (2007) handelte: Großschadenslagen erfordern schnelle Entscheidungen unter Zeitdruck – häufig ohne dass hinreichende Informationen über die Gesamtlage oder die Aktivitäten weiterer Akteure vorliegen. Daher gilt es, Lösungen zu entwickeln, mit denen die Einsatzkräfte sowie die verantwortlichen Behörden auch in Zukunft ein effektives Krisenmanagement gewährleisten können.

Das BMBF fördert im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms interdisziplinäre Projekte mit dem Schwerpunkt „Schutz und Rettung von Menschen“. Diese erforschen unterschiedliche Aspekte des Krisenmanagements, wie etwa die Verletztenversorgung, Evakuierung sowie die Kommunikation der Einsatzkräfte untereinander und mit der Bevölkerung. Im Themenfeld Krisenmanagement untersuchen die Verbundprojekte zentrale Fragen, wie:

- Welche spezifischen Herangehensweisen erfordern Großschadenslagen?
- Welche innovativen technologischen Lösungen können die Einsatzkräfte und Behörden unterstützen und wie können diese Lösungen in bestehende Konzepte integriert werden?
- Wie können alle verantwortlichen Akteure in das Krisenmanagement einbezogen und der organisationsübergreifende Informationsaustausch ausgebaut werden?
- Welche rechtlichen Normen und Vorgaben bestimmen die Prioritätensetzung bei Rettungsmaßnahmen?
- Wie lässt sich Krisen- und Katastrophenkommunikation angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft, etwa durch den fortschreitenden demografischen Wandel, an neue Rahmenbedingungen anpassen und optimieren?



Anhand der Ergebnisse von drei Projekten aus der Sicherheitsforschung wird im Folgenden exemplarisch gezeigt, mit welchen neuen Konzepten und Lösungsansätzen das Krisenmanagement gestärkt werden kann.

### Security System for Public Institutions in Disastrous Emergency scenarios (SPIDER)

Das Forschungsprojekt „Security System for Public Institutions in Disastrous Emergency scenarios“ (SPIDER) unter Koordination des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) arbeitet mit einem realitätsnahen Szenario: Eine Explosion hat eine große Messehalle zum Teil stark beschädigt. Etwa 2000 Personen befanden sich im direkten Umfeld der Explosion. Ein Teil der Halle ist eingestürzt. Zahlreiche Personen sind verschüttet und müssen sofort gerettet werden. Die übrigen Betroffenen versuchen, aus der Halle zu flüchten. Dies führt zu Engpässen auf einigen der Fluchtwege, da ein Teil dieser Wege ebenfalls verschüttet ist. Gleichzeitig erhalten die verantwortlichen Akteure, wie Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser und Rettungsdienste an verschiedenen Orten Informationen, die sie nicht in kürzester Zeit untereinander austauschen können. Der Ansatz für eine verbesserte Zusammenarbeit aller Akteure besteht aus einem technologischen Kommunikations- und Informationssystem, das in ein ganzheitliches Organisationskonzept eingebettet ist. Ein solches System ist im BMBF-Projekt SPIDER beispielhaft realisiert worden.

Nähere Informationen zum Projekt SPIDER finden sich unter:  
[www.spider-federation.org](http://www.spider-federation.org)



Der Lösungsansatz des Forschungsverbundes SPIDER besteht darin, eine Schnittstelle für die unterschiedlichen Kommunikationssysteme der Einsatzkräfte zu entwickeln. Das Spektrum dieser Systeme reicht vom Gebäudemanagement bis hin zu Informationssystemen der Sicherheits- und Rettungsdienste. Dafür entwickelt SPIDER eine „Protection and Rescue Markup Language“ (PRML), eine Sprache für präzise Definitionen von Spezifikationen und Prozessen. Der grundlegende Vorteil dieser neu entwickelten PRML besteht darin, dass sie ein universelles technisches Austauschformat hat und damit leicht auf verschiedenen Kommunikationssystemen anwendbar ist. Dies ermöglicht den Einsatzkräften im Schadensfall, Daten und Informationen aus unterschiedlichen Organisationsebenen in kürzester Zeit auszutauschen. Hierfür kommt ein Ad-hoc-Funknetzwerk zum Einsatz, das über schnelle Zugriffselemente, sogenannte Drop-Units, aufgebaut wird. Diese Drop-Units sind leicht transportierbar und werden – angepasst an die Schadenslage – direkt vor Ort aufgestellt.

Das von SPIDER zu entwickelnde Gesamtsystem ermöglicht eine Reihe von Maßnahmen: So können z. B. Betrof-

fene über adaptive Fluchtwegeleitsysteme effektiv aus dem Gefahrenbereich herausgeleitet werden. Auch zwischen der operativen Ebene der Einsatzkräfte und der administrativen Ebene der Führungskräfte ist ein besserer Austausch von Informationen – etwa über Anzahl der Verletzten und Grad der Verletzungen möglich. Die Nutzung der von SPIDER entwickelten PRML wurde bereits im Oktober 2011 erfolgreich auf dem Gelände der Koelnmesse erprobt. Im Frühjahr soll im Rahmen des Bayerischen Katastrophenschutzkongresses in Weiden vom 12. bis 14. April



Nach einer Großschadenslage kann die schnelle Weiterleitung von Informationen, etwa über Fluchtwege oder Verletzungsgrade, Leben retten.  
(Bild: Frank Reimann, Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste NRW)

2013 der Betrieb des in SPIDER entwickelten Ad-hoc-Funknetzwerkes vorgestellt werden. Zusätzlich ist der Aufbau eines Internet-Portals geplant, das Interessierten eine Plattform für den Austausch bietet.

### Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen (Pri-Kats)

Der Forschungsverbund zur „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ (Pri-Kats) bietet einen weiteren Lösungsansatz für die organisationsübergreifende Zusam-

menarbeit. Großflächige Energieausfälle, wie sie etwa im Münsterland (2005) oder durch die Schäden des Orkans Kyrill (2007) aufgetreten sind, haben gezeigt, dass im Fall einer Großschadenslage der Bedarf an Informationsaustausch und Koordination zwischen Energieversorgern, Ordnungs-, Sicherheits- und Rettungskräften, der Politik

Nähere Informationen zum Projekt Pri-Kats unter:  
[http://www.bmbf.de/pubRD/SuRvM\\_Bekanntm\\_600x800\\_D\\_Pri-Kats.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/SuRvM_Bekanntm_600x800_D_Pri-Kats.pdf)



sowie den Bürgerinnen und Bürgern hoch ist. Dafür ist der Katastrophenschutz in Deutschland mit seinen Ressourcen sehr gut aufgestellt. Jedoch gilt es, den organisationsübergreifenden Austausch mit anderen Institutionen der Inneren Sicherheit weiterzuentwickeln.



Im Falle einer Katastrophe müssen Rettungsdienste und Behörden sehr schnell über Prioritäten entscheiden.  
 (Foto: Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW))

Das von der Universität Witten/Herdecke koordinierte Projekt Pri-Kats konzentrierte sich mit seiner Forschung daher auf zwei Aspekte: Zum einen analysierte Pri-Kats die Zusammenarbeit, Koordination und Steuerung von Behörden und Organisationen auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen, im Fall von länderübergreifenden Großschadensereignissen um Empfehlungen für die Optimierung von Prozessen auszuarbeiten. Zum anderen untersuchte das Projekt die zentrale rechtliche Frage, nach welchen Verfahrensweisen und Normen die Prioritäten für die Rettungsmaßnahmen festgelegt und realisiert werden sollen. Im Einzelnen wurde dabei die Vorbe-

reitung des Katastrophenschutzes auf so unterschiedliche Szenarien wie eine Pandemie, einen großflächigen Stromausfall sowie einen Anschlag mit Gefahrstoffen, wie etwa Nervengift, analysiert. Dabei kommt insbesondere dem Szenario eines großflächigen Stromausfalls aufgrund der Abhängigkeit Kritischer Infrastrukturen von Energie eine Schlüsselrolle zu.

Für den Aspekt der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit wurden im Rahmen von Pri-Kats insbesondere die Bereiche Koordination und Ressourcen im gesamten Spektrum der Organisationen des Krisenmanagements – angefangen bei der Politik, Behörden und der Polizei über die Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk (THW), bis hin zu den Feuerwehren – betrachtet. In Umfragen wiesen viele Akteure darauf hin, dass es dem Katastrophenschutz nicht an Ressourcen mangle, sondern teilweise an einer „gut abgestimmten, organisationsübergreifenden Zu-

sammenarbeit“. Im Projekt Pri-Kats wurden entsprechend die Erfahrungen, Positionen und Prioritätensetzungen der beteiligten Akteure systematisch erschlossen und Prozesse aufgezeigt, die an veränderte Rahmenbedingungen bzw. die organisationsübergreifende Kommunikation angepasst werden müssen.

Beispielsweise wurden Defizite in der Ressourcenvorhaltung festgestellt, wie etwa eine zu wenig abgestimmte Bereitstellung von Krankenhauskapazitäten bei einer Großschadenslage. Die Frage der schnellen Bereitstellung von Notstromaggregaten, Arzneimitteln und Spezialressourcen im Falle eines mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Substanzen verursachten (CBRN)-Notfalles sei flächendeckend noch nicht zufriedenstellend geklärt, hoben Befragte hervor. Eine weitere große Herausforderung stellten in einigen Organisationen und Bundesländern auch die Personalressourcen dar. Aus den Ergebnissen einer Befragung in der Bevölkerung zu Motivationsfaktoren für ehrenamtliche Tätigkeiten erarbeitete das Projekt Pri-Kats eine Handlungsempfehlung zur Helfergewinnung.

Die rechtswissenschaftliche Analyse im Rahmen des Projekts konzentrierte sich insbesondere auf das Katastrophenschutzrecht und die Bundeskompetenzen im Bevöl-

kerungsschutz

kerungsschutz. Die von der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld durchgeführte Analyse hat verdeutlicht, dass der Katastrophenschutz von staatlicher Seite nicht ohne Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger realisiert werden kann. Auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen ist für die erfolgreiche Prävention und Bewältigung von Katastrophenfällen ein wichtiger Faktor.

### Sicherheitskommunikation (SiKOMM)

In Krisen- und Katastrophensituationen sind Maßnahmen zum Schutz und zur Rettung von Menschen nicht allein technisch oder organisatorisch zu bewältigen. Sie müssen vor allem durch entsprechende Kommunikationsprozesse vorbereitet, koordiniert und begleitet werden.

Das Projekt Sicherheitskommunikation (SiKOMM) unter Koordination des Instituts für Medienforschung an der Universität Siegen hat zum Ziel, die Robustheit der Verständigung zwischen unterschiedlichen Akteuren und Ebenen zu erhöhen. Dafür untersuchte das Projekt Kommunikationsprozesse von und mit Betroffenen, innerhalb von Organisationen sowie zwischen den Rettungs- und Hilfsdiensten im Krisenmanagement, in der Krisenpolitik sowie in der medialen Berichterstattung.

Die Ergebnisse von SiKOMM zeigen: Die Sicherheitskommunikation ist konstitutiv für die Schaffung, Aufrechterhaltung und Wiederherstellung ziviler Sicherheit. Das Projekt SiKOMM definiert Sicherheitskommunikation zunächst als jede Information, Aufklärung und Ausbildung im Bereich Zivile Sicherheit. Sicherheitskommunikation im engeren Sinne ermöglicht die Alarmierung und Führung von Rettungskräften, Krisenstabsarbeit und politische Stellungnahmen in Krisen oder Katastrophen bis hin zu psychosozialer Intervention und Betreuung. Effektive Sicherheitskommunikation kann von Akteuren im Krisenmanagement nur geleistet werden, indem die folgenden Kriterien berücksichtigt werden:

- Bedeutungsorientiertes Kommunizieren: Was bedeutet meine Äußerung für den Adressaten?

- Transparenzorientiertes Kommunizieren: Welche Voraussetzungen meiner Äußerung muss ich dem Adressaten vermitteln?
- Aufrichtiges Kommunizieren: Wie glaubwürdig bin ich?

Um verständigungsorientierte Kommunikation zu unterstützen, wurden im Rahmen von SiKOMM unter anderem Selbst- und Fremdbilder der Rettungskräfte, wie Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz ebenso wie von Politik und Verwaltung, Medien sowie der Bevölkerung in Interviews im Kreis Siegen-Wittgenstein und anhand einer Presseanalyse exemplarisch untersucht.

Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die Ergebnisse der Interviews mit Feuerwehrkräften. Von den Befragten der hauptamtlichen Feuerwehr wurden zum Thema „Freiwillige Rettungshelfer“ vor allem die mangelnde Routine, die hohen Ausfallzahlen in Einsätzen und das Fehlen hierarchischer Strukturen bei den freiwilligen Ret-



Die effektive Kommunikation zwischen Einsatzkräften ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Krisenmanagement. (Bild: Projekt SiKOMM)

tungskräften thematisiert. Die Freiwilligen-Organisationen sehen sich selbst jedoch trotz des Eingeständnisses geringerer Einsatzerfahrung als ebenso kompetent und gut ausgebildet an wie die Berufsrettungsdienste.

Die Freiwilligen thematisierten des Weiteren, dass Ihr Engagement dennoch kaum öffentlich wahrgenommen werde. Viele Rettungskräfte erklärten, sie beobachteten sowohl einen Rückgang an Respekt gegenüber den Rettungsdiensten in der Bevölkerung als auch die sinkende Bereitschaft, erste Hilfe zu leisten. Von Politik und Ver-

waltung wünschen sich Rettungskräfte mehr Interesse und fachliches Verständnis für die Zusammenhänge ihrer Arbeit. Die Zusammenarbeit mit lokalen Medien wird grundsätzlich als positiv beschrieben, allerdings haben viele Rettungskräfte negative Erfahrungen mit großen privaten Fernsehsendern gemacht. Sie bemängeln, dass diese Sender ihre TV-Beiträge häufig ohne Rücksicht auf die Gefühle von Betroffenen zusammenstellten. Um den Schaden auch in solchen Fällen gering zu halten, ist eine professionelle Sicherheitskommunikation hilfreich.

Die umfassenden Möglichkeiten der Sicherheitskommunikation werden bisher in der Aus- und Fortbildung von Schutz- und Rettungskräften häufig noch nicht hinreichend berücksichtigt. Daher hat das Projekt SiKOMM ein Lehr- und Lernmodul „Sicherheitskommunikation“ erarbeitet. In diesem Modul wird das grundlegende Funktionieren von Kommunikation erläutert und kann mit seinen Beispielen und praktischen Übungen leicht in bestehende Ausbildungsangebote integriert werden. Ziel des Moduls ist der langfristige und nachhaltige Aufbau von Bewältigungskompetenzen bei Schutz- und Rettungskräften, indem explizit die Fähigkeiten geschult werden, in Krisensituationen auch über Organisationsgrenzen hinaus verständlich und effektiv zu kommunizieren.

Zudem wurden im Rahmen des Projektes SiKOMM 235 Produkte und Lösungen für die Sicherheitskommunikation von 95 verschiedenen Anbietern und Entwicklern im

Nähere Informationen zum Projekt SiKOMM unter:  
<http://www.uni-siegen.de/ifm/projekte/sikomm/>



deutschsprachigen Raum erfasst. Der Markt wird aktuell zu 52% von Hardware- sowie zu 27% von Softwarelösungen dominiert. Dabei ist eine Zunahme von mobilen Systemen und Webapplikationen mit einem derzeitigen Anteil von 23% festzustellen. Besondere Potenziale ergeben sich im Bereich der interorganisationalen Lösungen sowie für Konzepte, die die Alarmierung und Information der Bevölkerung vorsehen. Diese reichen von Social Media über Geodaten- und Sensorsysteme bis hin zu Videobildern. Insgesamt fehlt es allerdings noch an einem ganzheitlichen Ansatz für die Erfassung der unterschiedlichen Informationen und an kompatiblen Standards.

### Fazit

Die Ergebnisse und Erfahrungen der vorgestellten Verbundprojekte zeigen in verschiedenen Bereichen des Krisenmanagements signifikante Parallelen:

- Moderne Einsatz-, Kommunikations- und Rettungssysteme müssen sich hinsichtlich ihrer Robustheit, Leistungsfähigkeit und Interoperabilität an den Anforderungen der Einsatzkräfte und Organisationen orientieren und entsprechend optimiert werden.

derungen der Einsatzkräfte und Organisationen orientieren und entsprechend optimiert werden.

- Gemeinsam erarbeitete Lagebilder und übergreifende Kommunikationskonzepte können die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure effektiv unterstützen.
- Das Zusammenwirken in länderübergreifenden Großereignissen von unterschiedlichen Organisationen sowie von Bund, Ländern und Kommunen stellt eine spezifische Herausforderung für das Krisenmanagement dar.
- Effektive Krisenkommunikation zwischen den Akteuren und mit der Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor für die schnelle Bewältigung von Krisen.

Entsprechend dieser und ähnlicher Erfahrungen in den bisherigen Verbundprojekten des BMBF ist im Programm „Forschung für die zivile Sicherheit (2012-2017)“ eine weitere systematische Erforschung für die Vorbereitung der Bevölkerung auf Großschadenslagen sowie deren Bewältigung vorgesehen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf:

- Der Stärkung der Resilienz (Widerstandsfähigkeit) und der Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung, indem Bürger als Betroffene und Helfer frühzeitig in die Konzepte zum Krisenmanagement einbezogen werden.
- Der Optimierung der Risiko- und Krisenkommunikation unter Berücksichtigung unterschiedlicher Anforderungen und Wahrnehmungen von Risiken in der Bevölkerung
- Der Erstellung von Frühwarn- und Schulungskonzepten mit einem entsprechenden Ausbau technischer und organisatorischer Reaktionskapazitäten zur Vorbereitung auf Krisenlagen.

Dabei müssen die Konzepte kontinuierlich an gesellschaftliche Veränderungen, wie zum Beispiel Urbanisierung, Individualisierung der Gesellschaft, demografischer Wandel, Privatisierung von Infrastrukturen sowie die Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, angepasst werden. Einige dieser spezifischen Fragestellungen wurden bereits in der BMBF-Förderrichtlinie „Urbane Sicherheit“ aufgegriffen. Darüber hinaus plant das BMBF für Anfang 2013, eine Bekanntmachung zum Thema Krisen- und Einsatzmanagement zu veröffentlichen.

Dr. Anja Mikler ist Technologieberaterin in der VDI Technologiezentrum GmbH. Das VDI Technologiezentrum ist Projektträger des BMBF für das Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“.

# Direkte Warnung

## Das neue *Modulare Warnsystem MoWaS*

Hans-Gerrit Möws

Das neue Modulare Warnsystem (MoWaS) soll ermöglichen, dass ein im Bevölkerungsschutz Verantwortlicher unmittelbar und ohne Medienbruch alle in seinem Verantwortungsbereich vorhandenen Warnsysteme auslösen kann.

Das ausgebaute System hat drei wesentliche Vorteile:



- Es kann in die örtlichen und regionalen Leitstellen eingerüstet werden. Bisher war SatWaS nur auf Ebene der Innenministerien (Bund und Länder) sowie bei der zuständigen Bundesoberbehörde BBK vorhanden. Künftig können damit auch die örtlich zuständigen Behörden amtliche Gefahrendurchsagen für ihren Verantwortungsbereich, d.h. für ihre Gemeinde oder Landkreis, direkt und unverzüglich an die Medien weitergeben.
- Über eine standardisierte Schnittstelle können zukünftig eine Vielzahl für die Warnung der Bevölkerung geeigneter Systeme mit und ohne Weckeffekt angeschlossen werden. Nach derzeitiger Planung sind u. a. vorgesehen: Sirenen, Rauchwarnmelder, Mobiltelefone (z. B. über CellBroadcast bzw. sog. Apps) und regionale Warnsysteme.
- Warndurchsagen werden georeferenziert in MoWaS bearbeitet. Dadurch ist es möglich, Nachrichten mit Verhaltenshinweisen oder Warnungen mit Weckeffekt (Sirenen, Rauchwarnmelder, CB) selektiv in das betroffene Gebiet zu schicken. Denkbar ist damit auch die Anbindung moderner räumlich ungebundener Alltagskommunikationsmittel, wie z. B. Smartphones.

Die technische Basis für das Modulare Warnsystem bilden dabei SatWaS und die in den Ländern vorhandenen Systeme (i. d. R. Sirenen) zur Warnung der Bevölkerung. Die Übertragung der Warnung erfolgt über Satellit an den zentralen Warnserver des Bundes. Von dort werden die angeschlossenen Medienbetreiber, Lagezentren und Leitstellen sowie die in den Bundesländern verfügbaren Warnmit-

tel angesteuert. Durch den modularen Aufbau und ein standardisiertes Übertragungsprotokoll kann das System schon vorhandene, aber auch künftige Warn-Technologien und bürgernahe Kommunikationsmedien des Alltags ansteuern (z. B. Sirenen, Rauchwarnmelder, mobile Endgeräte / Smartphones). Durch Georeferenzen im Übertragungsprotokoll können zusätzlich auch Daten für Lageinformationssysteme wie z. B. deNIS II<sup>plus</sup> bereitgestellt werden.

Inzwischen zählt das deutsche Systemkonzept zur Warnung vor Luftkriegsgefahren zu den besten im Bereich der NATO und bildet nach den neuesten Entscheidungen des NATO Civil Emergency Planning Committee (CEPC – ziviler Bereich der NATO) eine Blaupause für den Aufbau eines Warnsystems vor ballistischen Raketen durch die NATO für Europa.



Die technische Basis für MoWaS bilden SatWaS und die in den Ländern vorhandenen Systeme (i. d. R. Sirenen) zur Warnung der Bevölkerung.  
(Foto: Jürgen Treiber/pixelio.de)

2013 wurde ein Großteil der bundesfinanzierten Send- und Empfangssysteme installiert und damit die Grundlage für den Wirkbetrieb ab Mitte 2013 gelegt. Mit Abschluss der Ausbauphase ist MoWaS dann auf der Ebene der Innenministerien und mindestens einem Redundanzstandort in jedem Bundesland vorhanden.

Hans-Gerrit Möws ist Leiter des Referates „Warnung der Bevölkerung“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

# Risikokommunikation als institutionelles Strukturelement zur Krisenvermeidung

Gaby-Fleur Böl

## Institutionelle Verankerung von Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement

Bedingt durch die Lebensmittelkrise um gesundheitsschädliches Rindfleisch (BSE-Krise) in den neunziger Jahren erfolgte in Deutschland, wie in mehreren anderen europäischen Ländern auch, im Jahr 2002 die institutionelle Trennung von Risikomanagement und Risikobewertung. Während das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) gesundheitliche Risiken für Verbraucher wissenschaftlich bewertet, ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), neben dem Bundesministe-

undheitlichen Verbraucherschutz unabhängig von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einflüssen erfolgt. Mit gesundheitlichem Verbraucherschutz ist hierbei die Sicherheit von Lebensmitteln, Chemikalien und Produkten des täglichen Gebrauches wie Kosmetika, Kleidung und Spielzeug sowie die biologische Sicherheit gemeint, die den Bereich der Gentechnik ebenso einschließt wie die mikrobielle Sicherheit von Lebensmitteln.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) fungiert als unabhängige Institution im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Neben der wissenschaftlichen Risikobewertung hat das BfR auch

den gesetzlichen Auftrag zur Risikokommunikation. Das BfR ist die einzige Bundesinstitution, in der die Risikokommunikation als eigene Abteilung institutionalisiert ist. Risikokommunikation wird dabei als ein zielgerichteter Informationsaustausch verstanden, der weit über die allgemeine Vermittlung der Ergebnisse aus der Risikobewertung hinausgeht.

Risikokommunikation wird in Bezug auf Lebensmittel von der EU folgendermaßen definiert [1]:

*Risikokommunikation bezeichnet im Rahmen der Risikoanalyse den interaktiven Austausch von Infor-*

*mationen und Meinungen über Gefahren und Risiken, risikobezogene Faktoren und Risikowahrnehmung zwischen Risikobewertern, Risikomanagern, Verbrauchern, Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen, Wissenschaftlern und ande-*



Die BfR-Verbraucherkonferenzen sollen die Verbraucher in die wissenschaftliche Diskussion um die Bewertung möglicher Risiken einbeziehen. (Foto: BfR)

rium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) sowie den einzelnen Bundesländern in Deutschland für das Risikomanagement zuständig. Dies soll gewährleisten, dass die Bewertung von Risiken im ge-

ren interessierten Kreisen einschließlich der Erläuterung von Ergebnissen der Risikobewertung und der Grundlage für Risikomanagemententscheidungen.

Für eine adäquate Risikokommunikation ist es erforderlich, die Wahrnehmung, den Umgang und das Informationsverhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern hinsichtlich einer Thematik zu analysieren, um daraus geeignete kommunikative Maßnahmen abzuleiten. Und auch die Kommunikation von Unsicherheit ist für die Risikoforschung ein zunehmend wichtiger Aufgabenbereich. Glaubwürdig ist nur, wer auch sagt, was er heute (noch) nicht weiß.

Eine wesentliche Aufgabe der Risikokommunikation besteht in der sachlich fundierten Aufklärung über den Stand der wissenschaftlichen Forschung zu den Wirkungen von Stoffen auf Umwelt und Gesundheit. Ziel ist die Information über und das Erklären von Risiken. Als Beispiel dient die Information des BfR über die Funde von erhöhten Werten der gesundheitsschädlichen Chemikalie Dioxin in Futter- und Lebensmitteln zu Beginn des Jahres 2011 [2]. Aus Sicht der wissenschaftlichen Risikobewertung bestand aufgrund der geringen Dioxinkonzentration keine gesundheitliche Gefährdung. Aufgabe der Risikokommunikation war es, über das Thema Dioxin in Futter- und Lebensmitteln zu informieren und dabei zu erläutern, warum trotz gemessener Grenzwertüberschreitungen keine akute gesundheitliche Gefährdung für den Verbraucher vorlag. Auf diese Weise kann eine gelungene Risikokommunikation ein breites Fundament für stabile, nachhaltige Beziehungen auch in Krisenzeiten schaffen.

### Strukturelemente der Abteilung Risikokommunikation

Die Abteilung Risikokommunikation des BfR wurde strategisch so formiert, dass alle essenziellen Strukturelemente dort ineinander greifen. Derzeit sind dort 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die interdisziplinäre Hintergründe aus den Bereichen Biochemie, Chemie, Ernährungswissenschaften, Medizin, Psychologie, Jura, Soziologie, Politologie und Kommunikationswissenschaften mitbringen. Sozialwissenschaftliche Forschung ist für die Risikokommunikation ebenso notwendig wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nationale und internationale Koordination und Netzwerkbildung wirkt gemeinsam mit strategischer Zielgruppenansprache mittels definierter Veranstaltungsformate. Im Folgenden werden die am BfR etablierten Strukturelemente der Abteilung Risikokommunikation mit ihren Aufgaben skizziert.

### Risikowahrnehmungsforschung – Synergie von Sozial- und Naturwissenschaften

Risiken werden von Experten und Laien unterschiedlich eingeschätzt [3]. Unterschiede in der Wahrnehmung

dessen, was als Risiko bezeichnet wird, werden u. a. darin sichtbar, dass „auf der einen Seite relativ unbedeutende Risiken einen erheblichen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung einnehmen, während andererseits zum Teil schwerwiegende Risiken unterschätzt oder sogar verdrängt werden“ [4].

Essenzieller Bestandteil einer gelingenden Risikokommunikation sollte daher eine sozialwissenschaftlich aus-



Die Freiwilligkeit, mit der Risiken eingegangen werden und der mögliche Nutzen, der damit verbunden ist, erniedrigen das persönliche Risikoempfinden. (Foto: Jörn Schröder / pixelio.de)

gerichtete Risikowahrnehmungsforschung sein, die naturwissenschaftliches Know-how mit sozialwissenschaftlichen Methoden verknüpft. Risiken werden in der Gesellschaft eher überschätzt, wenn es sich um bislang unbekannte Themen handelt, wenig persönliche Kontrolle möglich scheint bzw. das Ereignis beispielsweise durch die hohe Anzahl betroffener Personen schrecklich wirkt, unabhängig davon, mit welcher Wahrscheinlichkeit solch ein Ereignis überhaupt eintritt. Risiken, die Menschen alltäglich erscheinen wie z. B. gesundheitliche Folgen ungesunder Lebensweise, solche, die man scheinbar selbst gut kontrollieren kann wie Autofahren oder aber solche, die natürlich vorkommen, also nicht wie technische Risiken von Menschen verursacht werden, werden in der Gesellschaft eher unterschätzt. Weitere entscheidende Faktoren zur Einschätzung von Risiken sind die Freiwilligkeit, mit der Risiken eingegangen werden und der mögliche Nutzen, der damit verbunden ist. Beide Faktoren erniedrigen das persönliche Risikoempfinden.

Ziel der Risikowahrnehmungsforschung ist die Analyse, warum welche Zielgruppen in der Gesellschaft wie auf Risiken reagieren und ihnen durch eine gelungene Kommunikation Unterstützung zu geben, um tatsächliche Risiken besser einschätzen zu können. Hierzu dienen neben repräsentativen Befragungen auch tiefenpsychologische Interviews, Arbeit in Fokusgruppen, Verbraucherkonferenzen, Delphi-Experten-Befragungen oder auch gezielte themenspezifische Medien- sowie Internetforenanalysen.

Bei einer Verbraucherkonferenz werden neue Technologien aus der Sicht informierter Laien mit Hilfe eines strukturierten öffentlichen Dialogs mit zur jeweiligen Thematik geladenen Experten bewertet. Strategisches Ziel dieses partizipativen Ansatzes ist das Ermöglichen einer wissenschaftlichen Meinungsbildung von Laien. Das BfR hat solch eine Verbraucherkonferenz zur Thematik Nanotechnologie durchgeführt und anhand des öffentlich überreichten Votums der Verbraucher wichtige Informationen für den weiteren gesellschaftlichen Dialogprozess generiert [5].



Video-Botschaften: Verbraucher fragen – BfR-Präsident Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel antwortet.

Mit den Ergebnissen solcher Analysen können bestimmte Zielgruppen für die Risikokommunikation in Clustern zusammengefasst werden. Jenseits demografischer Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsstand lassen sich somit Risikogruppen definieren, die unterschiedliche Ansprüche an die sie erreichende Kommunikation besitzen. Auf Grundlage solcher Informationen lassen sich zielgruppenorientierte Kommunikationsstrategien und Dialogformen erarbeiten, die den Menschen entsprechend ihrer Motive, ihres Wissensstandes oder ihrer Interessen entgegenkommen [6].

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – weit mehr als nur One-Way-Information

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist in vielen Institutionen direkt der Leitung unterstellt und auf einen Pressesprecher oder eine Pressesprecherin inklusive kleinem Team delegiert. Diesem Prinzip stehen Alternativen gegenüber, die ein Haus breiter aufstellen und es effektiver werden lassen. Mit einer konsequenten, über alle Abteilungen verteilten, kontinuierlichen Mediens Schulung steigt die Glaubwürdigkeit einer Institution und ihre Aussagefähigkeit.

Die Art und das Ausmaß der Kommunikation über Risiken haben einen erheblichen Einfluss auf die individuelle Risikowahrnehmung. Dies gilt besonders auf der Ebene der Massenkommunikation über Zeitungen, Fernsehen und Internet. Häufig übernehmen die Medien im Hinblick auf die Wahrnehmung von Risiken eine wichtige Verstärkerfunktion. Einige Themen werden dabei stärker betont als dies aus wissenschaftlicher Perspektive geboten ist, und Verbraucher erfahren von bestimmten Themen

oder Risiken vorrangig zunächst aus den Medien [7]. Wie ein Thema medial präsentiert wird, hat daher häufig auch einen Einfluss auf die Wahrnehmung und Einschätzung dieser Thematik durch die Bevölkerung. Effektive Risikokommunikation kann somit erst auf Grundlage der Kenntnis über Faktoren, die maßgeblich die Risikowahrnehmung beeinflussen, gestaltet werden.

Am BfR wird Risikokommunikation als ein kontinuierlicher und interaktiver Prozess verstanden, der die klassische Öffentlichkeits- und Pressearbeit, die häufig eher in Form einer Einweg-Kommunikation die wissenschaftlichen Bewer-

tungsergebnisse und daraus resultierenden Handlungsempfehlungen darlegt, ergänzt. Die frühzeitige Information der Öffentlichkeit über mögliche Risiken gesundheitlicher Art bildet die Grundlage für diesen Dialog. Typische Formate der Öffentlichkeitsarbeit des BfR sind strategisch positionierte Pressemitteilungen, die von den Medien wörtlich zitiert werden, FAQ (frequently asked questions – häufig gestellte Fragen) zu definierten Themen und in erster Linie wissenschaftliche Stellungnahmen, denen stets ein laienverständlicher Vorspann vorangestellt wird. Ergänzend werden von Verbrauchern aktiv über die Homepage



gewünschte Themen als Videoformate angeboten, um wissenschaftliche Sachverhalte verständlich zu erklären [8] sowie Apps, die beispielsweise über Vergiftungen informieren.

### Wissenschaftliches Veranstaltungsmanagement – konkrete Zielgruppenorientierung statt Eventmanagement

Welche Thematik kann man welcher Zielgruppe mit welchem Veranstaltungsformat am besten vermitteln? Diese zentralen Fragen werden am BfR in der Struktureinheit wissenschaftliches Veranstaltungsmanagement analysiert und gestaltet. Hier ist strategisches Denken ebenso gefragt wie Kenntnisse aus den Bereichen Politologie und Pädagogik. Verbraucherkonferenzen, runde Tische, Expertengespräche und wissenschaftliche Kongresse bietet das BfR genauso an wie didaktische Lehrpfade, Schüler-Workshops, Stakeholderkonferenzen oder Science Slams. Eine jährlich stattfindende internationale Summer School zum Thema Risikobewertung und Risikokommunikation ergänzt das Angebot für Interessierte. Nur über einen Fundus etablierter Formate gelingt die jeweils spezifische Ansprache an eine oder mehrere Zielgruppen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, öffentliche Institutionen, NGOs, Medien und der Verbraucherschaft. Der Herausforderung, als Plattform für den gesamtgesellschaftlichen Dialog zu wirken, wird aktiv begegnet. Reines Wirken in der eigenen community (Wissenschaftler für Wissenschaftler o. ä.) wird am BfR durch den Anspruch, zielgruppenspezifisch zu kommunizieren, ersetzt. Selten geht es hierbei um Konsens, meist um das Austragen und Aushalten eines konstruktiven Dissenses. Jüngstes Beispiel am BfR ist das BfR-Forum Verbraucherschutz zum Thema „Nahrungsergänzungsmittel – notwendig, Luxus oder gesundheitliches Risiko?“ [9].

### Koordination und Netzwerkbildung – ein nationaler und internationaler Balanceakt

Interne sowie externe Koordination von (Kommunikations-) Prozessen sowie nationale und internationale Zusammenarbeit sind ebenfalls ein zentrale Bausteine gelingender Risikokommunikation. Klärung von Zuständigkeits- und Kooperationsfragen, Knüpfen von Netzwerken sowie nationale und internationale Harmonisierung in der Methodik der wissenschaftlichen Risikobewertung bilden das Fundament, auf das die Risikokommunikation aufbaut. Ein breit angelegtes Kommissionswesen aus externen Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden, die das BfR in allen Arbeitsbereichen fachlich beraten, dient nicht nur in Krisenzeiten dazu, verlässliche Expertise anzubieten. Auch für den Bereich der Risikowahrnehmung und Risikokommunikation wurde eine solche BfR-Kommission kürzlich etabliert [10].

### Literatur

- [1] Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (01.02.2002) Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit. L 31/; Artikel 3, 13
- [2] [http://www.bfr.bund.de/cm/343/kein\\_gesundheitliches\\_risiko\\_durch\\_den\\_verzehr\\_von\\_eiern\\_und\\_fleisch\\_auf\\_der\\_basis\\_aktuell\\_ermittelter\\_dioxingehalte.pdf](http://www.bfr.bund.de/cm/343/kein_gesundheitliches_risiko_durch_den_verzehr_von_eiern_und_fleisch_auf_der_basis_aktuell_ermittelter_dioxingehalte.pdf)
- [3] Slovic, Paul (1987): Perception of risk. Science 236, 280-285.
- [4] Risikokommission. 2003. Ad-hoc-Kommission 'Neuordnung der Verfahren und Strukturen zur Risikobewertung und Standardsetzung im gesundheitlichen Umweltschutz der Bundesrepublik Deutschland.' Abschlussbericht der Risikokommission, S. 20. [www.apug.de/archiv/pdf/RK\\_Abschlussbericht.pdf](http://www.apug.de/archiv/pdf/RK_Abschlussbericht.pdf)
- [5] Zimmer, Rene, Hertel, Rolf und Böhl, Gaby-Fleur (Hrsg.) (2008): BfR-Verbraucherkonferenz Nanotechnologie - Modellprojekt zur Erfassung der Risikowahrnehmung bei Verbrauchern, BfR, Berlin, ISBN 3-938163-31-3.
- [6] Epp, Astrid, Hertel, Rolf und Böhl, Gaby-Fleur (Hrsg.) (2008) Formen und Folgen behördlicher Risikokommunikation, BfR, Berlin, ISBN 3-938163-29-1.
- [7] Böhl, Gaby-Fleur und Hensel, Andreas (2009): Aufgaben des Bundesinstituts für Risikobewertung und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung. Bundesgesundheitsblatt 52, 1179-1187.
- [8] [http://www.bfr.bund.de/de/antibiotika\\_einsatz\\_im\\_stall-129520.html](http://www.bfr.bund.de/de/antibiotika_einsatz_im_stall-129520.html)
- [9] [http://www.bfr.bund.de/de/veranstaltung/14\\_bfr\\_forum\\_verbraucherschutz\\_nahrungserganzungsmittel\\_-129397.html](http://www.bfr.bund.de/de/veranstaltung/14_bfr_forum_verbraucherschutz_nahrungserganzungsmittel_-129397.html)
- [10] [http://www.bfr.bund.de/de/bfr\\_kommission\\_fuer\\_risikoforschung\\_und\\_risikowahrnehmung-60739.html](http://www.bfr.bund.de/de/bfr_kommission_fuer_risikoforschung_und_risikowahrnehmung-60739.html)
- [11] Appel, Bernd, Böhl, Gaby-Fleur, Greiner, Matthias, Lahrssen-Wiederholt, Monika und Hensel, Andreas (Hrsg.) (2011): EHEC-Ausbruch 2011 – Aufklärung des Ausbruchs entlang der Lebensmittelkette, BfR, Berlin, ISBN 3-938163-86-0.

Das Angebot an Lebensmitteln in Europa steigt stetig, und damit steigen auch die Anforderungen an Europa, Risiken wissenschaftlich zu bewerten, zu minimieren und effektiv zu kommunizieren. Im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit kooperiert das BfR mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (European Food Safety Authority) sowie nationalen und internationalen Schwesterbehörden, die im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes tätig sind. Das BfR koordiniert hierbei als zentrale deutsche Kontaktstelle (EFSA Focal Point) den wissenschaftlichen Informationsaustausch zwischen der EFSA und den in Deutschland zuständigen Behörden sowie den Beteiligten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbraucherverbänden. Insbesondere während der EHEC-Krise 2011 wurde spürbar, wie wichtig die europäische Kommunikation ist, um Risiken durch Vorwärts- und Rückwärtsverfolgung von Lieferketten schnellstmöglich einzudämmen [11]. Nur über solche Netzwerke ist es möglich, Lebensmittelsicherheit angesichts globaler Warenströme international zu garantieren.

PD Dr. Gaby-Fleur Böhl ist Abteilungsleiterin „Risikokommunikation“ im Bundesinstitut für Risikobewertung.

# Mit optimistischem Grundzug

## 57 Jahrgänge **Bevölkerungsschutz** liegen nun in digitalisierter Form vor

Nikolaus Stein

Die Fachinformationsstelle (FIS) des BBK ist die zentrale und umfassendste Spezialbibliothek für den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Archivierung der Publikationen zu diesem Themenspektrum. Neben der traditionellen Nutzung vor Ort und der Ausleihe per Post gewinnt der Online-Zugriff auf die Bestände an Bedeutung.

Ein Problem der Archivierung, insbesondere von Zeitungen und Zeitschriften, ist das Papier. Das in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts beim Druck bevorzugte Umweltpapier ist inzwischen brüchig und vergilbt, der drohende Zerfall nur mit beträchtlichem Aufwand und hohen Kosten abzuwenden. Eine Alternative zur Sicherung der Bestände im Sinne einer Langzeitarchivierung stellt die Digitalisierung dar.

Seit 2007 werden in der FIS historische Bestände digitalisiert und auf der Homepage des BBK veröffentlicht, beispielsweise 2009 die Zeitschrift „Notfallvorsorge“ mit ihren Vorgängertiteln ab 1931. Im Sommer 2011 wurde das Projekt zur Digitalisierung der THW-Zeitschriften aus dem Bestand der FIS in Zusammenarbeit mit der Historischen Sammlung des THW (THWhS) abgeschlossen; die Ergebnisse sind seit Januar 2012 als PDF auf der Homepage der THWhS eingestellt.

Seit Januar 2013 ist eine weitere Lücke geschlossen. Unser Magazin **Bevölkerungsschutz** – bereits seit 1999 liegt es unmittelbar nach Erscheinen der gedruckten Ausgaben auch als PDF vor – ist mit seinen Vorgängern 1956 bis 1998 digital verfügbar. Damit ist eine Publikation, die für Forschungszwecke nutzbar und wie kaum eine andere mit der Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland verbunden ist, langfristig archiviert und über die Homepage des BBK leicht zugänglich. Anlass genug für einen Rückblick auf die Geschichte einer Fachzeitschrift, die ohne Unterbrechung seit 57 Jahren erscheint und in einzigartiger Weise auch das Auf und Ab des Bevölkerungsschutzes widerspiegelt.

### ZB Illustrierte 1956-1958

Die „ZB Illustrierte“ – ZB für Ziviler Bevölkerungsschutz – erschien zunächst monatlich, dann alle zwei



Wochen im Format 27x36 cm. Auftraggeber war der 1951 aus dem Luftschutzverein hervorgegangene Bundesluftschutzverband (BLSV). Inhaltlich war diese Illustrierte noch weit von einer Fachzeitschrift entfernt. Neben populärwissenschaftlichen Beiträgen

zum ZB sorgten Fortsetzungsromane, Haushaltstipps, Filmkritiken u. ä für Zerstreuung. Gleich in der ersten Ausgabe war zu lesen: „... spricht diese Zeitschrift das Gute im Menschen an und will zu einem schöneren und besseren Leben beitragen. ZB – eine Illustrierte mit optimistischem Grundzug ...“

### Ziviler Bevölkerungsschutz ZB 1959-1971

Ab 1959 trat an die Stelle der „ZB Illustrierte“ die Fachzeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz ZB“. Herausgeber mit eigener Redaktion war der BLSV,

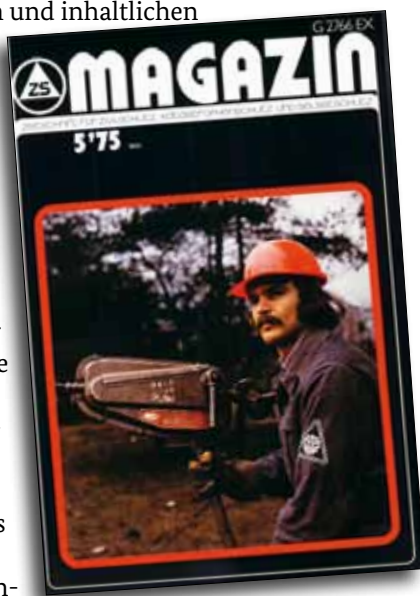
Auftraggeber, und das ist es bis heute, das Bundesministerium des Innern. Die ZB war nun eine wirkliche Fachzeitschrift für alle Belange des Zivilen Bevölkerungsschutzes, der damals noch weitgehend mit Luftschutz gleichgesetzt wurde. Die Beiträge waren stark an den Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges orientiert. Die Zeitschrift erschien monatlich im Format DIN A 4.



## ZS-Magazin 1971-1979

Der BLSV war im August 1968 in „Bundesverband für den Selbstschutz“ (BVS) umbenannt worden, drei Jahre später, im August 1971 ereilte auch die ZB dieses Schicksal. Der neue Titel lautete „ZS-Magazin“ mit dem Untertitel „Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz“. Das „Magazin“ ist uns seither geblieben, auch wenn es seit 2004 keinen Untertitel mehr gibt.

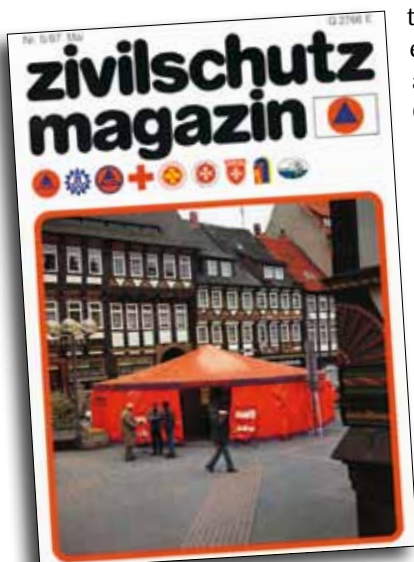
Anlass der optischen und inhaltlichen Umgestaltung war die vom BMI forcierte Zusammenlegung der diversen Fach- und Helferzeitschriften des BVS, des THW und des Warn- und Alarmsdienstes (WD). Die Redaktion verblieb beim BVS. Der Anspruch war hoch: „Es soll sowohl die Öffentlichkeit über die Aufgaben der Organisationen und ihre Arbeit sowie Probleme des genannten Themenkreises informieren und unterrichten, als auch die Kontakte zwischen den Helfern und Mitarbeitern des BVS, THW und WD verbessern.“ (Nr. 1/1971, S. 3).



## Zivilschutz-Magazin 1980 - 1989

In den ersten Ausgaben des ZS-Magazines hatten sich ausschließlich der BVS, das THW und der WD als Organisationen zu Wort gemeldet. Das Magazin wollte jedoch eine Plattform bieten für alle im Bevölkerungsschutz tätigen Organisationen und es gelang der Redaktion

auch mit der Zeit, weitere Organisationen zu regelmäßigen eigenen Beiträgen zu bewegen. Konsequenterweise wurde 1980 das bis dahin in düsterem Schwarz gehaltene Titelblatt geändert. Jetzt dominierte Weiß und die Embleme aller beteiligten Organisationen waren auf dem Titelblatt mit dem Schriftzug „Zivilschutzmagazin“ zu sehen, der Innenteil blieb gleich.



## Bevölkerungsschutz seit 1989

Seit 1989 trägt das Magazin, trotz zahlreicher Layout-Inhaltsänderungen, den Namen „Bevölkerungsschutz“, damals noch mit dem Untertitel „Magazin für Zivil- und Katastrophenschutz“. Die Redaktion begründete die Namensänderung damit, auch vorher schon nicht allein über den Zivilschutz, sondern „... über die zwar rein zuständigkeitshalter getrennten Aufgabenbereiche der staatlichen Vorsorge und Gefahrenabwehr, den Rettungsdienst, den Katastrophenschutz und den Zivilschutz als Ganzes ...“ berichtet zu haben (8/1989, Editorial).

Mit den Umbrüchen in Osteuropa und der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 kam das System des Bevölkerungsschutzes in Deutschland auf den Prüfstand und auch für das Magazin begann eine turbulente Zeit. 1995 wurde das komplette Layout gründlich verändert und gleichzeitig die Erscheinungsweise von monatlich auf vierteljährlich reduziert.

Nach der Auflösung des BVS übernahm im Januar 1997 das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) Redaktion und Zeitschrift. Aber auch die Tage des BZS waren gezählt; mit dem Jahresende 2000 war die Behörde aufgelöst, ihre Aufgaben – also auch Redaktion und Zeitschrift – übernahm eine neugegründete Abteilung des Bundesverwaltungsamtes, die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ).

Nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 und dem verheerenden Hochwasser der Elbe im August 2002 bekam der Bevölkerungsschutz erneut einen anderen Stellenwert; die ZfZ wurde aufgelöst, ihre Aufgaben – also auch Redaktion und Zeitschrift – übernahm das zum 1. Mai 2004 neugegründete Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

57 Jahrgänge dieses Magazines spiegeln optisch und inhaltlich 57 Jahre Geschichte der Bundesrepublik und des Bevölkerungsschutzes wider. Die Lektüre der „alten“ Ausgaben weckt Erinnerungen, regt zum Nachdenken an und sorgt gelegentlich auch für Heiterkeit, zugänglich mit wenigen Mausklicks: [www.bbk.bund.de/DE/Service/Fachinformationsstelle/DigitalisierteMedien/BS-1956-2006/Bevoelkerungsschutz\\_1956-2006\\_node.html](http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Fachinformationsstelle/DigitalisierteMedien/BS-1956-2006/Bevoelkerungsschutz_1956-2006_node.html)



Nikolaus Stein ist Redakteur des Magazines Bevölkerungsschutz.

# Weißer Brummer für den Notfall

## Beschaffungsamt des BMI und BBK stemmen Bevölkerungsschutzprojekt gemeinsam

Sabine Metzger

Es ist ein beeindruckendes Bild: 69 schneeweiße Trucks stehen in Reih und Glied auf dem Gelände des BBK-Bestückungslagers in Bonn-Dransdorf. BBK-Mitarbeiter Ralf Etzler tritt an eines der Fahrzeuge heran und steckt einen Schlüssel ins Schloss an der Außenwand. Die fährt surrend hoch wie ein Rollladen und gibt den Blick ins Innere frei: Der Wagen ist voll bepackt mit Alukisten, jede einzelne akribisch beschriftet und sorgfältig bestückt, damit im Notfall alles schnell zur Hand ist: Verbandszeug und Beat-

men soll er bei sogenannten Großschadenslagen – also etwa nach einer Naturkatastrophe oder auch nach einem Terroranschlag, bei dem viele Menschen verletzt werden und gleichzeitig versorgt werden müssen. Die einzelnen Gerätewagen sind sowohl autark als auch im Verband einsetzbar; die medizinischen Möglichkeiten erreichen in Teilen durchaus das Niveau einer Intensivstation. Ein so komplexes Projekt wäre alleine kaum zu stemmen gewesen. Das war aber auch nicht nötig: Auf dem langen Weg

von der Idee bis zum fertigen Fahrzeug wurde das BBK unterstützt durch das Beschaffungsamt des BMI.

Drei dicke Aktenordner voller Unterlagen zu dieser umfangreichen Beschaffung stehen bei Stefan Kamlage im Büro. Der Einkäufer im Bereich „mobile einsatztaktische Systeme“ war auf Seiten des Beschaffungsamtes für den GW San zuständig. Angesichts der Komplexität des Projektes klingt er fast selbst ein bisschen überrascht, wenn er zurückblickt: „Man muss sagen, dass wir auf keinerlei größere Probleme ge-

stoßen sind. Die Arbeit war von Anfang an sehr fruchtbar.“ Dass das Verfahren so glatt ablief, hat für Kamlage vor allem einen Grund: „Wir haben alle an einem Strang gezogen.“ Das Verhältnis zum BBK ist für ihn „total kollegial. Wir kennen uns seit 20 Jahren, da arbeitet man sehr gerne zusammen.“

Zum Glück. Denn die drei Parteien – Bedarfsträger, Beschaffer und Auftragnehmer – mussten ziemlich eng zusammenarbeiten: „Wir hatten viele Termine vor Ort bei den Aufbauarbeiten“, berichtet Ralf Etzler. „Aber es ist besser, man trifft sich mehrmals und hat dafür auch wirklich alles geklärt.“ Auch nach der Erprobungsphase, in der ein ers-



Die einzelnen Gerätewagen sind sowohl autark als auch im Verband einsetzbar

mungsgeräte, Krankentragen und Diagnosehilfen. Bei den Trucks handelt es sich um die neuen Gerätewagen Sanität (GW San), die zum Konzept der Medizinischen Task Force (MTF) des Bundes gehören. „Eine ganz neue Geschichte“, wie Etzler sagt.

In den letzten Jahren hat der Bund seine Herangehensweise an den Bevölkerungsschutz entschieden weiterentwickelt. „Nach dem 11. September hat man über vieles neu nachgedacht und der Bund hat in Zusammenarbeit mit den Ländern neue Konzepte erarbeitet“, erklärt Etzler. „Was der Bund macht, muss in die vorhandenen Strukturen passen.“ Der GW San passt sogar sehr gut: Zum Einsatz kom-

tes Musterfahrzeug ausgiebig getestet wurde, war noch einmal intensive Zusammenarbeit nötig. Der GW San wurde mehrfach verbessert – „nicht etwa, weil der Auftragnehmer etwas falsch gemacht hätte“, versichert Kamlage. „Aber aus der Erprobung haben sich neue Ideen entwickelt, die den Gebrauchswert noch einmal erhöht haben. Die Firma hat sich dann auch voll reingekniet; das Fahrzeug war sehr schnell auf den Rädern.“

Etwas länger dauerte es bei der Beladung: Die Ausstattung des GW San soll nicht nur die Erstversorgung von Schwerverletzten ermöglichen, sondern auch die weitere Behandlung, falls die Betroffenen nicht unmittelbar in ein Krankenhaus transportiert werden können. Daher gehören nicht nur medizinische Utensilien – vom Mullverband bis zum Defibrillator – an Bord, sondern unter anderem auch ein Zelt, ein Stromerzeuger, Beleuchtung und rudimentäres Mobiliar. Sogar Büromaterialien für organisatorische Aufgaben sind vorhanden. Es sind ungefähr 300 verschiedene Artikel in unterschiedlicher Anzahl, insgesamt mehr als 10.000 Einzelteile.

Diese Bandbreite und das Volumen spiegeln sich auch in der Beschaffungsarbeit wider: Insgesamt waren fünf Referate und die Koordinierungsstelle des Beschaffungsamtes beteiligt. „Es war eine hochkomplexe Aufgabe, insbesondere für die Kolleginnen von der Koordinierungsstelle, alle Informationen für alle Stellen zu sammeln und schließlich zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt den Start-



Gut bestückt; die medizinischen Möglichkeiten erreichen in Teilen durchaus das Niveau einer Intensivstation (o. und l.u.). (Fotos: BBK)

schuss zu geben“, lobt Kamlage. „Aber mittlerweile fließt alles ganz einfach zu. Die Autos kommen im Lager an und können unmittelbar bestückt werden.“

In der Bestückungshalle in Dransdorf sind jetzt acht Regale von imposanten Ausmaßen bis zur Decke mit den Materialien für die neuen GW San gefüllt. Ein bisschen zu

breit für die Bestückungsgasse sind die weißen Brummer, deshalb stehen sie auf einer großzügigen Fläche mitten in der Halle, wie es bei Großfahrzeugen Standard ist. Umringt von zahlreichen Paletten mit der Ausstattung werden sie nun nach und nach beladen – nach einem akribisch ausgearbeiteten Plan; sogar eine Probebestückung gab es. Im Regelfall brauchen die BBK-Mitarbeiter ungefähr einen Arbeitstag, bis ein Wagen vollständig ausgestattet ist.

Die ersten sieben GW San wurden bereits am 11. September an eine MTF aus Nordhessen übergeben, im Oktober gibt es noch einmal zwei Übergaben an Task Forces aus Bayern und Rheinland-Pfalz. Ab Januar wird sich das Lager dann langsam, aber stetig leeren: Sechs Fahrzeuge werden wöchentlich geliefert, sieben an MTFs aus dem gesamten Bundesgebiet übergeben. Insgesamt 170 Stück – fürs erste. 260 Fahrzeuge hat das BBK insgesamt bis zum Jahr 2015 fest bestellt. Schon in naher Zukunft also werden sich die schneeweißen Trucks wieder brav in Reih und Glied auf dem Lagergelände aufstellen.

Sabine Metzger ist Mitarbeiterin der Stabsstelle Marketing, Informationsmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern.

# Stromausfall gegen Stromausfälle

Wie Lastreduzierungen Netzzusammenbrüche verhindern können und welches Dilemma daraus für den Bevölkerungsschutz und die Gefahrenabwehrplanung resultiert

Thomas Münzberg, Simon Ludäscher, Claudia Bach

Spätestens seit den Terroranschlägen in den USA 2001 bzw. in Madrid und London 2004 und 2005 sowie dem Elbe-Hochwasser 2002 ist das Bewusstsein für die Verwundbarkeit Kritischer Infrastrukturen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dabei spielt die Elektrizitätsversorgung neben der Wasserver- und entsorgung, den Informations- und Kommunikationssystemen oder dem Gesundheitswesen eine Schlüsselrolle, da sie heutzutage eine der wesentlichen Grundlagen für die Funktionsfähigkeit un-

## Elektrizitätsversorgung in Deutschland und Netzzusammenbrüche

Nach Zahlen der Bundesnetzagentur war ein deutscher Stromkunde im Jahr 2011 durchschnittlich für 15 Minuten von einem Stromausfall betroffen (BNetzA, 2012a). Dies ist ein kennzeichnender Wert für die hohe Versorgungssicherheit des deutschen Elektrizitätsversorgungssystems – obwohl es sich u. a. aufgrund der Integration erneuerbarer Energien und des Netzbbaus in einer fundamentalen Systemänderung befindet und an Stabilitätsgrenzen geführt wird (BNetzA, 2011a, 2011b, 2012b, FGH, 2012).

Neben den – beinahe täglich auftretenden – kleineren lokal begrenzten Störungen, die in der Regel den Kunden verborgen bleiben, ist die wohl schwerwiegendste anzunehmende Ausprägung eines Stromausfalles der Zusammenbruch eines oder mehrerer der von insgesamt vier in Deutschland bestehenden Übertragungsnetze. Fällt ein Übertragungsnetz aus, sind die nachgelagerten Verteilnetze und deren Verbraucher in der Regel spannungslos. Es kommt zur Großstörung. Je nach Ursache gestaltet sich die Wiederinbetriebnahme (Netzwiederaufbau) nach einem solchen vollständigen Zusammenbruch kompliziert und teilweise langwierig, womit nicht nur von einem großflächigen, sondern auch von einem langanhaltenden Stromausfall auszugehen ist. Die Auswirkungen eines vollständigen und langanhaltenden Netzzusammenbruches (also eines Übertragungsnetzes und dessen nachgelagerter Verteilnetze) würden bei weitem die Ausmaße des Stromausfalles im Münsterland (2005) übertreffen. Hinzu kommt, dass die Übertragungsnetze nicht nur deutschlandweit, sondern europaweit gekoppelt sind. Dadurch können sich Störungen in benachbarte Übertragungsnetze europaweit kaskadierend fortpflanzen.

Mögliche Hauptursachen für Netzzusammenbrüche sind neben einer flächendeckenden Zerstörung der Infrastruktur, bspw. ausgelöst durch Naturgefahren oder terroristische Anschläge, der Verlust der Netzstabilität. Die Stabilität der Netze wird nicht nur durch die Deckung des benötigten Energiebedarfs der Verbraucher mit der durch die Kraftwerke generierten Leistung gekennzeich-



Die Stromversorgung spielt bei den Kritischen Infrastrukturen eine Schlüsselrolle.  
(Foto: bbroianigo / pixelio.de)

serer Gesellschaft darstellt. Wie aktuell und ernsthaft die Herausforderungen der Bewältigung und Beherrschung von Ausfällen der Elektrizitätsversorgungen sind, haben jüngst die durch den Hurrikan Sandy verursachten langanhaltenden und großflächigen Stromausfälle in Nordostamerika (11 / 2012) als auch die kürzeren Stromausfälle in deutschen Großstädten wie in Hannover (07 / 2011), Frankfurt und München (beide 11 / 2012) gezeigt. Die zusätzlichen Herausforderungen durch die Transformation des Elektrizitätssystems haben bereits Praktiknjo und Erdmann in [Bevölkerungsschutz 4/2012](#) (S.26) beschrieben.

net (Spannungsstabilität), sondern auch durch die synchronisierte Frequenz (Frequenzstabilität) und Phase (Winkelstabilität). Werden diese Systemparameter beispielsweise durch plötzliche Leitungsschäden, Kraftwerksausfälle, starke Nachfrage- bzw. Produktionsschwankungen oder auch menschliches Fehlverhalten gestört, kann es zu Netzzusammenbrüchen kommen.

### Lastreduzierung: eine Notbremse gegen Netzzusammenbruch

Droht ein Netzzusammenbruch, haben die Netzbetreiber zur Beseitigung von Gefährdungen und Störungen unterstützende Anpassungsmaßnahmen erarbeitet, die über die normalen netz- und marktbezogenen Maßnahmen hinausgehen, die das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorsieht. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (bdew) haben dazu im Oktober 2012 einen „Praxis-Leitfaden für unterstützende Maßnahmen von Stromnetzbetreibern“ vorgestellt (VKU & bdew, 2012). Dieser fasst die technischen, kaufmännischen und rechtlichen Hintergründe zur Reaktion auf zu hohe Einspeisungen als auch auf zu geringe Energieerzeugung bzw. zu hohen Bedarf zusammen.

Für den Fall einer zu hohen Energieeinspeisung ist eine Reduzierung der Einspeisung vorgesehen, die vom Verbraucher nicht bemerkt wird. Für den Fall eines Erzeugungsmangels (bzw. zu hoher Verbraucherlast) ist hingegen eine Lastreduzierung geplant. Mit einer Lastreduzierung (auch Lastabwurf) werden entweder einzelne vertraglich gebundene Großverbraucher oder kleinere Versorgungsgebiete von der Stromversorgung abgetrennt. Dadurch können Infrastrukturschäden vermieden, die Netzstabilität sichergestellt und schließlich der gefürchtete vollständige Netzzusammenbruch verhindert werden. Solche, durch Lastreduzierung ausgelösten Stromausfälle, sind damit als „Gegenfeuer“ zu verstehen, um den „Waldbrand“ eines vollständigen Netzzusammenbruches zu verhindern.

Beim europaweiten Stromausfall im November 2006, als im damaligen E.ON-Übertragungsnetz zwei 380-kV-Leitungen über die Ems für eine Ausschiffung aus einer Papienburger Werft zeitweilig abgeschaltet wurden und dies durch fehlerhafte Kommunikation im Netzverbund zur Netzindestabilität führte, konnten die Netzbetreiber das Netz u. a. durch Lastabwürfe wieder stabilisieren und dessen vollständigen Zusammenbruch verhindern (BNetzA, 2007). Die europaweit gekoppelten Übertragungsnetzsys-

teme brachen jedoch in unterschiedliche Teilnetze auf und es kam zu Stromausfällen in vielen Teilen Europas.

### Diskriminierungsfreie Lastreduzierung

Die Lastreduzierung ist im Energiewirtschaftsgesetz<sup>1</sup> verankert. Ebenfalls im EnWG ist das Gebot der Diskriminierungsfreiheit<sup>2</sup> verankert, woraus sich die Liberalisierung und Entflechtung des Strommarktes herleitet. Sie soll einen chancengleichen und unverzerrten Wettbewerb sicherstellen und jeden Marktteilnehmer gleich bewerten. Verteilnetzbetreiber sehen sich auch bei der Lastreduzierung dieser Diskriminierungsfreiheit verpflichtet. Sie unterteilen dafür ihr Versorgungsgebiet in einzelne Abschaltgruppen, die sich beispielsweise aus Umspannwerkbezirken ergeben ( Abb. 1). Um bei der Lastreduzierung

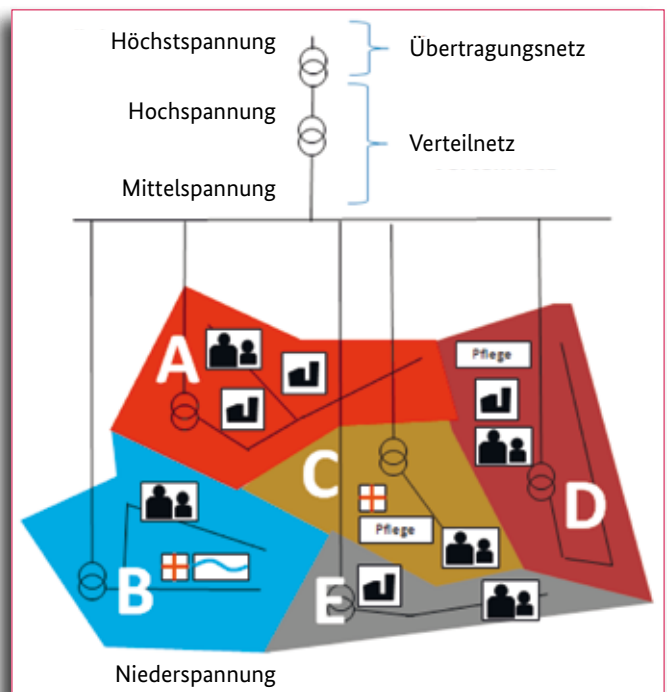


Abb. 1: Das Prinzip der diskriminierungsfreien Lastreduzierung: Exemplarisch wird die Unterteilung eines Versorgungsgebietes in Abschaltgebiete dargestellt. In den Abschaltgebieten befinden sich unterschiedlichen verwundbare Einrichtungen und Betriebe, die bei einer diskriminierungsfreien Auswahl von abzuschaltenden Gebieten nicht berücksichtigt werden.

einen diskriminierungsfreien Netzbetrieb sicherzustellen, schalten die Betreiber die Versorgungsgebiete nach einer vorgefertigten Planung ab. Diese Planungen listen die Gebiete auf, die je nach Last und Zeitpunkt des Abwurfes vom Netz getrennt werden sollen (Abb. 2). Zur Sicherstellung der „Chancengleichheit“ werden Gebiete entsprechend der geplanten Reihenfolge rollierend abgeschaltet; vorhergehend abgeschaltete Gebiete gehen dafür wieder ans Netz. Die Dauer solcher Lastabwürfe variiert je nach Betreiber zwischen 30 und 90 Minuten<sup>3</sup>.

Ob und welche Versorgungsgebiete in einem Verteilnetz abgeschaltet werden, ist also einzig von Zeitpunkt und

<sup>1</sup> Lastreduzierung: §13 Abs. 2 i.V.m. § 14 Abs. 1 und 1c Energiewirtschaftsgesetz

<sup>2</sup> Diskriminierungsfreiheit: § 7a Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz

<sup>3</sup> Im Vereinigten Königreich sieht die Norm „Revised Electricity Supply Emergency Code“ eine jeweils dreistündige Versorgung für acht unterschiedliche Versorgungsgebiete vor (DEEC, 2005).

Umfang/Leistung der notwendigen Lastreduzierung abhängig. Die Wahrscheinlichkeit für einen Kunden, von einem Stromausfall durch eine Lastreduzierung betroffen zu sein, ist bei einem diskriminierungsfreien Netzbetrieb für alle Endverbraucher gleich groß. Einzig kerntechnische Anlagen und Störfallbetriebe sollen laut der Empfehlung von VKU und bdeW von der Lastreduzierung ausgenommen werden. Ob sich Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Altenheime, Tankstellen oder Telekommunikationsknoten in den betroffenen Gebieten befinden, bleibt bei dieser Vorgehensweise unberücksichtigt.

Die Identifikation und Analyse von Verwundbarkeiten innerhalb unterschiedlicher Versorgungsgebiete kann im Sinne der Gefahrenabwehr eine wichtige Rolle spielen, wird jedoch aus Gründen der „Chancengleichheit“ und des „unverzerrten Wettbewerbes“ derzeit zumeist nicht in die Planung der Lastreduzierung der Energieversorger (EVU) einbezogen. Auch unterschiedliche Ausfall- und Folgekosten je nach betroffenem Gebiet werden nicht berücksichtigt. Die Einbindung der Gefahrenabwehrbehörden in die Planungen wird im vom VKU und bdeW erarbeiteten Praxisleitfaden nur bei einer ausreichenden Vorlaufzeit für eine konkrete Mangelsituation von mehreren Tagen empfohlen. Wie Gefahrenabwehrbehörden und EVU bereits

	Zeiteinheiten (16 x 1,5 h = 24 h)															
	1	2	3	4	5	6	7	...	14	15	16					
Abschaltgruppe A	●					●		...			●					
Abschaltgruppe B		●					●	...								
Abschaltgruppe C			●					...								
Abschaltgruppe D				●				...	●							
Abschaltgruppe E					●			...		●						

Abb. 2: Beispielhafte Liste zur diskriminierungsfreien, rollierenden Lastreduzierung gemäß den Empfehlungen der VKU und des bdeW. Abschaltgruppen werden je nach Zeitpunkt der durchzuführenden Lastreduzierung entsprechend einer vorgefertigten Liste diskriminierungsfrei abgeschaltet (hier für jeweils 1,5h, danach rollierend die nächste Abschaltgruppe).

im Vorfeld / zu den Planungen kooperativ hinsichtlich der Fragen einer Lastreduzierung zusammenarbeiten könnten, wird nicht thematisiert.

### Die „Lastreduzierung unter Prioritätenversorgung“

Grundsätzlich wäre eine priorisierte Versorgung und damit die Ausnahme von Kritischen Infrastrukturen von der rollierenden Abschaltung je nach Größe des Netzgebietes und den technischen Gegebenheiten denkbar. Je nach Netztopologie kann es durchaus möglich und zumutbar sein, mit (teilweise umfangreichen) Schaltvorgängen zwar Netzgebiete vom Netz zu nehmen, die sich im Versorgungsgebiet befindlichen Kritischen Infrastrukturen aber weiterhin mit Strom zu versorgen. Damit könnten trotz der durch Lastreduzierung begründeten partiellen Stromausfälle Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Ge-

fahrenabwehr möglichst einschränkungsfrei betrieben werden. Wichtige stromabhängige Einrichtungen könnten weiterhin mit Elektrizität versorgt werden, was die Krisenreaktions- und Widerstandsfähigkeit der betroffenen Versorgungsgebiete stärkt und eine enorme Erleichterung für die Gefahrenabwehrplanung und den Bevölkerungsschutz zur Folge hätte. Eine solche Lastreduzierung unter Prioritätenversorgung würde eine Alternative darstellen, bei der notwendige Notfallmaßnahmen zum Erhalt der Netzstabilität bzw. zur Vermeidung eines Netzzusammenbruchs realisiert werden und gleichzeitig dem Anspruch entsprochen werden kann, die Gefährdung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Ob und inwieweit eine Lastreduzierung unter Prioritätenversorgung heute sowohl aus technischer, kaufmännischer (Entgeltberechnung, etc.) als auch aus rechtlicher Sicht (Haftung, etc.) zumutbar ist, ist individuell vom Aufbau und Betrieb des Netzes und von der partnerschaftlicher Kooperation mit den kommunalen Gefahrenabwehrbehörden abhängig. Dieses Vorgehen könnte auch auf den Fall eines Netzzusammenbruchs zur Sicherstellung einer Minimalversorgung übertragen werden. Langfristig stellt sich auch die strategische Frage, wie die Umstrukturierung der Stromversorgung hier als Chance verstanden werden kann.

### Verhältnismäßigkeitsprüfung von Lastabwürfen

Mit dem heutigen anerkannten Verfahren der diskriminierungsfreien Lastreduzierung stellt sich ein deutliches Dilemma in der Verhältnismäßigkeitsabwägung zwischen den Gesetzgebungen der Energieversorgung (wie EnWG oder Erneuerbare-Energien-Gesetz) und der Brand- und Katastrophenschutzgesetze der Länder heraus. Netzbetreiber sehen sich dem Gebot der Diskriminierungsfreiheit verpflichtet. Entscheidungsträger der Gefahrenabwehr sind aber gerade im Falle eines langanhaltenden und großflächigen Stromausfalles mit einer Realität konfrontiert, in der sich die (Rechts-)Güter eines unverzerrten und chancengleichen Wettbewerbs gegenüber der sicheren Versorgung wichtiger Einrichtungen mit herausragender Bedeutung für das Allgemeinwohl / die öffentliche Sicherheit und Ordnung gegenüberstehen.

Die Art und Weise der Lastreduzierung – auch unter bevölkerungsschutzrelevanten Aspekten – obliegt dem Versorger. Inwieweit Führungskräfte der Gefahrenabwehr nach ausgiebiger Güterabwägung und Verhältnismäßigkeitsprüfung auf der Grundlage der bestehenden Brand- und Katastrophenschutzgesetze ihren lokalen Netzbetreiber anweisen können, Kritische Infrastrukturen bevorzugt zu versorgen – auch ohne konkret bevorstehende Gefährdungssituation – ist unklar. Auch ist nicht geklärt, welchen Ermessensspielraum die Netzbetreiber hinsichtlich einer diskriminierungsfreien Lastreduzierung mit Prioritätenversorgung haben und welcher Aufwand dafür zumutbar wäre. Da die Prioritätenversorgung nicht nur für



den Fall der Lastreduzierung sondern auch für den Fall eines vollständigen Netzzusammenbruchs relevant sein könnte, stellt sich die Frage, wie derartige Planungen innerhalb von Sicherheitspartnerschaften zwischen Netzbetreibern und den kommunalen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ausgestaltet werden können oder auf Grundlage bestehender Rechtsgrundlagen Verpflichtungen formuliert werden müssen.

## Ausblick

Die heute schon gefestigten Zusammenarbeiten zwischen Gefahrenabwehrbehörden und Energieversorgern bieten sicherlich erste Lösungsansätze, wie generell der Umgang mit drohenden langanhaltenden und großflächigen Stromausfällen verbessert werden kann.

Die Notfallmaßnahme der diskriminierungsfreien Lastreduzierungen ist als eine besondere Herausforderung zu verstehen, die einen vollständigen Netzzusammenbruch vermeidet. Die heutige Umsetzung der diskriminierungsfreien Lastreduzierung ist rechtskonform, birgt aber Konsequenzen für den Bevölkerungsschutz durch „kleinere“ Stromausfälle in sich, die je nach Netztopologie durch eine Prioritätenversorgung vermieden werden könnten. Die Zumutbarkeit ist individuell zu prüfen. Zur Verbesserung des akteursübergreifenden Vorgehens und Umgangs mit Stromausfällen ist auch die Einbindung der Risiko- und Krisenmanagementstrukturen weiterer Betreiber Kritischer Infrastrukturen anzuvizieren. Es bleibt abzuwarten, ob sich die bestehenden Herausforderungen durch die fundamentale Transformation des Elektrizitätssystems verschärfen oder als Chance genutzt werden können, mit der die derzeit diskutierten Problemstellungen zum Schutz Kritischer Infrastrukturen nachhaltiger, finanzierbarer und sicherer gelöst werden können.

Eine erste Empfehlung, die sowohl den Anforderungen der Versorger im Sinne der Netzstabilität als auch dem Bevölkerungsschutz gerecht werden könnte, ist die Definition der von der Lastreduzierung ausgenommenen KRITIS-Einrichtungen. Wie dies rechtlich und technisch beispielsweise auch durch die Definition von Schutzziele geregelt werden kann, sollte durch Politik, Behörden und Versorger gemeinsam geprüft werden, um den Schutz der Bevölkerung auch während Stromausfällen auf einem möglichst hohen Niveau zu gewährleisten. Interessant ist

<sup>4</sup> Der „Revised Electricity Supply Emergency Code“ unterscheidet Einrichtungen, die prioritär versorgt werden sollen in drei Kategorien: a) lebenswichtige Dienstleistungen / Infrastrukturen wie bspw. Krankenhäuser, die Wasserver- und -entsorgung oder Häfen, b) jene Betriebe, die Lebensmittel herstellen, verarbeiten oder lagern und c) jene Verbraucher, deren Trennung von der Elektrizitätsversorgung erheblichen Schaden nach sich ziehen würde (z. B. Dialysefälle oder Menschen, die auf den Betrieb von Herz-Lungen-Maschinen angewiesen sind) und die den Betreiber schriftlich hierüber informiert haben (DEEC, 2005).

## Literatur

- Bundesnetzagentur (BNetzA) (2007), Bericht der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen über die Systemstörung im deutschen und europäischen Verbundsystem am 4. November 2006
- Bundesnetzagentur (BNetzA) (2011a): Auswirkungen des Kernkraftanstieges auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit, 11. April 2011, Berlin.
- Bundesnetzagentur (BNetzA) (2011b): Auswirkungen des Kernkraftwerk-Moratoriums auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit, Aktualisierung, 31. August 2011, Berlin.
- Bundesnetzagentur (BNetzA) (2012a): Versorgungsqualität - Übersicht SAIDI-Werte Strom 2006 - 2011, [http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetGas/Sonderthemen/SAIDIWerteStrom/SAIDIWerteStrom\\_node.html](http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetGas/Sonderthemen/SAIDIWerteStrom/SAIDIWerteStrom_node.html), veröffentlicht am 03.09.12.
- Bundesnetzagentur (BNetzA) (2012b): Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2011/2012, 03. Mai 2012, Berlin.
- Department of Energy & Climate Change (DEEC) (2005): Revised Electricity Supply Emergency Code, [http://www.decc.gov.uk/assets/decc/what%20we%20do/uk%20energy%20supply/resilience/gas\\_electric/file35360.pdf](http://www.decc.gov.uk/assets/decc/what%20we%20do/uk%20energy%20supply/resilience/gas_electric/file35360.pdf), zuletzt aufgerufen am 30.11.12.
- Forschungsgemeinschaft für Elektrische Anlagen und Stromwirtschaft (FGH) (2012): Studie zur Ermittlung der technischen Mindestleistung des konventionellen Kraftwerksparks zur Gewährleistung der Systemstabilität in den deutschen Übertragungsnetzen bei hoher Einspeisung aus erneuerbaren Energien, Mannheim.
- Verband kommunaler Unternehmen e.V. & BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VKU & bdew) (2012): Praxis-Leitfaden für unterstützende Maßnahmen von Stromnetzbetreibern, 12. Oktober 2012, Berlin.

dabei, dass solche Pläne in der EU bereits existieren. Im Vereinigten Königreich bspw. definiert das „Department of Energy and Climate Change“ bereits eine Vorrangversorgung, die parallel zur rollierenden Abschaltung versucht wird aufrecht zu erhalten (DEEC, 2005)<sup>4</sup>.

## Danksagung

Die vorliegende Arbeit beruht auf unterschiedlichen Forschungstätigkeiten. An dieser Stelle danken wir dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) für die Förderung des Projektes KIBEX, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die Förderung des Projektes GRASB aus dem ersten Sicherheitsforschungsprogramm der High-Tech-Strategie der Bundesregierung, sowie der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.

Thomas Münzberg M.Sc. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und Mitglied im Center for Disaster Management and Risk Reduction Technology (CEDIM)  
Simon Ludäscher B.Eng. war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rettungswesen und Gefahrenabwehr (IRG) der Fachhochschule Köln  
Claudia Bach M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn (UNU-EHS).

# Preise für Alltagshelden

## Der Bundesinnenminister verleiht in Berlin den Förderpreis „Helfende Hand 2012“

Isabel Struve

Der 30. November 2012 sollte ein langer Tag für alle Nominierten und ihre Begleiter werden. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hatte sie in die Bayerische Vertretung Berlin zur Verleihung des Förderpreises „Helfende Hand 2012“ eingeladen. Der jährlich vergebene und mit 30.000 Euro dotierte Preis will Ideen und Konzepte auszeichnen, die das Interesse der Menschen für ein ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz wecken. Die „Helfende Hand“ symbolisiert, was Ehrenamt im Bevölkerungsschutz für die Gesellschaft leistet. Die Hand ist das Symbol für Helfen. Gleichzeitig steht die Hand für Zusammenarbeit und gemeinsames Vorgehen.

Viele der Teilnehmer der Veranstaltung sollten an diesem Tag noch viel mehr als ihren Gastgeber sehen und erleben, denn die Organisatoren hatten sich viel einfallen

lassen, um den Tag für alle Beteiligten zu einem unvergesslichen Ereignis zu machen.

Bereits am späten Vormittag trafen die Nominierten und ihre Begleiter ein. Die Vertreter der Hilfsorganisationen kamen in ihren unterschiedlichen und oft farbenfrohen Uniformen, andere hatten sich für zivile Outfits im Partnerlook entschieden. Auch ein neugeborenes Baby und ein Blindenhund zählten zum Publikum. Zusammen ergab dies ein für Preisverleihungen ungewöhnlich buntes Bild, das gute Laune machte und eine entspannte Stimmung verbreitete.

Die Nominierten bauten im Erdgeschoss der Bayerischen Vertretung eigene kleine Stände auf, an denen sie ihre Projekte vorstellten und Interviews gaben. An den Ständen legten sie auch Informationsmaterial aus und der



Foto: Andreas Pein

ein oder andere Glücksbringer wurde gut sichtbar auf den Tischen platziert. Die Gäste, die aus dem ganzen Bundesgebiet in die Hauptstadt gereist waren, kamen untereinander schnell ins Gespräch und tauschten sich über ihre Projekte aus. Das Bundesinnenministerium hatte für alle Nominierten je einen Aufsteller entworfen und anfertigen lassen; die durften die Organisationen mit nach Hause nehmen und können sie nun für eigene Zwecke verwenden.

Der Besucherandrang war sehr groß. Die weihnachtlich dekorierte Bayerische Vertretung in Berlin platzte aus allen Nähten, sodass einige der Zuschauer in einem weiteren Saal Platz nahmen, in dem die Veranstaltung auf einer Großbildleinwand übertragen wurde.

Die Durchsuchung des Gebäudes durch das BKA mit einem Sprengstoffsuchhund kündigte die baldige Ankunft des Bundesinnenministers an und sorgte für aufgeregte Vorfreude.

Nach dem Mittagsimbiss war es dann soweit und der Bundesinnenminister traf in Begleitung anderer Vertreter des Bundesinnenministeriums in der Bayerischen Vertretung ein. Zur Freude der Anwesenden besuchte der Minister zunächst die Stände der Projekte und ließ sich von deren Vertretern über die Projekte aufklären. Wie sehr ihn das von allen Organisationen gezeigte Engagement beeindruckte, machte er später auch in seiner Rede deutlich.

Durch die sich dann anschließende eigentliche Preisverleihung im Festsaal führte die bekannte Moderation des ARD-Morgenmagazins Susan Link.

Der Bundesinnenminister richtete seine Grußworte an alle Anwesenden, aber auch an die Internetgemeinde sowie die Daheimgebliebenen, die die Möglichkeit hatten, die Preisverleihung über einen Livestream zu Hause oder bei der Arbeit zu verfolgen.

Er begrüßte auch die beiden Paten der Preisverleihung, die bereits im Vorfeld entlang der Stände spazierten und sich mit den Nominierten unterhielten: Carolin Leonhardt, Weltmeisterin und diesjährige Silbermedaillengewinnerin im Kajak-Vierer der Frauen und David Storl, Europameister 2012 und ebenfalls diesjähriger Gewinner einer olympischen Silbermedaille im Kugelstoßen.

Beide berichteten von ihren eigenen positiven Erfahrungen mit ehrenamtlich Tätigen, insbesondere bei Sportveranstaltungen. In Gesprächen an den Ständen der Hilfsorganisationen hatten sie unter anderem den Eindruck gewonnen, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt eine der größten Herausforderungen für ehrenamtlich Tätige ist. Für die Bewältigung dieser täglichen Herausforderungen sprachen sie den Ehrenamtlichen ihren Respekt aus.

Damit sich alle Anwesenden einen Eindruck der nominierten Projekte machen konnten, wurden diese mit kleinen Videos vorgestellt. Die künstlerische Darstellung ihrer Projekte sorgte bei den Nominierten für viele Lacher.

In der Kategorie „Innovative Konzepte“ erhielten die Marburger Malteser den ersten Preis. Die Helferinnen und

Helfer zeigten mit ihrem Reanimations-Weltrekord, wie man effektiv Leben rettet – und das über 40 Stunden lang. Damit belegten sie eindrucksvoll ihre Leitungsfähigkeit, denn die in den 40 Stunden aufgewendete Kraft würde ausreichen, um drei Jumbojets zu ziehen.

Gewinner in der Kategorie „Jugend- und Nachwuchsarbeit“ wurde ein Projekt der Freiwilligen Feuerwehr Köln. In ihren Vor-Ort-Schulungen lernen pro Jahr bis zu 1.000 Kinder aus Kindergärten und Grundschulen das richtige Verhalten im Ernstfall: Wie setze ich einen Notruf ab? Wie vermeide ich Verletzungen im Haushalt? Hoch qualifizierte Mitarbeiter ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdeutlichen die Lerninhalte dabei anhand praktischer Übungen.

Das Unternehmen EHEIM aus dem baden-württembergischen Deizisau gewann den ersten Preis in der Kategorie „Vorbildliches Arbeitgeberverhalten“. EHEIM stellt seine Mitarbeiter für ihr ehrenamtliches Engagement bei der freiwilligen Feuerwehr jederzeit und unkompliziert frei. Das gilt nicht nur für Rettungseinsätze. Bei vollem Lohn können die Retter auch an Weiterbildungen teilnehmen.

Der Bundesinnenminister betonte das Thema Arbeitgeberverhalten auch in seiner Rede. Er äußerte den Wunsch, dass die Personalchefs in Unternehmen erkennen, dass Menschen, die Verantwortung im Ehrenamt übernommen haben, also Menschen, die teamfähig sind und Verantwortungsbewusstsein unter Beweis gestellt haben, auch die Richtigen für die Arbeit in einem Unternehmen sind.

Zuletzt wurde der Publikumspreis vergeben. Fast 12.000 Menschen hatten sich bei der Stimmabgabe im Internet beteiligt. Gewinner wurde die AG Rettungsschwimmen der Johannesschule in Meppen mit 2.973 Stimmen und einem in Deutschland einmaligen Konzept. Schülerinnen und Schüler der Johannesschule Meppen können während ihres Unterrichts das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen in Bronze oder Silber erwerben. Anschließend übernehmen sie als Lebensretter Verantwortung am Strand des Ostseebads Kellenhusen.

Zusammen mit dem Minister überreichten die beiden Paten allen Preisträgern die Trophäen und Schecks.

Im Anschluss an die Preisverleihung kamen alle Teilnehmer im Bierkeller der bayerischen Vertretung bei bayerischer Hausmannskost zusammen. Dabei kündigten einige der Nominierten bereits an, sich auch für die Helfende Hand 2013 bewerben zu wollen. Die Freude über die Wertschätzung, die Ihnen für ihr Engagement entgegengebracht wurde und wird, konnte man ihnen ansehen.

Mehr Informationen zur Helfenden Hand und der am 1. März 2013 beginnenden Bewerbungsfrist finden Sie unter [www.helfende-hand-foerderpreis.de](http://www.helfende-hand-foerderpreis.de).



Isabel Struve LL.M. ist Referentin im Referat „Rechtsangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Helferfragen, Selbstschutz und Grundsatzangelegenheiten der Selbsthilfe“ im BBK



## Hilfe und Hoffnung

### Wie die First Assistance Samaritan Teams (FAST) des ASB im Nordirak syrischen Flüchtlingen helfen

„Vor allem sollten Sie und die Kinder viel trinken – am besten Tee oder heißes Wasser mit Zitrone. Ziehen Sie sich warm an und versuchen Sie, sich auszuruhen. Falls die Beschwerden anhalten, kommen Sie nochmal vorbei.“ Die Tipps, die Wolfgang Marx gibt, klingen nach einem typischen Arzt-Patienten-Gespräch. Doch die Umgebung, in der er diese Tipps gibt, ist für den Medizinstudenten im praktischen Jahr eine echte Herausforderung. Denn Wolfgang Marx ist – gemeinsam mit anderen freiwilligen Hel-



Besonders die Kinder leiden unter der kalten, feuchten Witterung im Lager. Viele haben Atemwegserkrankungen.

fern des ASB – im Nordirak im Einsatz. In einer mobilen Ambulanz behandeln er und seine Kollegen Flüchtlinge aus Syrien.

Mehr als 23.000 Menschen sind Ende des Jahres 2012 im Flüchtlingslager Dormiz nahe der syrisch-nordirakischen Grenze registriert. Täglich kommen Hunderte neue Flüchtlinge an – nahezu alle sind Kurden, die in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak auf Unterstützung und Zuflucht hoffen. Jeden Morgen bilden sich lange Schlangen vor dem Büro des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Viele der Flüchtlinge sind stark erkältet, andere leiden unter Durchfall- oder Pilzkrankungen.

Vor allem die Kinder haben mit den kalten Temperaturen und den schwierigen Hygienebedingungen im Camp zu kämpfen. Um alle Flüchtlinge medizinisch gut versorgen zu können, bauen die lokalen Gesundheitsbe-



Viele Flüchtlinge, insbesondere ehemalige Lehrer oder Verwaltungsangestellte, haben Muskel- und Gelenkprobleme durch ungewohnte harte körperliche Arbeit.

hörden zurzeit ein Krankenhaus im Flüchtlingslager. Bis dieses fertig ist, leisten die Helferinnen und Helfer des First Assistance Samaritan Teams (FAST) medizinische Nothilfe. Das FAST ist die Schnelleinsatzgruppe des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) für Auslandseinsätze. Drei Teams mit je acht Helfern arbeiten in der Zeltambulanz des ASB in Dormiz. Nach jeweils 14 Tagen übergeben die Helfer die Arbeit an das nächste Team.

Insgesamt sechs Wochen lang sind die FAST'ler somit in Dormiz im Einsatz. In ihrem Alltag sind sie Ärzte, Rettungsassistenten, operationstechnische Assistenten oder Personalreferenten. Alle eint, dass sie sich beim ASB engagieren und regelmäßig Fortbildungen und Seminare für Auslandseinsätze besuchen. „Dadurch, dass die FAST-Teammitglieder mehrmals im Jahr gemeinsam trainieren und sich mit Kursen zur interkulturellen Kommunikation, fachspezifischem Englisch oder der Sicherheit im Auslandseinsatz weiterbilden, legen sie eine gute Grundlage für solche Nothilfeinsätze“, bestätigt Axel Schmidt, Projektkoordinator für FAST-Einsätze beim ASB-Bundesverband.

Neben dem Medizin-Modul, das zurzeit im Nordirak im Einsatz ist, verfügt das FAST auch über ein Trinkwasserteam, das mithilfe einer Trinkwasseraufbereitungsanlage mit einer Leistungsfähigkeit von 1.500 bis 2.000 Liter/Stunde reines Trinkwasser produzieren kann. Jedes Team wird von einem erfahrenen hauptamtlichen Kollegen der ASB-Auslandshilfe geleitet. „Der Einsatzleiter ist Anlaufstelle für alle Fragen der freiwilligen Helfer und übernimmt zudem die Koordinierung mit anderen Hilfsorganisationen wie dem UN-Flüchtlingshilfswerk und den lokalen Behörden“, so Schmidt.

Wolfgang Marx behandelt zurzeit täglich bis zu 60 Patienten am Tag. Darunter sind auch viele, die unter den Folgen von Verbrennungen oder Verbrühungen leiden.



Das Flüchtlingslager Dormiz im Nordirak nahe der syrischen Grenze.  
(Fotos: ASB / Esther Finis)

„Viele Flüchtlinge müssen zum ersten Mal in ihrem Leben auf offenem Feuer oder mit kleinen Gaskochern ihr Essen zubereiten und ihr Trinkwasser abkochen. Dabei verletzten sich viele – vor allem Kinder sind neugierig, fassen in die Flammen oder verschütten heißes Wasser“, hat er festgestellt. Fast täglich behandeln er und seine Kollegen Brandwunden und geben den Patienten Tipps, wie sie sich in Zukunft besser schützen können. Immer wieder versorgen sie auch Wunden, die durch Bombensplitter oder herumfliegende Glasscherben verursacht wurden.

„Einige Patienten erzählen uns dann, was sie während der Bombenangriffe erlebt haben und wie ihnen die Flucht gelang. In solchen Momenten wird mir der Wert unseres Einsatzes ganz besonders bewusst“, erzählt Dr. Gabi Boos. Die Ärztin, die normalerweise in Worms als Anästhesistin und Notärztin arbeitet, freut sich jedoch auch, wenn sie in weniger dramatischen Fällen helfen kann. „Heute war zum Beispiel ein junger Mann da, der über starke Muskel- und Gelenkschmerzen klagte. Er erzählte, dass er in der nahegelegenen Stadt Dohuk Arbeit auf einer Baustelle gefunden hat und hart körperlich arbeitet, um seine Familie hier im Flüchtlingslager zu ernähren.“ Da der junge Mann in Syrien einen Bürojob hatte, ist er die schwere Arbeit nicht gewohnt und hat sich außerdem den Knöchel verstaucht. Gabi Boos konnte mit einem Stützverband, einer schmerzlindernden Salbe und Tipps zur Entspannung der schmerzenden Muskeln helfen. „Es ist gut zu sehen, dass die Menschen die Hoffnung nicht aufgegeben haben und versuchen, das Beste aus ihrer Situation zu machen.“

Besonders deutlich wurde das für die ASB-Helfer an einem verregneten Nachmittag, an dem die Patienten mit schlammbedeckten Schuhen und Beinen in die Ambulanz kamen. Unter ihnen war eine Mutter mit einem sieben

Tage alten Baby, das sie sorgfältig und warm in bunte Tücher und Decken gewickelt hatte. „Die junge Frau war besorgt, ob mit ihrem Sohn alles in Ordnung war. Wir haben das Neugeborene untersucht und es ging ihm ganz prächtig“, erzählt Gabi Boos. „Das glückliche Strahlen der jungen Mutter wird mir noch lange im Gedächtnis bleiben.“

*Esther Finis*

**Technisches  
Hilfswerk** 

## Syrienkrise

### THW hilft Flüchtlingen in Jordanien

Der Flüchtlingsstrom aus Syrien in die Nachbarländer reißt nicht ab. Allein das jordanische Flüchtlingscamp Za'atari erreichen täglich rund 1.100 neue Flüchtlinge. Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) unterstützen dort das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) beim Aufbau und Betrieb des Camps, das in der Nähe zur syrischen Grenze bis zu 60.000 Menschen Obdach geben soll.

Das neue Jahr begann für die THW-Kräfte so arbeitsreich, wie es endete: im Januar erhielt das THW den Auf-



In einer kargen Wüstenlandschaft entstand das Camp im Juli 2012 fast aus dem Nichts.  
(Foto: THW / Jens-Olaf Knapp)

trag zum Bau von 80 neuen Sanitäreinheiten mit Duschen und Toiletten für die Flüchtlinge. Dabei greift das THW auf mehr als 80 lokale Mitarbeiter zurück. Neue Camp-Areale wurden seitdem von den THW-Kräften durch die Konzeption und den Bau eines Wasserverteilungssystems erschlossen.



In Begleitung von UN-Sonderbotschafterin Angelina Jolie (r.) besuchte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) António Guterres im September 2012 das Flüchtlingscamp al Za'atari unweit der syrisch-jordanischen Grenze.  
(Foto: THW / Nicolas Hefner)

Daneben überwacht das THW die tägliche Verteilung von mehr als einer Million Liter Trinkwasser für die derzeit im Camp lebenden 35.000 Menschen.

40 Grad im Sommer – Regenzeit im Winter. Die Gegensätze in Jordaniens Klima sind groß und erschweren die Lebensbedingungen der Flüchtlinge. Starke Regenfäl-

le hatten Anfang 2013 weite Teile des Flüchtlingscamps überflutet. In einigen Bereichen stand das Wasser bis zu fünfzehn Zentimeter hoch in den Zelten. Besonders betroffen waren ältere Teile des Camps.

Sie wurden zu Beginn des Projekts, als möglichst viele Flüchtlinge binnen kürzester Zeit untergebracht werden mussten, gleichsam aus dem Boden gestampft. Im Rahmen der baulichen Reorganisation des Flüchtlingscamps durch den UNHCR baut das THW das Drainagesystem weiter aus.



Mehr als 400 Sanitäreinheiten haben die THW-Kräfte mit ihren lokalen Mitarbeitern bereits im Camp errichtet.  
(Foto: THW / Jens-Olaf Knapp)

Damit sollen erneute Überschwemmungen verhindert werden.

Alles in Allem liest sich die Bilanz des THW-Projekts positiv: 417 Sanitäreinheiten mit rund 1.000 Toiletten und ebenso vielen Duschen wurden zwischen Juli 2012 und Januar 2013 aufgebaut und im Rahmen der „Aktion Winterfest“ mit Dächern versehen. Darüber hinaus wurden fast 150 Kücheneinheiten mit jeweils zwei Küchen errichtet.

Das THW unterstützt die Deutsche Botschaft in der jordanischen Hauptstadt Amman bereits seit April bei der Bewertung der Humanitären Lage.

Mit finanziellen Mitteln des Auswärtigen Amtes realisierte das THW in Zusammenarbeit mit jordanischen Hilfsorganisationen zunächst mehrere Kleinstprojekte und beschaffte beispielsweise Notstromaggregate und Krankenwagen für grenznahe Krankenhäuser.

Nach dem anwachsenden Flüchtlingsstrom wurde das THW im Juli 2012 auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes vom Bundesinnenministerium beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, jordanischen Behörden und Hilfsorganisationen den Aufbau des Flüchtlingscamps Za'atari zu unterstützen.

Die THW-Arbeiten im Camp werden voraussichtlich bis September 2013 andauern.



## Erfolgreiche Nachwuchsgewinnung für die DLRG

### Schulunterricht und Ehrenamt verbinden

Klagen über zurückgehenden Nachwuchs mit innovativen Projekten bekämpfen, mit dieser Intention begann



Schüler des Schulprojektes der Johannesschule Meppen an der deutschen Ostseeküste. (Fotos: Georg Jansen)

im August 2011 das Pilotprojekt DLRG-Nachwuchsgewinnung an der Johannesschule in Meppen. In Zusammenarbeit mit der Kurverwaltung Kellenhusen und dem Zentralen Wasserrettungsdienst Küste (ZWRDK) der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft hatte sich Schulleiter Georg Jansen das Ziel gesetzt, aus Schülern Rettungsschwimmer zu machen. Dass Nachwuchsgewinnung mehr und mehr zu einem zentralen Thema der Hilfsorganisationen werden muss, lässt sich an schwindenden Mitgliederzahlen ablesen.

Dies sind Umstände denen die DLRG zusammen mit der Johannesschule Meppen mit ihrem Nachwuchsprogramm entgegen treten wollte.

Die Schüler der 9. Klasse bekamen die Chance, im Rahmen des Wahlpflichtunterrichtes das Rettungsschwimmabzeichen Bronze zu erwerben. Schüler, die besonderes Engagement und Interesse zeigten, konnten dann im 10.

Schuljahr an der Arbeitsgruppe (AG) Rettungsschwimmen teilnehmen.



Die Teilnehmer des Wachpraktikums.

Sie erlernten in der AG zunächst im theoretischen Unterricht die Grundlagen der Wasserrettung. Anschließend wurden im Hallenbad weiterführende Kenntnisse in der Personenrettung geübt. Der Unterricht schloss mit dem Erwerb des Rettungsschwimmabzeichens Silber ab. Dazu gehörte auch ein Erste-Hilfe-Kurs.

Da die Bedingungen in Klassenraum und Schwimmhalle nicht denen auf einer Wasserrettungsstation entsprechen, die Schüler jedoch möglichst direkt in einen laufenden Wachbetrieb übernommen werden sollten, mussten ihnen reale Wachsituationen schon in der Ausbildung vermittelt werden. Mit Unterstützung der Kurverwaltung Kellenhusen und ausgerüstet durch den ZWRDK der DLRG, absolvierten die Schüler ein einwöchiges Wachpraktikum an der deutschen Ostseeküste.



Für die Teilnehmer des Schulpraktikums stand die Vermittlung realer Wachsituationen auf der Tagesordnung.



Auszeichnung des Pilotprojektes durch Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrichs mit dem Publikumspreis des Förderpreises Helfende Hand. (Foto: DLRG)

Begleitet von erfahrenen Rettern, sahen sich die Schüler mit echten Einsätzen konfrontiert.

Hauptsächlich ihre Erste-Hilfe-Fähigkeiten wurden in mehreren Einsätzen auf die Probe gestellt. Auch der Rettungsdienst musste alarmiert werden, als ein Strandbesucher mit Kreislaufversagen gemeldet wurde. Neben den realen Einsätzen wurde die Ausbildung der Schüler fortgeführt.

Ihnen wurden große Teile der Fachausbildung Wasserrettungsdienst vermittelt, ihre bereits vorhandenen Rettungsfähigkeiten wurden dabei vertieft und gefestigt.

Das Projekt entwickelte sich auch über die Ausbildung hinaus zum Erfolgsmodell.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich zeichnete das Pilotprojekt am 30. November 2012 mit dem Publikumspreis des Förderpreises Helfende Hand aus.

Auch das Engagement des Zentralen Wasserrettungsdienstes Küste der DLRG wurde belohnt. 70% der ausgebildeten Schülerinnen und Schüler haben sich bereits zum Wasserrettungsdienst 2013 an deutschen Gewässern beworben.

Das erfolgreiche Projekt zur aktiven Einsatzkräftegewinnung in der DLRG ist ein gutes Beispiel, wie man mit innovativen Ideen Jugendliche in das Ehrenamt holen und halten kann.

*Stephan Gauert*



## Wirtschaft und Feuerwehr ziehen an einem Strang

### Gemeinsame Erklärung von DIHK und DFV zu Ausbildung und Ehrenamt

Gesellschaftliches Engagement ist für alle ein wichtiges Anliegen. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) darauf verständigt, auf diesem Gebiet noch stärker zu kooperieren. Besonders am Herzen liegen beiden Partnern die Ausbildung junger Menschen und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.

„Wir wollen Feuerwehren und Unternehmen anregen, auf allen Ebenen den Dialog zu führen, das Engagement des anderen zu ermöglichen und die vielen Beispiele guter Praxis zum Vorbild für weitere Kooperationen zu nehmen“, betonten DIHK-Präsident Hans Heinrich Drift



mann und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger. Sie unterzeichneten im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin die Kooperationsvereinbarung.

Beide Partner erhoffen sich eine erfolgreiche Vermittlung von Jugendfeuerwehrmitgliedern in Ausbildungsplätze.

Die Mädchen und Jungen brächten dafür aus dem Ehrenamt Schlüsselqualifikationen mit. Gleiches gelte für erwachsene Feuerwehrmitglieder, die bereits im Arbeitsleben stehen.

Für die problemlose Freistellung von Einsatzkräften durch viele Unternehmen verlieh DFV-Präsident Kröger dem DIHK stellvertretend für dessen Mitglieder das Förderschild „Partner der Feuerwehr“. DIHK-Präsident Driftmann engagiert sich bereits seit Jahren auch im Beirat des Deutschen Feuerwehrverbandes. Dafür dankte Kröger ihm sehr und zeichnete Driftmann für seine langjährigen Verdienste mit dem Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold aus.

Der Deutsche Feuerwehrverband hatte bereits mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks gemeinsame Erklärungen geschlossen.

Alle Kooperationsvereinbarungen stehen im Internet unter: [www.feuerwehrverband.de/kooperationen.html](http://www.feuerwehrverband.de/kooperationen.html).



### **Wortlaut der gemeinsamen Erklärung von Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann und Hans-Peter Kröger**

*Vielfältiges Bürgerengagement und die Selbstverwaltung prägen die deutsche Gesellschaft. Auf ihren Feldern sind die Feuerwehren sowie die Industrie- und Handelskammern jeweils verlässliche Akteure.*

*Im Feuerwehrwesen stellen der ehrenamtliche sowie der berufliche Einsatz von mehr als einer Million Männer und Frauen den flächendeckenden, professionellen Schutz der Bevölkerung, der Umwelt und Gewerbeanlagen sicher. In der gewerblichen deutschen Wirtschaft ist soziales und gesellschaftliches Engagement für viele Unternehmen an ihren jeweiligen Standorten und darüber hinaus eine Selbstverständlichkeit. Handel und Dienstleister sind wichtige Partner, damit die Feuerwehren reibungslos wirken können. Und die deutsche Feuerwehrgeräteindustrie setzt ihrerseits weltweit Standards und profitiert von den Anwendungserfahrungen der deutschen Feuerwehren.*

*Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und der Deutsche Feuerwehrverband pflegen seit Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich durch die Mitgliedschaft des DIHK im Beirat des DFV manifestiert. Beide Partner regen Feuerwehren und Unternehmen dazu an, auf allen Ebenen den Dialog zu führen. Es gilt das Engagement des je-*

*weils anderen anzuerkennen und zu ermöglichen sowie die vielen Beispiele guter Praxis zum Vorbild für weitere Kooperationen zu nehmen.*

*Ein besonderes Anliegen sind beiden Partnern die Ausbildung von jungen Menschen und die spezialisierte Fortbildung. Von zertifizierten Lehrgängen im betrieblichen Brandschutz über die Anerkennung von Qualifikationen oder gemeinsamen Lehrgängen zum Erlangen der Ausbil-*



DIHK-Präsident Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann (links) und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger unterzeichnen die Gemeinsame Erklärung. (Foto: S. Jacobs/DFV)

*derung bis hin zum Ausbildungsberuf von Werkfeuerwehrtechniker und Werkfeuerwehrmann/-frau reicht schon heute das Spektrum der Zusammenarbeit.*

*Angehörige der Jugendfeuerwehren bringen aus der ehrenamtlich geleisteten Jugendverbandsarbeit Schlüsselqualifikationen für die betriebliche Ausbildung mit. Gleiches gilt für Feuerwehrangehörige, die bereits im Arbeitsleben stehen: Umsicht, Improvisationsgabe und ein zupackendes Selbstverständnis sind beispielhafte Eigenschaften, die von der Feuerwehr an den Arbeitsplatz transferiert werden – und umgekehrt.*

*Engagement in Beruf und Ehrenamt gleichermaßen einzubringen und zu fördern, liegt im Interesse beider Partner. Sie bekennen sich dazu, dass Familie, Beruf und Ehrenamt miteinander vereinbar sein müssen. Dazu gehören insbesondere das vorbehaltlose Ermöglichen von Freistellungen auf der einen Seite sowie umgekehrt deren verantwortungsvolle Wahrnehmung auf der anderen Seite. Führungskräfte aus dem Ehrenamt sollen auch für die Übernahme von Leitungsverantwortung in der Wirtschaft aktiviert werden, ebenso wie die Führungskräfte aus der Wirtschaft für die Übernahme von Leitungsaufgaben im Ehrenamt.*

*Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und der Deutsche Feuerwehrverband sind überzeugt davon, dass fachlicher Austausch und die spezifische Interessenvertretung am besten durch die Selbstverwaltung organisiert wird – diese hat sich in der Vergangenheit und wird sich auch weiterhin in Zukunft bewähren.*

Berlin, den 10. Januar 2013



## Ursachen von Katastrophen

### Disaster Root Causes – am Beispiel der Überschwemmung in Pakistan 2010

Die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur Ermittlung und Analyse von sog. Root Causes von Katastrophen werden nachfolgend beispielhaft an der Überschwemmung in Pakistan 2010 beschrieben. Im Zuge des Projektes wurde ein neues Rahmenkonzept für die Ermittlung von solchen „Wurzeln“ von Katastrophen und Katastrophenrisiken entwickelt und seine Anwendung anhand verschiedener Fallstudien (u.a. die Überschwemmung 2010 in Pakistan) illustriert.

Vom Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) in Auftrag gegeben, wurde die Studie von der United Nations University – Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) durchgeführt.

Wissenschaft und Praxis stimmen überein, dass Naturgefahren zwar oftmals Auslöser einer Katastrophe sind, jedoch sozio-ökonomische, politische oder kulturell-gesellschaftliche Faktoren maßgeblich sind, ob Extremereignisse und Naturphänomene zu einer Katastrophe werden.

Die Studie versucht die kausalen Zusammenhänge zwischen den Auswirkungen einer Katastrophe und den Root Causes zu erkennen und herauszuarbeiten. Dabei werden Katastrophen nicht als ein Einzelereignis betrachtet, sondern vielmehr als ein komplexes Phänomen, das zeitlich und räumlich weit über das einzelne Extremereignis hinausgeht.

#### Ursachen der Pakistan-Flut 2010

Um die vielfältigen Ursachen von Katastrophen systematisieren zu können, wurden folgende Kategorien gebildet: *natürliche Gegebenheiten*, *politisches Umfeld*, *Bewusstsein und Wahrnehmung*, *Governance* sowie *Entwicklungsstatus*. Zur Erläuterung dienen beispielhaft die Ursachen der Überschwemmung in Pakistan 2010.

Bezüglich *natürlicher Gegebenheiten* wurden drei Ursachen identifiziert. Die außergewöhnliche Wetterlage – zwei aufeinanderfolgende Tiefdruckgebiete mit intensiven Monsunregenfällen – kann einerseits auf natürliche Klimaschwankungen (zum Beispiel das El Niño Phänomen) zurückgeführt werden. Die intensiven Regenfälle sind aber auch ein Resultat des *Klimawandels*. Zwar kann ein einzelnes Ereignis nicht damit erklärt werden, doch Pakistan hat

in den letzten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen der Regenintensität zu verzeichnen.

Dritter maßgeblicher Faktor ist die *Topographie*, die zu regional sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Überschwemmung führte. In der gebirgigen nördlichen Kyber Pakhtunkhwa Provinz (KPK) traten Sturzfluten, Hangrutschungen sowie Schlammlawinen auf, die besonders die Infrastruktur (zum Beispiel Straßen, Bewässerungskanäle, Brücken, Häuser, etc.) zerstörten und eine Vielzahl von Toten/Verletzten zur Folge hatten. Der Zugang zu diesen Regionen war somit erschwert.

Im flachen Süden nahm die Überschwemmung dagegen enorme Flächenausmaße an – ca. 20% der Gesamtfläche Pakistans waren betroffen. Die langanhaltenden Überschwemmungen entlang des Indus führten besonders in der „Kornkammer“ Pakistans zu enormen Ernteaufschlägen, Vernichtung von ca. 80% der Nahrungsmittelvorräte und der Zerstörung von Ackerland. Hinzu kamen Trink- und Abwasserprobleme.

Das *politische Umfeld* in Pakistan ist noch immer maßgeblich von der *instabilen Sicherheitslage* sowie den *Nachwirkungen des zivilen Konflikts* geprägt.

Militärinterventionen in der jüngeren Vergangenheit zerstörten wichtige Infrastrukturen insbesondere im Norden und führten zudem zu Migrationsströmen. Auch deshalb lag der Fokus der Regierung primär auf Rehabilitationsmaßnahmen und maß der Katastrophenvorsorge weniger Bedeutung bei.

Gleichzeitig wurde ausländischen Hilfsorganisationen der Zugang zu bestimmten Regionen aufgrund der instabilen Sicherheitslage verweigert. Dies bezieht sich besonders auf den Süden Pakistans.

In der Kategorie *Bewusstsein und Wahrnehmung* ist besonders die *unzureichende Wahrnehmung des Risikos* durch die pakistanische Regierung hervorzuheben. Diese unterschätzte das Ausmaß der Katastrophe und ließ somit wertvolle Zeit verstreichen bis die internationale Staatengemeinschaft zur Hilfe gebeten wurde.

Erschwerend kam hinzu, dass die Regierung inmitten der Nothilfephase eine Verfassungsänderung zur Dezentralisierung des Katastrophenrisikomanagements (KRM) umsetzte. Provinzen wurde mehr Verantwortung übertragen, was zu Verwirrung unter internationalen Organisationen führte und den Informationsaustausch zunächst verkomplizierte. Zudem sind nach wie vor *traditionelle Lebensweisen* und *religiöse Normen* weit verbreitet, die zum Teil einer aktiven Vorbereitung der Bevölkerung gegenüber Naturgefahren entgegenstehen.

Beispielsweise ist die Rolle der Frau in einigen religiös fundamentalistisch geprägten Haushalten deutlich begrenzt, so dass zum Beispiel ihr Zugang zu Informationen über Risiken und entsprechende Bewältigungs- und Anpassungsmaßnahmen stark eingeschränkt ist.

Zudem geht es aufgrund der Armut und zum Teil ungleicher Landverteilung vielfach um das Abwägen zwischen unterschiedlichen Risiken. Noch immer werden stark

hochwassereponierte Flussauen aufgrund der fruchtbaren Böden häufig besiedelt.

Im Bereich *Governance* ist die *Inflexibilität beim Einsatz von Spendengeldern* hervorzuheben. Organisationen ist es vielfach nicht möglich Spenden je nach räumlichem und zeitlichem Bedarf einzusetzen. Aufgrund der geopolitischen Situation in Nordpakistan wurden Gelder fast ausschließlich an Aktivitäten in der nördlichen KPK Provinz gebunden – zudem sind seit dem Erdbeben 2005 zahlreiche INGOs und UN-Organisationen dort präsent. Folglich konnte man während der Katastrophenbewältigung im Süden nicht auf bereits vorhandene INGO-Strukturen zurückgreifen.

Außerdem sind besonders südliche Provinzen von enormer *Korruption* geprägt, die von *feudalen Landbesitz- und Machtstrukturen* begleitet wird und zur Ausweitung sozialer Ungerechtigkeit führt. Weitverbreitete Armut, Unterernährung, fehlender Zugang zu Ressourcen und folglich ein hohes Maß an Verwundbarkeit sind die Folge. Subsistenzwirtschaft – betrieben in Flussauen oder Hanglagen im Norden – bietet zwar die Möglichkeit sich dem Machteinfluss zu entziehen, fördert aber gleichzeitig die Entwaldung und die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen.

Der Machteinfluss der Landbesitzer betrifft auch die Arbeit von INGOs, weshalb viele daraufhin die südlichen Provinzen verließen. Gleichzeitig ist das *Engagement der Regierung* im Bezug auf Förderung der Entwicklung oder des KRM, gemessen an der Problemlage, nicht ausreichend.

Experten sind sich einig, dass u. a. die schlechte Instandhaltung der Infrastrukturen zur Verschlimmerung der Katastrophe beigetragen hat.

Aber auch auf institutioneller Ebene waren die entsprechenden Kapazitäten nicht vorhanden, um die Nothilfe angemessen zu koordinieren.

Diese fehlenden Kapazitäten müssen jedoch auch im Kontext des *Entwicklungsstatus* Pakistans betrachtet werden. Besonders die *limitierten* finanziellen, technischen aber auch menschlichen *Ressourcen und Kapazitäten* lassen ein angemessenes KRM nicht zu. Lokale Regierungen aber auch der nationale Wetterdienst verfügen neben einem eingeschränkten Budget oft nicht über die

entsprechende Ausstattung bzw. geschultes Personal. Zudem zeichnet sich nach wie vor der Großteil der pakistanischen Bevölkerung durch ein niedriges Bildungsniveau aus. Sogar führende Politiker sind sich immer noch nicht der Bedeutung von Naturgefahren bewusst.

Folglich wurden und werden Naturgefahren sowie Anpassungsstrategien nicht bei der Stadt- bzw. Land-



Überschwemmung Sindh Provinz/Dabu Distrikt/Pakistan.  
(Foto: UN/WFP/Amjad Jamal)

schaftsplanung berücksichtigt – die in der Vergangenheit durchgeführten Flusslaufveränderungen sind hierfür beispielhaft.

### Ausblick

Die Studie zu Root Causes of Disaster Risk adressiert ein zentrales Thema der Risikovorsorge, welches zwar bereits in internationalen Dokumenten thematisiert wird, allerdings vielfach aufgrund erheblicher struktureller Probleme in den Ländern kaum angegangen werden kann.

Die Ergebnisse bieten einen Vorschlag zur Identifikation und Systematisierung von Katastrophenursachen sowie den Triebkräften, die durch Root Causes beeinflusst werden. Zudem leistet die Studie einen wichtigen Impuls für die weitere Diskussion und formuliert potentielle Lösungsansätze, wie entsprechende Root Causes erfasst und wenn möglich auch reduziert werden können. Durch die intensive Zusammenarbeit – insbesondere auch mit Experten des Deutschen Roten Kreuzes – bietet die Studie wichtige Anmerkungen von Praktikern und einen hohen Praxisbezug.

Maximilian Witting / PD Dr. Jörn Birkmann,  
beide UNU-EHS in Bonn



## 150 Jahre DRK

### Großes rotes Kreuz vor dem Brandenburger Tor – Ehrenamt wird immer wichtiger

Rund 1.800 Engagierte aus ganz Deutschland haben am 13. Januar 2013 ein riesiges rotes Kreuz vor dem Brandenburger Tor in Berlin geformt. Die Aktion war der Startschuss für das Jubiläumsjahr 2013, in dem das Rote Kreuz seinen 150. Geburtstag begeht. Das Jahr 2013 steht für das DRK ganz im Zeichen des Ehrenamts.



Kreuz vor dem Brandenburger Tor.  
(Foto: M. Handelmann)

DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters sagte dazu:

„Seit 150 Jahren helfen Rotkreuzler, Not zu lindern. Heute sind viele soziale Dienste in Deutschland nur mit Hilfe von ehrenamtlichem Engagement möglich. Das wird auch in den kommenden Jahren, mit einer immer älter werdenden Bevölkerung, immer wichtiger. Ich mag mir nicht vorstellen, was unsere Gesellschaft ohne das Rote Kreuz wäre.“

Die Aktions-Teilnehmer, größtenteils ehrenamtliche Mitarbeiter des DRK, waren sehr weit angereist, um dabei zu sein. Am weitesten reiste Sandra Bock: 900 km von

Inzlingen in Baden-Württemberg nach Berlin. Auch DRK-Botschafterin Jette Joop und DRK-Botschafterin Jeanette Biedermann standen rot gekleidet im Kreuz.

Die Designerin Jette Joop ist seit 2003 Kinderbotschafterin des Deutschen Roten Kreuzes. Sie hat unter anderem Kleider- und Schmuck-Kollektionen dem Roten Kreuz gewidmet und unterstützt zahlreiche Projekte für Kinder im DRK.

Jeanette Biedermann war schon Botschafterin des DRK-Jugendrotkreuzes, bevor sie im Jahr 2003 Botschafterin des Deutschen Roten Kreuzes wurde. Seit Beginn ihres Engagements setzt sie sich für Straßenkinder in Peru ein. Für ihren Einsatz wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die Allianz Deutschland AG, offizieller Partner und Versicherer des Deutschen Roten Kreuzes im Jubiläumsjahr, begrüßte die Teilnehmer mit einem riesigen Banner an ihrem Dienstgebäude am Pariser Platz. „Wir gratulieren dem Roten Kreuz zum 150. Geburtstag und freuen uns, eine gesellschaftlich so wichtige Institution unterstützen zu dürfen“, sagte

Bernd Heinemann, Vorstand Marktmanagement der Allianz Deutschland AG.

Die Allianz, die seit knapp zwei Jahren eine globale Partnerschaft mit dem Deutschen Roten Kreuz und der Föderation der Rotkreuz- und Halbmondgesellschaften zu den Themen Wiederaufbau, Prävention und Katastrophensoforthilfe unterhält, unterstützt und begleitet deutschlandweit das DRK bei allen Aktivitäten im Jubiläumsjahr 2013.

Das Deutsche Rote Kreuz war die erste der heute 187 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften der Welt

und hat heute 3,5 Millionen Mitglieder.

Über 400.000 Menschen engagieren sich freiwillig in der Organisation. Ehrenamtliches Engagement ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Arbeit des Roten Kreuzes.

Höhepunkt des Jubiläumsjahrs ist der zentrale Festakt mit Bundespräsident Joachim Gauck in Stuttgart am 31. Oktober. Hier wird der Gründungstermin des Deutschen Roten Kreuzes gefeiert.

Das Rote Kreuz, genau genommen das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, wurde im Februar 1863 in Genf gegründet. Im November im gleichen Jahr formierte sich

der „Württembergische Sanitätsverein“ zur ersten Nationalen Rotkreuzgesellschaft.

Zur Geschichte des Roten Kreuzes in Deutschland: [www.150jahre.drk.de](http://www.150jahre.drk.de)



# DIE JOHANNITER



## Mission possible

### Regelmäßig trainieren die Soforthelfer der Johanniter-Auslandshilfe für den Ernstfall

Donnerstag, für Betriebswirt Andreas Wagner ein normaler Morgen im Büro – bis um 10:32 Uhr eine Mail eintrifft: „Call for Mission“ – der Aufruf an alle Soforthelfer der Johanniter-Auslandshilfe zu einem Hilfeinsatz. Ein Erdbeben in einem ausländischen Staat hat schwerste Schäden angerichtet. Die Lage vor Ort ist katastrophal: Viele Tote, Verletzte und Verschüttete, zerstörte Infrastruktur und ein überlastetes Hilfssystem.

Wie alle Soforthelfer hat Wagner gerade noch Zeit, seine Familie und den Arbeitgeber zu informieren. Schon am nächsten Tag soll er abreisen.

Mit diesem Szenario beginnt die Übung für Wagner. Der ausländische Staat ist die fiktive Republik Plantania, gelegen auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Hammelburg der Bundeswehr in Bayern.

Mehr als 200 Helfer, Ausbilder und Beobachter aus Deutschland, Österreich, Polen und Finnland nahmen an dem Fieldcamp der Johanniter-Auslandshilfe im Herbst 2012 teil.

Andreas Wagner und die anderen Soforthelfer üben, was ihre Arbeit im echten Katastrophenfall ausmacht: schnell vor Ort sein, mit Suchhunden Verschüttete aufspüren, Unterstützung der medizinischen Erstversorgung in den am schwersten betroffenen Gebieten. Wagner ist schon seit seinem Zivildienst bei den Johannitern. Seit 2011 unterstützt er die Auslandshilfe. Beim Fieldcamp agiert der 31-Jährige als Leiter des Assessmentteams, des Erkundungsteams, das als erstes ins Katastrophengebiet reist, die Situation vor Ort einschätzt und den Bedarf an Hilfeleistungen ermittelt.

Wagner zur Seite stehen ein Logistiker aus Solingen, ein Rettungsassistent aus Stuttgart und eine Medienkoordinatorin aus Berlin. So würde es auch bei einem echten Einsatz sein: ein Team, zusammengesetzt aus Spezialisten der Johanniter aus dem gesamten Bundesgebiet. Auch dafür gibt es das Fieldcamp – im Ernstfall müssen die Helfer in der Lage sein, aus einer zusammengewürfelten Truppe ein Team zu bilden.

„Ohne das Zusammenspiel aller ist die Mission nicht erfüllbar“, sagt Wagner. Das wird schon bei der Einreise nach Plantania sichtbar. Materialkisten stapeln sich am



Nächtlicher Einsatz: Andreas Wagner (rechts) und sein Erkundungsteam sondieren die Lage.  
(Foto: Juliane Flurschütz)

Flughafen. Zuerst müssen sie durch den Zoll, dann zum Camp transportiert werden. Jeder packt an, und doch wird es zwei Uhr nachts, bis das Team endlich das gemeinsame Zelt aufbauen kann. Strom muss gelegt werden, Feldbetten werden aufgeschlagen, eine Zeltheizung angeschossen. Nach kurzer Nacht ist wieder Teamgeist gefragt. Ein Dorf soll erkundet werden. Welche Schäden liegen vor, welche Hilfeleistungen sind nötig? Das Assessmentteam muss Gespräche führen: Mit dem Bürgermeister, den Bewohnern und Flüchtlingen.

Im Anschluss begutachten die Helfer ein Krankenhaus. Das Erdbeben hat es überstanden, nun aber ist es mit Patienten überlastet. Dann auch noch das: ein Verkehrsunfall mit drei Schwerverletzten ganz in der Nähe. Wagners Team ist voll gefordert.

Am Ende des Fieldcamps hat es den Dorfbewohnern Zugang zu Nahrungsmitteln und Wasser verschafft, das Krankenhaus mit Medikamenten und medizinischer Ausrüstung versorgt und den Verletzten des Verkehrsunfalls geholfen. Drei Tage dauert das Fieldcamp, dann verlassen die fünf Soforthelferteams die Übungswelt. Andreas Wagner reist aus Plantania zurück an seinen Schreibtisch. Und weiß: Schon der nächste „Call for Mission“ kann ein echter Einsatz sein.

*Juliane Flurschütz*



# Malteser

...weil Nähe zählt.

## Kranke und Helfer beschenkten sich

### Zum zehnten Mal pilgerten die Malteser in ihrer großen Wallfahrt nach Rom

Als am 5. Oktober 2012 die 1.100 Teilnehmer der 10. Malteser Romwallfahrt, darunter 300 kranke und behinderte Menschen, nach sechs erfüllten Tagen die Ewige Stadt wieder verließen, sagte Wallfahrtsleiter Karl Prinz zu Löwenstein: „Wir hatten eine wunderbare Wallfahrtswoche. Kranke und Helfer haben sich gegenseitig beschenkt. Wir sind durch die Tage in Rom im Glauben gestärkt.“

Besonders gefreut hatte den Malteser Geschäftsführungsvorsitzenden die Begegnung eines jungen behinderten Teilnehmers mit dem Papst in der Generalaudienz. 29 Busse aus 26 Diözesen fuhren wieder nach Deutschland zurück, die meisten mit einer Zwischenübernachtung in den Alpen.

„Danke für die wichtige Arbeit, die Sie leisten, besonders für die Menschen mit Behinderung!“ Mit diesen Worten hatte sich Papst Benedikt XVI. im Rahmen der Generalaudienz am Mittwoch, dem 3. Oktober, bei Benedikt Liefänder, dem Einsatzleiter der Malteser Romwallfahrt,

bedankt. Die Begegnung mit dem Heiligen Vater auf dem Petersplatz war für die Pilger der Höhepunkt ihrer Wallfahrt.

Mit Motorrad-Eskorten der römischen Polizei bewegten sich die Malteser in Buskonvois durch den dichten Großstadtverkehr. Die Pilger feierten nicht nur in den Hauptkathedralen der Stadt die heilige Messe, sondern besuchten auch die Vatikanischen Gärten, die Vatikani-

#### Malteser Romwallfahrt 2012 in Zahlen

- 1.100 Pilger, darunter 300 Kranke und Menschen mit Behinderung
- 29 Busse aus 26 Diözesen
- 26 Seelsorger
- 26 Ärzte
- 2 Notfallteams rund um die Uhr
- 2 Sanitätsräume mit Akut-Sprechstunden
- 100 Hilfeleistungen
- 2 kleine chirurgische Eingriffe
- 3 Transporte in die Unterkunft zur medizinischen Betreuung
- Eine Verlegung ins Krankenhaus ist – auch aufgrund der engagierten, engmaschigen und hochqualifizierten Betreuung – nicht erforderlich geworden.

schen Museen und die weltbekannten Sehenswürdigkeiten Roms. „Wir haben im Vatikan vereinfachten Zugang, die Sicherheitskontrollen sind für die Menschen mit Behinderung leichter zu passieren“, berichtete Liefänder, der im Generalsekretariat der Malteser in Köln den Bereich Notfallvorsorge leitet.

Für die überwiegend in Rollstühlen sitzenden Behinderten war gut gesorgt. Die medizinische und pflegeri-



Die Begegnung mit Papst Benedikt XVI. war Höhepunkt der Malteser Romwallfahrt. (Foto: Wolf Lux)

sche Betreuung rund um die Uhr übernahmen ehrenamtliche Ärzte, Rettungssanitäter und Pflegekräfte.

Der älteste Teilnehmer war 96 Jahre alt, der jüngste gerade mal ein Jahr. Auch ein Drei-Generationen-Trio war dabei: Tochter (17), Mutter (52) und Großmutter (88 Jahre) erkundeten das Zentrum der katholischen Kirche und schöpften aus Gebet und Gemeinschaft Kraft für den Alltag. Das wünschte den Pilgern aus Deutschland auch von Herzen Fra' Matthew Festing, der Großmeister des Malteserordens, als er sie im Garten der wegen ihres Schlüsselblicks weltberühmten Villa Malta auf dem Aventin begrüßte.

### Mit Weltrekord bei der „Helfenden Hand“

Es ist ein noch junger Preis – aus Malteser Sicht erlebte er diesmal einen Quantensprung: 27 Malteser Projekte

(im Vorjahr: fünf) von insgesamt 176 Einreichungen bewarben sich um den Förderpreis „Helfende Hand“. Damit zeichnet das Bundesinnenministerium Projekte aus, die Interesse an ehrenamtlichem Engagement im Bevölkerungsschutz wecken. „Besonders beeindruckt war ich von der Ideenvielfalt der Malteser Bewerbungen“, bilanzierte Edmund Baur, Vizepräsident des Malteser Hilfsdienstes und Mitglied der

Jury. „Dies hat dazu geführt, dass wir das bisher beste Ergebnis erzielen konnten und damit der erfolgreichste Verband waren.“ In der Tat: Fünf Malteser Projekte sowie eines mit Malteser Beteiligung erreichten die Endausscheidung der je fünf nominierten Projekte in den drei Preiskategorien.

In der Kategorie „Vorbildliches Arbeitgeberverhalten“ wurde der Offenburger Elektrogroßhandel Streb mit dem vierten Platz ausgezeichnet – für die Bereitschaft, seine Mitarbeiterin Jessica Vogt, ehrenamtliche Rettungsassistentin bei den Maltesern, bei Notfalleinsätzen in der SEG des öffentlichen Rettungsdienstes in der Ortenau freizustellen.

Aufs Siegertreppchen (Platz zwei) schafften es in der Kategorie *Jugend- und Nachwuchsarbeit*“ die Malteser Essen, die für Hauptschüler der neunten Jahrgangsstufe Benimmkurse anbieten und dabei auch über Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitarbeit in einer Hilfsorganisation informieren.

Zu den nominierten Projekten gehörte auch die Idee des Malteser Schulsanitätsdienstes an der Marienschule in Limburg, einen stark nachgefragten Outdoor-Erste-Hil-



Gratulation von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (vorne rechts): Die Malteser Marburg erreichten mit ihrem Reanimations-Weltrekord Platz eins in der Kategorie „Innovative Konzepte“. (Foto: Wolf Lux)

fe-Kurs als Ergänzung zur regulären Ausbildung in Erster Hilfe anzubieten.

Besonders erfolgreich waren die Malteser in der Kategorie „*Innovative Konzepte*“: Platz fünf ging an das Projekt der Malteser Lohne im Bereich der Krisenintervention; zum Einsatzspektrum der speziell ausgebildeten Teams gehören Hilfe und Beistand bei tödlichen Unfällen und Suiziden an Schulen. Den zweiten Platz vergab die Jury an das Projekt „Gemeinsam für Münster“, bei dem die Malteser vor Ort zusammen mit Arbeiter-Samariter-Bund, Deutschem Roten Kreuz und Johannitern erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit fürs Ehrenamt im Bevölkerungsschutz leisten.

Über den ersten Platz und den Siegerscheck in Höhe von 7.500 Euro durften sich die Malteser in Marburg freuen. Sie hatten mit einem Reanimations-Weltrekord gezeigt, wie man – über 40 Stunden lang! – effektiv Leben retten kann, und so auf originelle Weise Interesse für ehrenamtliches Engagement geweckt.

Für die Nominierten war die feierliche Preisverleihung am 30. November in Berlin ein unvergessliches Erlebnis. Dort durften alle Teilnehmer ihre Konzepte präsentieren und Preise aus der Hand von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich entgegennehmen. Edmund Baur zufolge ist der Förderpreis „ein echtes Projekt für die Zukunft – es gibt keine bessere Ideenbörse als diesen Wettbewerb.“ Und er hatte mit Blick voraus einige Tipps parat: „Wir sollten uns fest vornehmen, die eingereichten Vorschläge auch unseren Gliederungen bekanntzumachen – das bietet Anreize für die nächsten Wettbewerbe. Und gerade in der Kategorie ‚Vorbildliches Arbeitgeberverhalten‘ liegen sicher noch viele ‚Schätze‘ im Verborgenen. Die Arbeitgeber unserer Ehrenamtlichen hätten es verdient, auch einmal gewürdigt zu werden.“

Georg Wiest



## Bedeutung der Regieeinheiten nach Aussetzen der Wehrpflicht

### Eine Prognose von Studierenden der Fachhochschule Köln

16 Studierende des Studienganges „Rettungsingenieurwesen“ an der Fachhochschule Köln analysierten im Rahmen einer Projektarbeit Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht auf den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Deutschland. Erstmals wurde in der Studie auch die Situation der Regieeinheiten und -einrichtungen untersucht: „Mit rund 20.000 Freiwilligen sei das Helferpotenzial bisher nahezu unverändert geblieben“. In Interviews vor Ort wurde deutlich, dass die überwiegende Mehrzahl der in Regie der Kreise und kreisfreien Städte aufgestellten Einheiten zuversichtlich in die Zukunft blickt und sich diese behördlich aufgestellten Einheiten um ihren Nachwuchs nicht mehr sorgen müssen als andere Träger.

Zudem stellen die Regieeinheiten für die Katastrophenschutzbehörden die einzige Möglichkeit dar, Einheiten außerhalb der Feuerwehr aufzustellen, wenn keine Übernahme der Aufgaben durch private Hilfsorganisationen möglich ist. Ohne dieses gesetzlich verankerte Instrumentarium würden sich vielerorts sonst fachdienstliche Lücken auftun. Die im behördlichen Katastrophenschutz der Städte und Landkreise mitwirkenden Helferinnen und Helfer sind überwiegend in den Fachdiensten Führung, Information und Kommunikation, Logistik und Krisenintervention tätig. Grundsätzlich können Regieeinheiten aber für jede Verwendung in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr aufgestellt werden, sofern ein Bedarf dafür besteht bzw. Lücken im Bevölkerungsschutz zu schließen sind.

Vorteile ergeben sich auch aus der direkten Verwaltungsunterstellung und der damit verbundenen behördlichen Nähe. Eine weitere Besonderheit gewinnt im Zuge der demografischen Entwicklung durch die Möglichkeit, Einsatzkräfte verschiedener Behörden und Organisationen zu integrieren, zunehmend an Bedeutung. So wird sich im Bevölkerungsschutz mittelfristig das Integrationsprinzip durchsetzen. Weg von starren Konzepten und fachdienstlichen organisatorischen Zuordnungen hin zu flexiblen an regionale Gegebenheiten angepassten Strukturen. Die Helfergewinnung der Regieeinheiten erfolgt aus-

schließlich vor Ort. Landesweite Werbekampagnen stehen den Regieeinheiten in Ermangelung öffentlicher Förderung auf Landes- und Bundesebene bisher nicht gleichermaßen wie anderen Organisationen zur Verfügung. Lokal sind die Einheiten jedoch gut organisiert. Die Menschen werden in ihrem privaten Umfeld angesprochen und/oder gezielt unter Fachleuten aus dem beruflichen und wissenschaftlichen Bereich geworben. Bürgerinnen und Bürger, die sich in den für den Bevölkerungsschutz relevanten natur- und technikwissenschaftlichen Berufsgruppen bewegen, und grundsätzlich an einer fachlichen Mitarbeit im Bevölkerungsschutz interessiert wären, lassen hiervon in der Regel ab, wenn sie in den Organisationen auch Dienste und Ausbildungen außerhalb ihres Fachbereiches absolvieren müssen.

Die Tatsache, dass immer neue Regieeinheiten gegründet werden, findet nach Auffassung der mit der Projektarbeit befassten Studierenden ihren Ausdruck in der Möglichkeit Fachkompetenzen in organisationsübergreifenden Strukturen zu bündeln.

Als Beispiele führt die Studie Einheiten wie die TEL-Regie im Landkreis Wesermarsch, die Rettungstaucher im Main-Taunus-Kreis oder die IuK-Regieeinheit Eberswalde an. Auch bestehen Regieeinheiten, wie Einheiten anderer Träger auch, längst nicht mehr aus vom Wehrdienst freigestellten Helfern, sondern deren Motivation beruht heute von Anbeginn auf rein freiwilliger Basis. Weiterhin entstehen immer mehr Einheiten im Bereich der Psychosozialen Notfallversorgung/-unterstützung bzw. der Notfallseelsorge (Kriseninterventionsteams). Streng genommen sind auch diese Regieeinheiten, sofern sie kommunal getragen werden und aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bestehen.

Da diese Einheiten keine „klassischen Fachdienste“ vertreten, sehen sie sich selbst oftmals nicht als Regieeinheit. Ein weiterer Vorteil des behördlichen Status der Regieeinheiten bietet sich in der Möglichkeit, die Einheiten mit Bediensteten der Kreis- oder Stadtverwaltung gegebenenfalls aufzustocken, wenn das nach Lage der Dinge geboten erscheint. Häufig sind diese Bediensteten ehemalige im Bevölkerungsschutz ausgebildete Helfer, die bereit sind, sich als „Reservisten“ zur Verfügung zu stellen und zeitweise an Übungsveranstaltungen und Fortbildungen teilzunehmen.

Alles in allem kommen die Verfasser der Kölner Studie zu dem Schluss, dass das Potenzial der Regieeinheiten für den Bevölkerungsschutz nicht mehr wegzudenken ist und der in der Vergangenheit selbst von höchsten Stellen propagierte Wegfall für die betroffenen Landkreise eine nicht zu füllende Lücke in der Gefahrenvorsorge bedeuten würde.

*(Auszugsweise entnommen: Lars Speuser et al.: Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Projektarbeit am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der Fachhochschule Köln (2012), S. 105-122)*



## Forschungsprojekt Stromausfallrisiko

Im Wissenschaftszentrum Bonn fand am 3. Dezember 2012 die Abschlusspräsentation des Forschungsprojektes GRASB statt.

GRASB steht für „Szenariorientierte Grundlagen und innovative Methoden zur Reduzierung des Ausfallrisikos der



BBK-Präsident Christoph Unger eröffnete die Abschlusspräsentation.  
(Foto: BBK)

Stromversorgung unter Berücksichtigung der Auswirkungen für die Bevölkerung. Das gut dreijährige Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und als Kooperation mehrerer Partner durchgeführt: TÜV Rheinland Consulting GmbH, Institut für Rettungswesen und Gefahrenabwehr der Fachhochschule Köln, Ingenieurbüro Wölfel Beratende Ingenieure und Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, zusammen mit Praxispartnern wie E.ON Energie AG, RheinEnergie AG und Stadtwerke Duisburg Netzgesellschaft mbH. Im Projekt wurden Ergebnisse zum systematischen Risikomanagement bei Betrei-

bern von Stromversorgungsinfrastrukturen erarbeitet. Sie sollen dazu beitragen, Stromausfälle bereits im Vorfeld möglichst zu verhindern. Dazu dienen beispielsweise eine Methode zur Szenarienbildung und eine Darstellungsweise zur Untersuchung von Verwundbarkeiten. Außerdem konnten im Projekt detaillierte Berechnungen von Schutzmechanismen durchgeführt und deren Wirksamkeit überprüft werden. Neben der Ergebnispräsentation der Projektpartner wurde mit Experten aus Forschung, Wirtschaft und Behörden über die Rahmenbedingungen der Stromversorgung diskutiert. Themen waren hier u. a. die Rolle der Forschung und der Einfluss der Energiewende.

## Unterstützung aus dem Weltraum

Gleich zwei Neuerungen für die Unterstützung des Bevölkerungsschutzes durch satellitengestützte Informationen hat der Jahreswechsel gebracht.

Das europäische GMES-Programm (vgl. [Bevölkerungsschutz 1/2011](http://copernicus.eu)) heißt nun Copernicus (<http://copernicus.eu>). Inhaltlich ändert sich zunächst nichts. Das BBK stellt den deutschen Fachkoordinator für den Emergency Management Service (EMS), den Dienst für Katastrophen- und Krisenmanagement.

National bringt 2013 einen großen Fortschritt. Das Bundesministerium des Innern ist eine Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) eingegangen, um das Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) für die Geschäftsbereichsbehörden dauerhaft nutzbar zu machen. Die fachlich-wissenschaftliche Kompetenz des ZKI ist die konsequente Ergänzung der europäischen Fähigkeiten. Während bei Copernicus ausschließlich etablierte Verfahren eingesetzt werden, können und sollen mit dem ZKI die behördlichen Bedarfe innovativ, kreativ und gegebenenfalls experimentell unterstützt werden. Bereits in den vergangenen Jahren wurden im ZKI entwickelte Produkte später in das Portfolio europäischer Dienste aufgenommen.



Austausch der Urkunden durch Staatssekretärin Rogall-Grothe und Professor Manfred Wörner, Vorstandsvorsitzender des DLR, im Kreise geladener Gäste. (v.l.n.r.) Abteilungsleiterin Beate Lohmann (BMI), Präsident Prof. Hansjörg Kutterer (BKG), Prof. Hansjörg Dittus (Vorstand DLR), BBK-Präsident Christoph Unger.  
(Foto: BBK/Judex)

## Brandschutz für Menschen mit Behinderung

Gemeinsam mit fast 130 Feuerwehrleuten und Vertretern verschiedener Einrichtungen entwickelten Menschen



mit Behinderung ein neues Poster zum richtigen Verhalten im Brandfall, das Ende 2012 in Eberswalde vorgestellt wurde. Zuerst gab es Vorträge und Berichte und im Anschluss daran wurden Rettungsmittel ausprobiert. Veranstalter waren die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal und MISSION SICHERES ZUHAUSE. Unterstützt hat die Aktion die Stadt Eberswalde, der Landesfeuerwehrverband Brandenburg und die ESD ESKORT Dienstleistungsgesellschaft mbH.

DIN A3-Poster zum Download: [www.mission-sicheres-zuhause.de](http://www.mission-sicheres-zuhause.de)

## Christoph Life

„Ausgewählter Ort 2012“ im Land der Ideen ist der Luftrettungssimulator Christoph Life in Hannover. Die Preisverleihung fand am 29.11.2012 statt. Die Johanniter-Akademie Bildungsinstitut Hannover zählt mit dem Projekt Christoph Life zu den Preisträgern im

bundesweiten Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“, der seit 2006 von der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ gemeinsam mit der Deutschen Bank durchgeführt wird. Insgesamt 365 Projekte werden im Jahresverlauf an jeweils einem Tag ausgezeichnet.

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Landesverband Niedersachsen/Bremen

## Max und Flocke auf der „Grünen Woche“

Erstmals hat das BBK die Kinderinternetseite [www.max-und-flocke-helferland.de](http://www.max-und-flocke-helferland.de) auf der „Grünen Woche“ in Berlin präsentiert. Vom 18. bis 27. Januar 2013 hatten Kinder am BBK-Stand die Gelegenheit, an Computerterminals die Kinderinternetseite zu erkunden und das Abenteuerspiel zu erleben. Die Kinder konnten dabei spielerisch lernen, wie wichtig Erste Hilfe und das richtige Verhalten in Notsituationen ist. Mit der druckfrischen Broschüre „An alles gedacht!?“ mit Geschichten und Rätseln wurden den jungen Besuchern zusätzliche Informationen rund um den Bevölkerungsschutz vermittelt. Zusätzlich wird



anhand eines Rauchhauses auch praktisch demonstriert, wie sich Rauch in einem Brandfall im Haus verhält. Damit ist das richtige Verhalten bei einem Brand erlernbar – sicher nicht nur für Kinder wichtig. Auch an Eltern und Lehrer richtete sich das BBK damit und hat

zusätzlich weitere nützliche Tipps und Publikationen im Gepäck. Seit September 2011 bietet das BBK die Internetseite [www.max-und-flocke-helferland.de](http://www.max-und-flocke-helferland.de) an, um auch Kinder zwischen sieben und zwölf Jahren mit Alltagsgefahren vertraut zu machen.

## IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Provinzialstraße 93, 53127 Bonn Postfach 1867, 53008 Bonn [redaktion@bbk.bund.de](mailto:redaktion@bbk.bund.de) <http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:  
Ursula Fuchs (Chefredakteurin),  
Tel.: 022899-550-3600  
Nikolaus Stein,  
Tel.: 022899-550-3609  
Margit Lehmann,  
Tel.: 022899-550-3611  
Petra Liemersdorf-Strunk,  
Tel.: 022899-550-3613  
Layout: Nikolaus Stein, Petra Liemersdorf-Strunk, Margit Lehmann  
Abo-Verwaltung:  
[margit.lehmann@bbk.bund.de](mailto:margit.lehmann@bbk.bund.de)

Titelfoto: Rvongher, cc-by-sa 3.0 unported

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:  
30.000 Exemplare

Vertrieb:  
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an die Redaktion.

Druck, Herstellung und Versand:  
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag  
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn  
Postf. 1280, 33042 Paderborn  
Tel.: 05251-153-0  
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

**ÜBUNG UND EINSATZ**

Ausbildung – Übung – Einsatz	1/S. 3
Störfaktoren in der Stabsarbeit	1/S. 9
Sorge dich nicht – übe!	1/S. 12
ATFEX 2011	1/S. 16
Schnelles und sicheres Handeln in biologischen Gefahrenlagen	1/S. 22
„Perspektivenwechsel“	1/S. 26
Die Bombe im Rhein	1/S. 32
Katastrophenschutzübung über Landesgrenzen hinweg	1/S. 38

**ZIVILE SICHERHEITSFORSCHUNG**

Forschung für die zivile Sicherheit (2012-2017)	2/S. 2
Wissenschaft für den Menschen	2/S. 7
Steigern wir die Kreativität!	2/S. 11
Mit CT-Analyst im Störfalleinsatz „vor die Lage kommen“	2/S. 18
Die Arena als Sicherheitsversprechen	2/S. 26

**FÜHREN UND LEITEN**

Entscheidungsfindung in operativ-taktischen Stäben	3/S. 2
Krisenmanagement – kein Nebenjob	3/S. 7
Entscheidungsdruck	3/S. 10
Leiten eines operativ-taktischen Stabes	3/S. 16
Führen und Leiten bei Großveranstaltungen	3/S. 20

**RISIKOKOMMUNIKATION**

Behördliche Risikokommunikation	4/S. 2
Grenzüberschreitende Risikokommunikation	4/S. 6
Risiko Hochwasser	4/S. 10
Risikokommunikation Naturgefahren	4/S. 15
Von der Information zum Diskurs	4/S. 18

**KRITIS**

Verwundbare Systeme	1/S. 41
Infrastrukturen im Blick	2/S. 32
Trinkwassernotversorgung	4/S. 23
Wendemanöver	4/S. 26

**NOTFALLVORSORGE**

Erdbeben und Sturzfluten	2/S. 37
Rechnung mit Unbekannten	3/S. 26

**KRISENMANAGEMENT**

Aufgabenorientierte Lagedarstellung für operativ-taktische Stäbe	4/S. 30
--	---------

**ARBEITER-SAMARITER-BUND**

Die Lufttreppe vom ASB Nürnberg	1/S. 45
Sicherheit bei Großveranstaltungen	2/S. 40
Ausbildung ausgebaut	3/S. 32
Ehrenamt im ASB-Bevölkerungsschutz	4/S. 36

**TECHNISCHES HILFSWERK**

25 Jahre Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBA)	1/S. 47
Starke Partner mit Energie	2/S. 42
Im Notfall 15 Liter	3/S. 33
Camping all inclusive: Bereitstellungsraum 500	4/S. 38

**DEUTSCHE****LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT**

Neue Allrad-Fahrzeuge für den Bevölkerungsschutz	1/S. 49
Auswirkungen des Klimawandels	2/S. 43
Die Zusammenarbeit zwischen THW und DLRG funktioniert	3/S. 35
Wasserrettungszüge üben bundesweit	4/S. 40

**DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND**

BBK und DFV werben für Selbsthilfe-Kenntnisse	1/S. 50
Wirtschaft und Feuerwehr besiegeln Kooperation	1/S. 51
EU-Arbeitszeitrichtlinie: Feuerwehren fordern Klarheit ohne Wenn und Aber	2/S. 46
Breiter Widerstand gegen Ehrenamtsregulierung durch EU	2/S. 46
Bundesfachkongress: Fortbildung im Kombipaket	3/S. 37
Kindergruppen öffnen Feuerwehr für Jung und Alt	4/S. 42
Feuerwehren positionieren sich für das Wahljahr 2013	4/S. 43

**DEUTSCHES KOMITEE****KATASTROPHENVORSORGE**

Integrierte Forschung für die Katastrophenvorsorge	1/S. 51
Urbane Räume und Risiken	2/S. 48
Katastrophenpräventive Anpassung an den Klimawandel – Die Rolle des Privatsektors	3/S. 37
Fazit nach sieben Jahren	4/S. 43

**DEUTSCHES ROTES KREUZ**

Zwei Jahre nach dem Erdbeben in Haiti – eine Bilanz der Hilfe	1/S. 53
Hilfsgüter und Personal	2/S. 50
Sanitäter aus Maulbronn zählen zu den besten Europas	3/S. 40
Haiti: Wappnen für die nächste Katastrophe	4/S. 46

### JOHANNITER-UNFALL-HILFE

Haiti – zwei Jahre nach dem Erdbeben	1/S. 55
Effektiveres Katastrophenmanagement durch neue Technologien	2/S. 51
Ein Ambulanzsystem für Haiti	3/S. 41
Innovative Projekte zur Förderung des Ehrenamtes	4/S. 47

### MALTESER HILFSDIENST

Helfen und Glauben	1/S. 56
Im System der Gefahrenabwehr ist die Mitwirkung der Hilfsorganisationen im Rettungsdienst ein Muss	2/S. 52
Herausforderung gemeistert	3/S. 43
„Und führe zusammen, was getrennt ist“	3/S. 44
„Damit sind wir technisch an der Spitze“	4/S. 49

### ARKAT

Erstmals Regieeinheit mit dem Förderpreis „Helfende Hand“ ausgezeichnet	1/S. 57
Berufsbildende Schule engagiert sich mit Regieeinheit im Katastrophenschutz des Landkreises Unstrut-Hainichen (Thüringen)	2/S. 54
Die Kommunikationsgruppe (KomFü) des Landratsamtes Donau-Ries	3/S. 45
Sicherheitsexperten aus aller Welt beim ABC-Zug München-Land	4/S. 50

### KULTURGUTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

Schiffshebewerk Niederfinow, Brandenburg	1/S. 61
Dom St. Petri, Bremen	2/S. 57
Speicherstadt, Hamburg	3/S. 49
Burg Eppstein, Hessen	4/S. 57

## Heute: Schloss Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern



Südlich von Rostock liegt das Renaissanceschloss Güstrow mit seinem südländischen Charme. Im Jahre 1307 fand die vorher erbaute slawische Burganlage der Fürsten von Werle erstmals Erwähnung. Mit dem Aussterben der Fürsten von Werle kam die Burg 1436 in den Besitz der Herzöge von Mecklenburg und wurde deren zweiter Wohnsitz. Zu einem regionalen Zentrum der Renaissancekultur wurde der Ort aber erst, nachdem Teilungen des Herzogtums 1547 und 1552 unter die beiden Brüder Herzog Johann Albrecht I. und Herzog Ulrich die Einrichtung einer zweiten fürstlichen Hofhaltung notwendig gemacht hatten. In Güstrow regierte Herzog Ulrich von Mecklenburg, während sein Bruder in Schwerin seine eigene Residenz ausbaute. Durch ein Feuer im Jahr 1557 wurde der Südflügel der Güstrower Burg völlig zerstört. Diesen Umstand nutzte Herzog Ulrich, um die alte Burg prächtig, entsprechend dem Range ihres Besitzers, auszubauen. Ab 1558 entstand der Eingangsflügel auf der Westseite und die westliche Hälfte des zum Garten ausgerichteten Südflügels, um 1565 war der Rohbau vollendet. Ein erneuter Brand vernichtete 1586 den Nordflügel der Burg. Dieser wurde in den Jahren 1587 bis 1591 neu erbaut. 1594 wurde der Bau um den Ostflügel erweitert und in den Jahren von 1628 bis 1630 residierte Wallenstein auf dem Schloss. Fertiggestellt wurde der Schlossbau mit dem Bau von Torhaus und Schlossbrücke im Jahr 1671. Mit dem Aussterben der 1621 entstandenen Linie der Herzöge von Mecklenburg-Güstrow im Jahre 1695 kam Güstrow an die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin und wurde deren Nebenresidenz und Wohnsitz der Kurtisanen des Hofes. Durch die wenige Nutzung des Schlosses begann der Zerfall. Wegen Baufälligkeit musste der Ostflügel 1795 abgebrochen werden. Das Schloss diente ab dem 18. Jahrhundert als Kriegslazarett und seit 1817 als Landesarbeitshaus. Später wurde das Schloss in ein Altenheim umgewandelt. Im Rahmen dieser Nutzungen wurde die alte, prachtvolle Ausstattung vielfach umgebaut oder auch zerstört. Von 1963 bis 1978 erfolgte durch die DDR eine umfassende Restaurierung. Die Kellergewölbe beherbergen heute eine der bedeutendsten musealen Mittelaltersammlungen Norddeutschlands. Wertvolle Kunstkammerstücke und herzogliche Jagd- und Prunkwaffen zeugen von der prachtvollen Ausstattung höfischen Lebens. In den früheren Tafel-, Wohn- und Empfangsräumen lassen Gemälde, Skulpturen und Mobiliar der Renaissance und des Barock den Glanz des



Burg Eppstein mit Schlossparkansicht.  
(Foto: Werner Anders / pixelio.de)

ehemaligen Fürstensitzes wieder aufleben. Antike Gefäßkeramik und eine facettenreiche Glassammlung sind in der ehemaligen Etage der Herzoginnen ausgestellt. Die imposante Vierflügelanlage entstand durch die unterschiedlichen Architekturstile der drei Baumeister aus Italien, Frankreich und Mitteleuropa. Hervorhebenswert ist auch der Verbindungsgang zum Dom.

ml

# Bevölkerungsschutz

Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe  
Postfach 1867, 53008 Bonn  
PVSt, Deutsche Post AG,  
Entgelt bezahlt, G 2766



Die Kompetenz im Bevölkerungsschutz